Fastenzeit Der Tod als wahrer Herr unseres Lebens Seite 3

Preußische Allgemeine

Nr. 10 · 6. März 2020 | Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt | Einzelverkaufspreis: 2,90 €

„Wir können nicht mehr“

Auf den griechischen Ägäis-Inseln ächzen die Einheimischen unter den Lasten der ungesteuerten Einwanderung **Seite 2**

FOTOS: ULLSTEIN/PA/RAKEHNER VERBAND

Pflege Hintergründe des angeblichen Fachkräftemangels **Seite 7**

Flucht Als die Trakehner auf den Weg nach Westen aufbrachen **Seite 18**

AUFGEFALLEN

Das Virus in unseren Köpfen

Natürlich ist bei neuartigen Erkrankungen stets Vorsicht geboten. Zumal, wenn sie zum Tode führen können. Doch gibt im Falle von Corona hierzulande – zumindest bisher – weniger das Virus selbst als vielmehr der Umgang damit Anlass zur Sorge. So führte die Angst vor der drohenden Gefahr vielerorts zu Hamsterkäufen bei Desinfektionsmitteln, Lebensmittelkonserven, Nudeln und Getränken.

Bis Montagmittag dieser Woche vermeldete das Robert-Koch-Institut (RKI) in Berlin exakt 150 Infektionsfälle, von denen bisher – gottlob – kein einziger tödlich verlief. Weltweit waren es zum gleichen Zeitpunkt laut Weltgesundheitsorganisation WHO 88 930 Infektionsfälle (davon allein in China 80 174), von denen 3043 tödlich endeten (2915 in China).

Um diese Zahlen und die damit einhergehenden Gefahren einordnen zu können, lohnt ein Blick auf die laufende Saison der alljährlichen Influenza-Grippe. Hier verzeichnet das RKI von der KW 40/2019 bis zum 21.2.2020 allein in Deutschland insgesamt 98 442 (!) bestätigte Fälle, bei denen insgesamt 161 Patienten verstarben. Allein in der KW 8/2020 gab es 17 898 bestätigte Influenza-Erkrankungen.

Dass von den – weitaus dramatischeren – Influenza-Zahlen kaum jemand Notiz nimmt, während das Corona-Virus die Welt das Fürchten lehrt, belegt die Irrationalität der menschlichen Ängste. Wie gesagt: Mit einer Seuche ist niemals zu spaßen. Doch zeigen die genannten Zahlen, dass es – Stand: heute – keinen Grund zur Panik gibt. *neh*

GRENZSCHUTZ

Eine zweite Migrationswelle könnte das Land zerreißen

Nun wird offenbar, wie sehr Merkel Deutschland zu Erdogans Geisel gemacht hat. Doch statt Einsicht zu zeigen, flüchtet sich Berlin in abstruse Vorwürfe

VON HANS HECKEL

Allen Ernstes: Die Bundesregierung, vertreten durch Außenminister Heiko Maas, „verurteilt“ die „fortgesetzten Angriffe des syrischen Regimes und seiner russischen Verbündeten im Norden Syriens. Unser Mitgefühl gilt unseren türkischen Verbündeten“, so Maas am vergangenen Wochenende.

Der Reihe nach: Es waren türkische Truppen, die zur Unterstützung radikal-islamischer Milizen, darunter IS-Terroristen, in Syrien einmarschiert sind. Machthaber Assad, von dem man ansonsten halten mag, was man will, verteidigt eigenes Territorium gegen einen ausländischen Aggressor – und wird vom deutschen Außenminister dafür des „Angriffs“ beschuldigt, derweil dem eigentlichen Angreifer, dem ebenfalls mehr als zweifelhaften türkischen Präsidenten Erdogan, „unser Mitgefühl“ gehöre.

Hieraus spricht eine Dreistigkeit, die aus purer Verzweiflung geboren wurde. Mit ihrem „Flüchtlingsdeal“ wollte Kanzlerin Merkel Erdogan 2016 verpflichten, den Grenzschutz für sie zu übernehmen, denn die deutschen Grenzen wollte und will sie nicht schützen. Sechs Milliarden Euro hat Ankara dafür unterdessen erhalten. Nun benötigt Ankara aber mehr Mittel für seine Attacke auf Syrien. Offen wie nie versucht Erdogan daher, noch mehr Geld zu erpressen, indem er Migranten an die griechisch-türkische Grenze schleust. Doch statt dieser Erpressung durch eigene, verstärkte Grenzschutzmaßnahmen der EU und die wirksame Kontrolle der deutschen Grenzen zu begegnen, biedert sich die Bundesregierung in kaum noch fassbarer Weise bei dem türkischen Machthaber an, indem sie ihn, der das Völkerrecht durch den Einmarsch in Syrien gebrochen hat, zum Opfer stilisiert.

Angela Merkels Regierung steht offenkundig vor den Trümmern ihrer Grenz- und Zuwanderungspolitik, welche jahrelang auf Legenden und der Diffamierung kritischer Realisten beruhte. Die wohl kühnste Legende war jene, dass wir angeblich „nicht kontrollieren“ könnten, „wer über unsere Grenze kommt“, wie Merkel behauptet hat. Dieter Romann, der Chef der Bundespolizei, hat dem offen widersprochen. Er sollte wissen, wovon er spricht.

Der Staatsrechtler, frühere Berliner Justizsenator und Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) hat die politische Dimension dieses (Nicht)Handelns schonungslos offengelegt: „Wer die Grenzen seines Landes leugnet oder aufgibt, gibt im Grunde den Staat selbst auf“ (siehe *PAZ*, 18. Mai 2018). Und Romann stellte auf dem Europäischen Polizeikongress Anfang Februar dieses Jahres in Berlin fest, „dass unsere Außengrenzen momentan nicht sicher sind“.

Derzeit versucht das kleine Griechenland, die EU-Außengrenze zur Türkei mit Unterstützung seiner europäischen Partner zu sichern und gegen den von Ankara angeheizten Massenansturm zu schützen. Gelingt dies nicht, treibt Deutschland womöglich auf ein zweites 2015 zu. Wie zu hören ist, geben die Griechen der deutschen Kanzlerin eine erhebliche Mitschuld an ihrer schwierigen Situation. Und in der Tat: Durch die Aussicht auf dauerhaften Aufenthalt samt Sozialversorgung für beinahe jeden, der es bis Deutschland schafft, haben die Bundeskanzlerin und die sie stützenden Parteien jenen Sog erst erzeugt, den Erdogan jetzt zynisch zu instrumentalisieren versteht.

Wie würden die deutschen Bürger auf eine neue Asylsucherwelle reagieren? 2015 wiesen die Verfechter der „Willkommenskultur“ jeden Verdacht mit Feuereifer vom Tisch, unter die „Flüchtlinge“ könnten sich auch radikal-islamische Terroristen mischen. Wer die Gefahr benannte, musste sich den Vorwurf anhören, ein Rassist zu sein. Nach den zahlreichen Attentaten mit etlichen Todesopfern, die seitdem zu beklagen sind, wissen die Deutschen, wer Recht hatte und wer sie hinters Licht geführt hat. Anders als Mitte 2015 ist daher die politische Stimmung in Deutschland schon vor dem Eintreffen einer zweiten Asylflut zum Zerreißen gespannt. Eine weitere Welle könnte das Fass zum Überlaufen bringen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Ein neuer Trend moralisch-politischer Bigotterie erreicht Deutschland
Seite 6

Mensch und Zeit
Immer mehr Deutsche flüchten aus den Städten in die Speckgürtel
Seite 12

Das Ostpreußenblatt
In Königsberg erhielt ein Gymnasium die Skulpturenköpfe großer Geister zurück
Seite 13

Lebensstil
Obst und Gemüse sollen künftig inmitten von Großstädten angebaut werden
Seite 21

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite preussische-allgemeine.de

4 191814 302902 10
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Migration In Griechenland und Schweden zeigen sich derzeit die Folgen einer unkontrollierten Masseneinwanderung

Im Schatten der illegalen Einwanderer

Die Lage der Einheimischen auf den griechischen Ägäis-Inseln ist kaum besser als die der Immigranten

WOLFGANG KAUFMANN

Die Zustände auf den griechischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros, die nur wenige Kilometer vor der türkischen Küste liegen und dadurch ein beliebtes Ziel für „Schutzsuchende“ auf dem Wege nach Europa darstellen, sind mittlerweile dramatisch. Die meisten Medien berichten aber nur über die Lager Moria, Kara Tepe, Soula, Vial, Vathy, Pili und Lakki, in denen aktuell um die 42 000 Asylforderer aus Staaten wie Afghanistan, Somalia, Eritrea, Nigeria und Pakistan unter prekären Bedingungen darauf warten, auf das griechische Festland gebracht zu werden. Dahingegen findet die Situation der rund 210 000 griechischen Bewohner der Inseln deutlich seltener Beachtung. Dabei ist diese nach Berichten der französischen Nachrichtenagentur AFP, der britischen BBC und des griechischen Staatsfernsehens ERT ähnlich desolat wie die der illegalen Immigranten.

Am Limit: Überall auf den Ägäis-Inseln sammelt sich der Müll. Auch die sonstige Infrastruktur steht vor dem Kollaps. Krankenhäuser schaffen es nicht mehr, alle Patienten einigermaßen angemessen zu behandeln *Foto: pa*

Chaos vertreibt die Touristen

Unter den Ankömmlingen sind zahlreiche Kriminelle, die unter anderem die Lebensmitteltransporte für die Lager plündern und derer die Polizei nicht mehr Herr wird. Überall liegt wild entsorgter Müll herum, der massenweise Ratten anlockt oder kurzerhand in Brand gesetzt wird. Inzwischen mussten wegen der daraus resultierenden giftigen Rauchschwaden sogar schon Schulen evakuiert werden.

Neben der Müllabfuhr ist auch die sonstige Infrastruktur am Kollabieren. So schaffen es die chronisch unterfinanzierten Krankenhäuser inzwischen nicht mehr, alle Patienten – Einheimische wie Asylsucher – angemessen zu behandeln und mit Medikamenten zu versorgen.

Das allgegenwärtige Chaos vertreibt naheliegenderweise die Touristen, die früher in Massen auf die beliebten Ferieninseln gekommen waren. Lesbos, wo den 86 000 Einwohnern derzeit 22 000 illegale Einwanderer gegenüberstehen, erlebte beispielsweise einen Rückgang der Gästezahlen von bis zu 80 Prozent. Und das trifft nicht nur die Hoteliers und Tavernenwirte, sondern auch viele andere Einheimische.

Deshalb sind die meisten Griechen auf den fünf genannten Ägäis-Inseln am Ende ihrer Geduld angelangt. Immer öfter hört man nun selbst von jenen, die den Gestrandeten anfangs halfen: „Wir sind keine Rassisten, aber wir können nicht mehr.“ Daher gab es am 22. Januar mehrere große Demonstrationen und einen Generalstreik unter dem Motto „Wir wollen unsere Inseln zurück, wir wollen unser Leben zurück!“

„Wir sind keine Rassisten, aber wir können nicht mehr“: Ende Januar demonstrierten tausende Einheimische auf Lesbos gegen die Zustände auf ihrer Insel *Foto: pa*

In Reaktion auf diese Proteste kündigte der griechische Migrationsminister Panagiotis Mitarakis die Schließung der jetzigen Lager bis zu diesem Sommer an. Parallel dazu sollen ab März neue und angeblich strikt von der Außenwelt abgeriegelte Registrier- und Abschiebezentren auf Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros für 20 000 Insassen entstehen. Allerdings fehlt es dafür an geeigneten Grundstücken. Deswegen billigte die Regierung in Athen am 10. Februar einen Erlass von Mitarakis, der den Weg für Enteignungen von Land freimachte.

Wie schwierig die Umsetzung dieser Vorhaben wird, zeigen die Vorgänge vom 26. Februar. Da streikten die Bewohner von Lesbos erneut und besetzten die zur Enteignung vorgesehenen Flächen. Und im Hafen von Chios kam es sogar zu heftigen Straßenschlachten mit eigens herangeschafften Polizeieinheiten, als aufgebrachte Griechen versuchten, die Entladung von Baufahrzeugen und -material für die Errichtung eines neuen Lagers auf der Insel zu verhindern.

KRIMINALITÄT

Über 60 „No-Go-Areas“ in Schweden

Mit den „Geflüchteten“ schwappte auch eine Welle der Kriminalität nach Schweden und über die griechischen Inseln in der östlichen Ägäis. Eigentumsdelikte, Zerstörungswut, Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen und in dem skandinavischen Königreich zusätzlich noch Schießereien und Sprengstoffanschläge sind nunmehr an der Tagesordnung. Auf Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos fällen marodierende Banden immer wieder Olivenbäume und verfeuern sie, um darüber gestohlene, wild geschlachtete Schafe, Ziegen und Hühner zu braten. Das hat naheliegenderweise drastische Folgen für die örtliche Landwirtschaft.

In Schweden ist die Situation mittlerweile derart eskaliert, dass die Polizei dort bereits über 60 sogenannte „No-Go-Areas“ zählt, also Gebiete, in die sich die Ordnungshüter kaum mehr hineinwagen – und unbewaffnete Nichtimmigranten, denen ihr Leben lieb ist, gleich gar nicht. Aber auch außerhalb dieser Zonen kann sich niemand mehr wirklich sicher fühlen. Laut einem Bericht des Nationalen Rates für Kriminalprävention wird neuerdings Jahr für Jahr ein Viertel der Menschen in Schweden im Alter zwischen 16 und 84 Jahren zum Opfer einer oder gar mehrerer Straftaten. Besonders hoch liegt dabei die Zahl der Vergewaltigungen. An die 500 Fälle pro Monat werden bekannt. Dazu kommt eine beträchtliche Dunkelziffer wegen unterlassener Anzeigen. Infolgedessen haben nun schon vier von zehn Frauen Angst, sich überhaupt noch aus dem Schutz ihrer Häuser zu wagen.

Außerdem gewinnen sogenannte Dominanz-Verbrechen (*Domination Crimes*) an Bedeutung. Bei denen handelt es sich um Misshandlungen oder Demütigungen ethnischer Schweden durch Zuwanderer in aller Öffentlichkeit. Nach der Tat stellen die Täter Filmaufnahmen davon ins Internet, um zu zeigen, wer die wahren Herren im Lande sind. Dabei schaut die kaputtgesparte Polizei ebenso hilflos-passiv zu wie bei den vielen anderen Delikten der „Schutzsuchenden“. *W.K.*

SCHWEDEN

Dem einstigen Muster-Sozialstaat droht die Überforderung

Das Heer der Sozialhilfeempfänger ausländischer Herkunft wächst in dem skandinavischen Land kontinuierlich an

Gemessen an seiner Einwohnerzahl hat Schweden in den letzten zehn Jahren mehr Einwanderer aufgenommen als jedes andere Land der Europäischen Union – die Bundesrepublik Deutschland inbegriffen. Zwischen 2010 und 2019 wurden in Schweden 505 935 Asyl-Erstanträge gestellt. Damit machen die „Schutzsuchenden“ nun offiziell fünf Prozent der Bevölkerung aus. In drei Städten des Königreiches, nämlich Botkyrka, Södertälje und Haparanda, sind die Immigranten bereits in der Mehrheit.

Hohe Zahl von Analphabeten

Sieben Zehntel der Einwanderer stammen aus den Bürgerkriegsstaaten Syrien, Afghanistan und dem Irak, in denen das Bildungssystem weniger hoch entwickelt ist. Deshalb gibt es unter den Asylsuchenden zahlreiche Analphabeten, die sich kaum in den Arbeitsmarkt integrieren lassen. Die Folge ist eine extrem hohe Arbeitslosenquote unter ihnen, die je nach Kommune bis zu 80 Prozent betragen kann.

Die Kinder der schon länger in Schweden lebenden „Schutzsuchenden“ scheitern vielfach im einstmals hochgelobten Bildungssystem des Königreiches. Der Anteil derer, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, stieg innerhalb der letzten Jahre von 37 auf 50 Prozent. Somit wächst das Heer der Sozialhilfeempfänger kontinuierlich weiter an.

Das wiederum bringt viele Kommunen des Landes an den Rand des wirtschaftlichen Kollapses. Bereits 2018 wies jede vierte schwedische Gemeinde ein Haushaltsdefizit aufgrund der explodierenden Sozialausgaben auf. Was das für Konsequenzen hat, zeigen Filipstadt in der Provinz Värmlands län, Ystad in der südschwedischen Provinz Skåne län und Motala in der Provinz Östergötlands län. In den drei Städten musste das Budget für Soziales an anderer Stelle gekürzt werden, um die Kosten für die „Geflüchteten“ zu stemmen – mit fatalen Folgen für die einheimische Bevölkerung. So erhalten hilfsbedürftige Senioren jetzt keine warmen Mahlzeiten mehr und die Beheizung der öffentlichen Gebäude läuft auf Sparflamme.

> Der Anteil derer, welche die Schule ohne Abschluss verlassen, stieg innerhalb der letzten Jahre von 37 auf 50 Prozent

Einheimische wandern aus

Als Reaktion auf diese Misere wandern immer mehr einheimische Schweden aus. Damit verschärfen sich die Probleme des Landes noch weiter, denn es handelt sich bei den Emigranten zumeist um Steuern zahlende Leistungsträger. Deshalb steht nun zu befürchten, dass der gut ausgebaute schwedische Sozialstaat infolge der Belastungen durch die Masseneinwanderung zunehmend Probleme bekommt. Inwieweit die Bundesrepublik Deutschland und der Rest Europas hieraus ihre Lehren ziehen, wird sich zeigen. *W.K.*

Der wahre Herr des Lebens

Gedanken zur Fastenzeit, die uns Menschen an die Vergänglichkeit unseres Daseins erinnert – und daran, dass der Tod die Voraussetzung für jedes neue Werden ist

Antikes Fresko in der Heilig-Kreuz-Kirche des Klosters Patrauti in Sutschawa/Rumänien

Foto: imago images

VON EBERHARD STRAUB

Die Fastenzeit, die am vergangenen Aschermittwoch angebrochen ist, erinnerte früher die Christen an die Hinfälligkeit ihrer Natur und Körperlichkeit – und damit an den Tod. Während des Fastens sollten die Gläubigen lernen, sich vor dem Tod nicht zu ängstigen und das vergängliche Leben nicht zu überschätzen. Die Gegenwart des Todes ist aus dem Leben indessen weitgehend verdrängt worden. Auch die Kirchen, ganz der Aktualität verpflichtet, erinnern nur noch ungern ihre dem Leben zugewandten Gläubigen daran, über kurz oder lang zu unansehnlicher Asche zu werden. Sie basteln beflissen an einem Christentum ohne Tränen. Aber der Tod, früher zutraulich Freund Hein genannt, der endlich vom Leben mit seinen Lasten und Belästigungen befreit, stört weiterhin die Daseinsgefräßigkeit einer Erlebnisgesellschaft, die stets neuer Dinge begierig ist.

Konfrontation mit der Vergänglichkeit

Das Coronavirus und seine möglichen tödlichen Folgen verursachen derzeit allenthalben helle Aufregung. Die Pandemie konfrontiert die Lebenshungrigen mit der Vergänglichkeit und ihrem Ende; mit Lebensmächten, die ihnen unheimlich sind, weil sie ihnen das Leben nehmen und veranschaulichen, dass die Welt ein recht unsicherer Aufenthaltsort ist.

Während dieser Irritationen und ängstlichen Übertreibungen erlaubte in der vergangenen Woche das Bundesverfassungsgericht, denen zu helfen, die nicht mehr leben wollen und den Tod einem Leben vorziehen, das nicht mehr lebenswert ist. Das Gericht spricht vom Tode und der Bereitschaft zum Tode – und meint damit das Leben. Das Leben kann durch Krankheit und Versuche, es bis zum letzten Atemzug zu verlängern, so entwertet werden, dass Einzelne den Tod suchen, um einem Leben, das für sie – und auch für das Gericht – kein wertvolles Leben mehr ist, ein Ende zu setzen.

In beiden Fällen ist es ein gesundes, frohes und gesellschaftlich nützliches Leben, das im Mittelpunkt steht. Der aus der Öffentlichkeit verbannte Tod lässt sich freilich nicht entmächtigen und erinnert alle, die ihm aus dem Wege gehen, daran, der wahre Herr des Lebens zu sein, das endlich ist und deshalb gerade nicht über die Zeit zu triumphieren vermag. Der Tod ist der Herr der Geschichte und des Lebens. So veranschaulichten ihn die Bilder vom Totentanz. Alle sind sterblich, Kaiser, Päpste, Staaten und Verfassungen, Dichter und Philosophen, Sinnstifter jeder Richtung: Es ist der Tod, der neues Leben schafft. Insofern ist der Tod überhaupt die Voraussetzung des Lebens. Der spanische revolutionäre Ruf „Viva la muerte! – Es lebe der Tod!“ ist deshalb gerade nicht lebensfeindlich. Ein Appell „Viva la vida! – Es lebe das Leben!“ würde hingegen lebensfeindlich davon ablenken, dass alles Leben dem Tode verfallen ist.

Die Geschichte des Lebens und der Lebendigen entwickelt sich im dauernden Werden, das Gewordenes verwirft und im Wandel neue Formen schafft, neue Lebensformen mit ihren ideellen Rechtfertigungen. Eines der schönsten Bücher der europäischen Literatur – Ovids „Metamorphosen“ – behandelt die Verwandlungen und Umwandlungen, die der Tod bewirkt. Und in dessen Sinne konnte Goethe jedem raten: „Und so lang du das nicht hast, Dieses Stirb und Werde / Bist Du nur ein trüber Gast / Auf der dunklen Erde.“ Denn der Lebende, der wirkliche Lebendige, häutet sich ununterbrochen, befindet sich immer im Übergang, bis seine Seele, sein wahres Ich, durch den Tod hinübergeht in das Reich der Sicherheit und Beständigkeit, wie es schon die alten Philosophen von Platon über Cicero bis zu Seneca und dem Kaiser Marc Aurel und dann später vor allem die ersten Christen lehrten.

Die frohe Botschaft

Es war eine frohe Botschaft, die sie verkündeten, nach allen Täuschungen und Irrungen endlich zur Freiheit zu finden und zur Wahrheit. Nur wer den Tod mit den Augen des hinfälligen Leibes und nicht der Seele betrachtet, wird ihn schrecklich finden. „Genug weiß, wer sich selbst weiß. Genug weiß, wer Gott weiß. Genug kann, wer sterben kann“, wie ein barocker deutscher Dichter eine Heiden wie Christen vertraute Lebensmaxime formelhaft resümierte. Das Leben vollendete sich für sie in einem gefassten und beherzten Tod.

Mit solcher tapferen Distanz zur Welt und zur Tyrannei der rasch wechselnden Launen und Illusionen der Herrscher räumten die aufgeklärten Humanisten seit dem 18. Jahrhundert auf. Der altväterlichen und etwas schwierigen, seit Jahrtausenden beachteten Kunst, selig zu sterben, stellten sie die bei Weitem plausiblere Kunst, glückselig zu leben, gegenüber. Seitdem erscheinen die mannigfachsten Trakte, die darüber unterrichten, wie jeder als Herr seiner selbst, seines Glückes Schmied werden könne; seines ganz privaten Glücks, sich wohl auf dieser Welt zu fühlen. Eine heitere Genussreligion ersetzte die griesgrämige Weltklugheit, nicht allzu viel vom Glück, von den Gaben der unzuverlässigen Fortuna zu erwarten, die betrügt und den Menschen zum Narren macht.

Genussreligion der Gegenwart

Diese Genussreligion gehört seither unmittelbar zur Demokratie. Für die Demokratie stirbt man nicht, sie ist eine Lebensgemeinschaft, sie wird erlebt und zum Erlebnis, zum glücklichen Erlebnis für denjenigen, der in der besten aller Welten weilt und im freiesten Staat lustwandelt, den es je gegeben hat und in dem die Geschichte an ihr wohltätiges Ende gelangt ist. Unter den alten Heiden und Christen erlagen nur unvernünftige Schwärmer der Versuchung, in einem besten Staat und seiner unübertrefflichen Verfassung ihr Heil zu suchen, das erlöst von allen Widrigkeiten des Daseins. Sie hielten jeden Staat und jede Gesellschaft für unvollkommen, weshalb sie unablässig darüber diskutierten, wie mit praktischer Staatsklugheit die stets gefährdete bürgerliche Ordnung vor dem Umsturz in Ungerechtigkeit und Unfreiheit bewahrt werden könne; Visionen von Zukunftsgestaltern erregten, wie die Geschichte bestätigte, ihren berechtigten Argwohn.

Doch bei aller demokratischen Freude an der Welt gibt es doch keine Romane, Theaterstücke oder Filme, die kunstvoll und alle Sinne anregend schildern, welch höchste Lust es gewährt, in einer demokratischen Wertegemeinschaft zu leben, die alle umkost und keinen vernachlässigt. Meist wird der biedere Bürger damit beschäftigt, warum „Menschen“ gerade in dieser durch und durch vermenschlichten Gesellschaft nicht zu innerer Zufriedenheit und zur Harmonie mit den anderen finden. Die heitere Genussreligion hat offensichtlich die Welt nicht wohnlicher gemacht. Sie ist das Narrenschiff geblieben, wie es früher weltkluge Schriftsteller veranschaulichten. Der Tod sollte demokratische Humanisten in ihrem gemeinschaftlichen Lebensgenuss nicht stören. Deshalb wurde er in Nischen und Ghettos abgeschoben, um von seiner Hässlichkeit nicht behelligt zu werden. Gleichwohl blieb der Tod allgegenwärtig.

> Die Gegenwart des Todes ist aus dem Leben weitgehend verdrängt worden. Auch die Kirchen, ganz der Aktualität verpflichtet, erinnern nur noch ungern ihre dem Leben zugewandten Gläubigen daran. Sie basteln beflissen an einem Christentum ohne Tränen

Segnungen der modernen Warenwelt

Die Warenwelt, die uns beglückt, plant von vorneherein die Vergänglichkeit der Produkte ein. Sie müssen sterben, um neuen Gütern Platz zu machen. Sie erhält sich dadurch, dass sie sich selbst überholt zur allerneuesten Neuzeit. Die früheren Güter werden zum Müll. Das Alte wird als auslaufendes Modell beiseitegeschoben und aus dem Verkehr gezogen oder zerstört. Das gilt auch für öffentliche Gebäude, die einst als dauerhafte Symbole der Stabilität der flüchtigen Zeitlichkeit entrückt wurden. Die schöpferische Vernichtung der Gegenwart mit dem Versprechen, eine bessere Zukunft für den Verbraucher zu ermöglichen, macht jedes Gut zu einem sehr vergänglichen Wert, eben zu eitlem Tand. Der Tod, das berechnete Sterben, der eingeplante Verfall, triumphiert in Einkaufsparadiesen, dem Alltag entrückt als Ort der wahren Daseinsfreude. Daher rührt die Unrast bei der Jagd nach dem Glück: mitten im Leben vom Tode umfangen zu sein, der sich in betörendem Glanz versteckt.

● **Dr. Eberhard Straub** ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehört u.a. „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (Klett-Cotta 2014)

MELDUNGEN

Gewalt gegen AfD-Co-Chef

Gablenz – Das Auto des Co-Bundesvorsitzenden der AfD, Tino Chrupalla, ist in der Nacht zum 2. März völlig ausgebrannt. Beim Versuch, das Fahrzeug zu löschen, zog der Politiker sich Verletzungen zu und musste in einem Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei geht von Brandstiftung aus, und der polizeiliche Staatsschutz prüft, ob es einen politischen Hintergrund gibt. Von einem solchen geht die AfD aus. Sie wirft der CDU-geführten Landesregierung vor, seit Jahren nichts gegen linke Gewalttäter in Sachsen unternommen zu haben. Eine Anfrage der AfD habe gezeigt, dass von 398 Ermittlungsverfahren gegen linke Straftäter im vergangenen Jahr 320 eingestellt worden seien, weil keine Täter hätten ermittelt werden können. Nur siebenmal seien Bewährungsstrafen ausgesprochen worden. In einer Stellungnahme der sächsischen AfD heißt es, dass sogar schwere Sprengstoffanschläge auf AfD-Büros nur Bewährungsstrafen nach sich zögen. Ein vergleichbarer Anschlag auf eine Dresdner Moschee hingegen sei mit zehn Jahren Haft geahndet worden. *MRK*

Steinbachs Haus beschmiert

Frankfurt/Main – Das Haus der ehemaligen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, wurde zum wiederholten Male Objekt eines Angriffs. Unbekannte hatten nachts ihr Haus in Frankfurt mit Farbe beschmiert. Die 2017 aus der CDU ausgetretene Politikerin, die heute Präsidentin der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung ist, sprach von einem „linksextremistischen Attentat“ und „Farbterror“. Auf Twitter äußerte sich Steinbach zu dem Vorfall und machte deutlich, dass sie sich durch derartige Angriffe nicht einschüchtern lasse. Ein Polizeisprecher bestätigte den Vorfall. Er sagte, dass ein Verfahren gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung eingeleitet worden sei. Steinbach beklagte, dass viele Andersdenkende derzeit solchen Angriffen ausgesetzt seien, über die die Bundesregierung jedoch schweigend hinwegschaue. *MRK*

Asylsucher aus der Türkei

Berlin – Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 ist die Zahl der Asylbewerber aus der Türkei stark angestiegen. Ein Bericht des Auswärtigen Amtes spricht davon, dass es in der Türkei dauerhaft zu „Säuberungen“, „Missbrauch der Justiz für persönliche Machtinteressen“ und „politischer Einflussnahme auf die Wissenschaft und Universitäten“ komme. Eine Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), besagt, dass 48 Prozent der Asylsucher zuvor eine Universität besucht haben. Jeder zweite Asylsucher aus der Türkei erhält derzeit einen sogenannten Schutzstatus, der keine Gewähr für eine dauerhafte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik bietet. Von den Kurden, die einreisen, erhalten rund 20 Prozent einen entsprechenden Status. „Es ist ein Schwebezustand mit offenem Ende“, kommentierte der Fachanwalt Berthold Fresenius gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ diese Situation. *P.E.*

Hat an Linken nicht nur Gerhart Baum im Nacken: Christian Lindner (von links) *Foto: pa*

CHRISTIAN LINDNER

Manchem Parteifreund ist er zu rechts

Die Kommunalwahl in Bayern am 15. März könnte dem FDP-Bundesvorsitzenden zum Verhängnis werden

Die alte Steigerung „Feind, Todfeind, Parteifreund“ trifft wohl auf kaum eine Partei besser zu als auf die FDP. Guido Westerwelle konnte ein Lied davon singen, später auch Philipp Rösler. Und nun ist Christian Lindner an der Reihe. Ausgerechnet der, der nach dem Wahldesaster 2013 gemeinsam mit Altmeister Wolfgang Kubicki die Scherben zusammenkehrte und die Partei vier Jahre später zurück in den Bundestag führte. Doch dass Lindner in der Stunde des Triumphs eine Jamaika-Koalition mit CDU und Grünen ablehnte, hat ihm von Seiten vieler Journalisten, die gerne eine grüne Regierungsbeteiligung herbeigeschrieben hätten, Unterstützung gekostet. Seit dem Thüringen-Desaster und der verlorenen Hamburg-Wahl werden die Messer gewetzt, alte Rechnungen beglichen. Die Zuträger von Indiskretionen gegen Lindner sitzen auch in den Parteigremien. Offen Stellung bezieht niemand, doch hinter vorgehaltener Hand heißt es, Lindner habe eine „One Man Show“ aus den Liberalen gemacht.

„Ich würde gerne andere in die Talkshows schicken“, kontert der 41-Jährige, „aber die laden ja immer mich ein.“ Neben Lindner ist Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki der einzig verbliebene bundesweit bekannte Spitzenpolitiker der FDP.

Erst Jamaika, dann Thüringen

Schon seit 2013 gibt es ab und an den Vorwurf, Lindner habe die Partei nach rechts geführt. In der Tat hat der Ober-Liberale allzu große multikulturelle Träumereien stets vermieden, in EU-Fragen heimliche Signale Richtung AfD-Wählerschaft gesendet. Lieblingsgegner waren und sind die Grünen.

Doch das stößt auf Wiederstände. Der Altliberale Gerhart Baum, der sich immer wieder kritisch zum Zustand seiner Partei äußert, fordert gegenüber dem „Handelsblatt“ eine inhaltliche Neuausrichtung. „Die FDP muss jetzt nachdenken, wer sie eigentlich ist. Diese Kursbestimmung hätte es schon ohne Thüringen geben müssen. Nun ist die Dringlichkeit besonders groß. Es geht nicht nur um den Wirtschaftsstandort Deutschland, es geht auch um den Demokratiestandort Deutschland.“ Zwar geht Baum mit dem, was seine Kritiker als Besserwisserei brandmarken, vielen in der Partei auf die Nerven. Doch der von ihm geforderte Linkskurs findet Gefallen bei der jüngeren Parteigeneration.

Der Bundestagsabgeordnete und niedersächsische Generalsekretär Konstantin Kuhle präsentiert sich in den sozialen Netzwerken als besonders eifriger Kämpfer gegen die AfD. Darin enthalten sind Forderungen nach einer Umkehr in der Umweltpolitik und eine Hinwendung zu sozialen Fragen. Kuhle war lange Jahre Vorsitzender der Jungen Liberalen.

> Neben dem Altliberalen Gerhart Baum lassen auch jüngere FDP-Politiker wie Konstantin Kuhle, Ria Schröder oder Johannes Vogel Sympathie für einen Linksruck ihrer Partei erkennen

Seine Nachfolgerin Ria Schröder haut in dieselben Kerben, spricht von „roten Linien“, die ihre Partei ziehen müsse. Etwa mit einem Parteibeschluss, dass FDP-Politiker ein Amt künftig nicht annehmen dürfen, wenn die Wahl ohne die Unterstützung der AfD nicht möglich gewesen wäre – so wie in Thüringen.

Ungemach droht Lindner vor allem aus dem eigenen Landesverband. Der Bundestagsabgeordnete Johannes Vogel, ebenfalls ein Ex-Juli, sowie Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Landesverbandes Joachim Stamp fielen ihm und dem thüringischen Kurzzeit-Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich unmittelbar nach dessen Wahl in den Rücken.

Der Parteichef verweist stoisch darauf, dass er noch eineinhalb Jahre gewählt ist. Doch die Kommunalwahlen in Bayern könnten ihm einen Strich durch die Rechnung machen, denn dort droht der Partei ein Desaster. Eine aktuelle Umfrage sieht die FDP im Freistaat bei nur noch drei Prozent. Außer Frage steht, dass Lindner als Sündenbock für entgangene Mandate herhalten müsste. Und wenn es um die eigene Karriere geht, waren Liberale noch nie zimperlich. Westerwelle und Rösler lassen grüßen. *Peter Entinger*

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

„Vom Osten lernen, siegen lernen“?

Blaue streiten über die Lehren und Konsequenzen aus dem mageren Resultat bei der Hamburg-Wahl

Als am Morgen nach der Hamburger Bürgerschaftswahl vom vorletzten Sonntag der AfD-Spitzenkandidat Dirk Nockemann vor die Hauptstadtpresse trat, verwahrte er sich gegen die Mutmaßung einer Journalistin, seine Partei habe den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde auch deshalb geschafft, weil die Ausgrenzung ihre Wählerschaft mobilisiert habe. „Ich halte das für Unsinn. Wenn sie keinen Wahlkampf führen können, wird es schwer Menschen zu erreichen“, sagte der ehemalige Innensenator. Dass der Hamburger Verband zu den liberalsten innerhalb der Partei gehört, machte die interne Auswertung emotional.

Der Thüringer Björn Höcke, für viele West-Rechte eine Ikone, sendete spitz Glückwünsche zum „Wahlerfolg eines unserer schwächsten Verbände“. Ob er damit die inhaltliche Ausrichtung, das Personal oder einfach nur die strukturellen Gegebenheiten meinte, ließ er offen. Jene, die sich unter Höckes „Flügel“-Banner versammelt und in den Westverbänden eher wenig zu sagen haben, sprechen von „Distanzeritis“ und „Anpasserei“. Der vom Parteiausschluss bedrohte Landtagsabgeordnete aus Baden-Württemberg, Stefan Räpple, warf den Hamburger Kollegen Mutlosigkeit vor und glaubt, dass „vom Osten lernen, siegen lernen“, bedeute.

Unterfüttert werden die Vorwürfe von der Zeitschrift „Sezession“, die zur Verlagsgruppe des neurechten Vordenkers Götz Kubitschek gehört. In einem Artikel zur Hamburg-Wahl wurde moniert, die Partei habe zu wenig Präsenz in den „Armenvierteln“ gezeigt und stattdessen auf das „ins linksliberal abgedriftete Bürgertum“ gesetzt. „Die AfD wollte sich nicht um sie bemühen, passte es doch nicht zur liberalkonservativen Programmatik, die nicht nur weltanschaulich falsch war, sondern auch ein strategisches Desaster darstellt. In den einwohnerstarken und damit elektoral besonders bedeutenden Arbeiterbezirken siegte konsequenterweise die Sozialdemokratie“, heißt es.

Werben um „Arme“ oder „Bürger“?

Dass die AfD im Hamburger Bürgertum nicht verfing, belegen die Zahlen. Über die Ursachen wird gestritten. „Die AfD muss ihr bürgerlich-konservatives Image schärfen und eine noch klarere Grenze nach Rechtsaußen ziehen“, schriebt der Berliner AfD-Fraktionsvorsitzende Georg Pazderski. Besonders der Bundesvorstand, die Landesvorstände, aber auch der „Flügel“ seien jetzt gefordert. Doch aus den Ostverbänden ist wenig Zustimmung zu erwarten. *P.E.*

BERLINER MIETENDECKEL

Vermurkster Start mit vielen Fragen

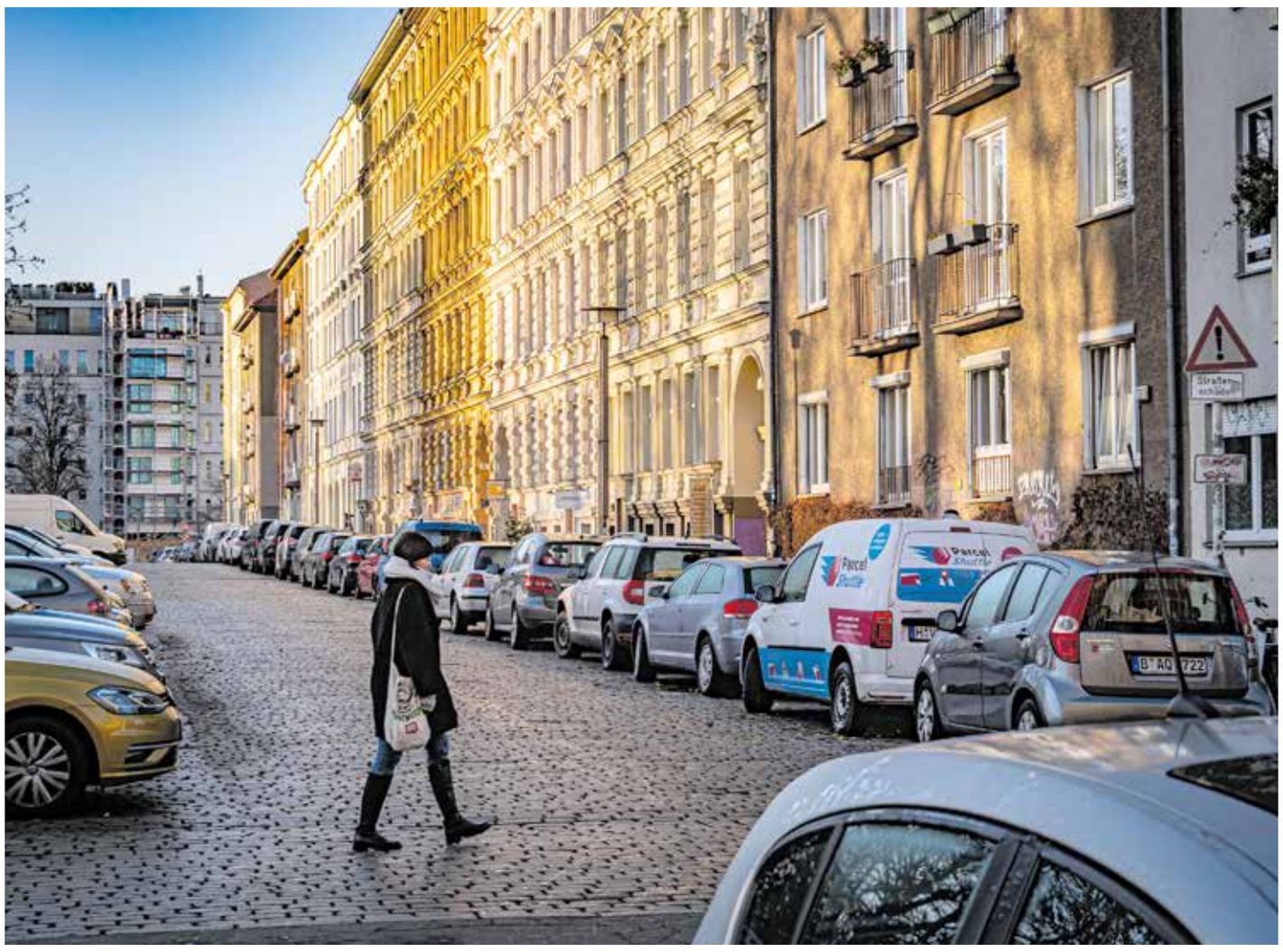
Lieblingsprojekt des rot-rot-grünen Senats trifft weitgehend unvorbereitete Verwaltung

VON NORMAN HANERT

Die Berliner Rathauskoalition aus SPD, Linkspartei und Grünen hat im Rekordtempo die Idee für einen Mietendeckel in ein Gesetz umgewandelt. Bei der Umsetzung im Verwaltungsalltag tauchen nun allerdings Schwierigkeiten auf.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte das „Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin“ bereits Ende Januar verabschiedet. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt am 23. Februar ist das Gesetz in Kraft getreten. Rückwirkend werden die Mieten für rund 1,4 Millionen Wohnungen für fünf Jahre auf dem Niveau vom 18. Juni 2019 eingefroren. Das Gesetz legt zudem fest, dass ab kommenden November eine „überhöhte“ Miete verboten ist und abgesenkt werden kann.

Schätzungen des Senats gehen dahin, dass etwa 340000 Menschen in der Hauptstadt zu viel Miete zahlen. Zumindest beim Gesetzgebungsverfahren haben die Politiker der rot-rot-grünen Koalition ungewöhnlich zügig gearbeitet: Das Konzept zur Deckelung von Mieten wurde erst ab Anfang 2019 wirklich intensiv diskutiert. Bereits im vergangenen Juni beschloss der Senat die Eckpunkte für die neue Mietenregelung. So ist innerhalb nur eines Jahres aus einer Idee ein geltendes Gesetz geworden.



Mieten auf dem Stand vom 18. Juni 2019 eingefroren: Begehrte Altbauten im Bezirk Pankow *Foto: Imago images/Jürgen Ritter*

Im Eiltempo durchgezogen

Bei diesem Tempo indes nicht ganz mithalten konnte die Berliner Verwaltung. Allein die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen benötigt für den Mietendeckel 153 zusätzliche Mitarbeiter. Die Bezirke werden überdies mindestens 48 neue Stellen schaffen müssen. Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) nannte bislang noch keine konkrete Zahl, wie viele Mitarbeiter sie zur Umsetzung des Mietendeckels einstellen wird. Im Auftrag des Senats soll die Förderbank Anträge zu Mietzuschüssen und auch Härtefall-Anträge von Vermietern bearbeiten.

Bis bei der Senatsverwaltung und den Bezirken die neuen Mitarbeiter ihre Arbeit aufnehmen, werden jedoch noch Monate vergehen. Eine Woche nach Inkrafttreten des Deckels hatte nur die Hälfte der zwölf Berliner Bezirke überhaupt Stellen für dessen Umsetzung ausgeschrieben. Drei weitere Bezirke und die Senatsverwaltung haben erst für die nächsten Wochen Stellenausschreibungen angekündigt. Drei Bezirke haben bis Anfang März noch gar keine Zeitplanung für die Stellenausschreibungen genannt.

Die Beschäftigtenvertretung der Berliner Verwaltung bezeichnet den Zeitplan für das Neupersonal als „ambitioniert“, was man mit „überstürzt“ übersetzen könnte. Daniela Ortmann vom Hauptpersonalrat sagte zum Sender RBB, machbar sei das nur, wenn bereits jetzt bei Auswahlverfahren, Schulungen sowie dem IT-System alles reibungslos laufe. Kritisch bewertet Ortmann dabei den Umstand, dass einige Bezirke noch nicht einmal Termine für die Stellenausschreibungen genannt hätten. Auch die Befristung der Stellen könne dazu führen, dass möglicherweise nicht genug geeignete Bewerbungen eingingen. Derzeit scheint es schon bei der Information von Mietern und Vermietern über die neuen Regelungen zu hapern.

Angekündigt hatte Wohnungssenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei), mit dem Inkrafttreten des Gesetzes würde eine Telefonhotline bereitstehen. Testanrufe einer Hauptstadtzeitung förderten allerdings eine massive Überlastung der Behörden-Servicenummer zutage.

Mieter sollen Geld zurücklegen

Schwierigkeiten drohen dem bundesweit bislang einmaligen Projekt jedoch nicht nur bei der Umsetzung durch die Berliner Verwaltung: Auch das Bundesverfassungsgericht wird sich möglicherweise schon in einigen Wochen mit dem Berliner Mietengesetz befassen. Nachdem CDU und FDP bereits vergangenes Jahr den Gang nach Karlsruhe angekündigt hatten, sind nun im Bundestag genug Stimmen für eine Verfassungsklage zusammen. Das notwendige Quorum für eine Kontrollklage liegt bei 178 Bundestagsabgeordneten. Der Berliner CDU-Abgeordnete Jan-Marco Luczak teilte unlängst mit, den Antrag auf Einreichung der Verfassungsklage hätten bereits 190 Abgeordnete unterschrieben. Ebenfalls noch vor der parlamentarischen Sommerpause wollen auch die Fraktionen von CDU und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus vor das Landesverfassungsgericht ziehen.

Bei Berlins größtem Vermieter, dem Immobilienkonzern Deutsche Wohnen, ist man der Auffassung, dass die Mietendeckelung nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei und möglicherweise später wieder einkassiert werde. In einem Interview gab das Deutsche-Wohnen-Vorstandsmitglied Henrik Thomsen Mietern sogar den Rat, Geld zurückzulegen, um später nicht aufgrund von Mietrückständen Probleme zu bekommen.

KAMPF GEGEN INDIVIDUALVERKEHR

Autofahrer werden massiv verdrängt

Berlin im Pollerfieber: Selbst hochfrequentierte Durchgangsstraßen sollen verengt werden

Zugunsten von Radwegen, Stellflächen für E-Scooter oder Grünflächen versuchen die Berliner Bezirke an immer mehr Orten, den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen. Als Vorreiter der sogenannten „Verkehrsberuhigung“ sieht sich der grün regierte Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Im Samariterkiez wird durch Poller und eine geänderte Verkehrslenkung bereits seit dem Sommer 2019 versucht, den Durchgangsverkehr herauszuhalten und auf die Hauptstraßen zu konzentrieren. Auch im Bergmann- und im Wrangelkiez hat der Bezirk inzwischen Sperren aufgestellt, die den Durchgangsverkehr fernhalten sollen. Diese Art von Verkehrsberuhigung bringt für die Bewohner auch negative Auswirkungen mit sich: Der ADAC kritisiert beispielsweise mehr Anfahr- und Bremsvorgänge und eine Verlängerung von Wegen für Autos, die solche Kiezblocks erzwungenermaßen umfahren müssen. Aus Sicht des Automobilclubs hat sich als Mittel zur Verkehrsberuhigung stattdessen eine großflächige Ausweisung von Tempo 30 auf Nebenstraßen bewährt.

Nachteile auch für Anwohner

Eine Vorreiterrolle nimmt Friedrichshain-Kreuzberg inzwischen auch bei den Planungen zum Abbau von Parkplätzen ein. Beginnend im März, will der Bezirk insgesamt 500 Kfz-Stellplätze wegfallen lassen, um Platz für E-Scooter und Leihräder zu schaffen. Auch die Planungen der anderen Berliner Bezirke sehen vor, in den nächsten Monaten hunderte Parkplätze in Abstellflächen für Räder und Roller umzuwandeln.

Und die Autofahrer werden sich darauf einrichten müssen, in den kommenden Jahren noch weiter aus dem Straßenraum verdrängt zu werden: Der rot-rot-grüne Senat plant nämlich nicht nur den Ausbau des Straßenbahnnetzes, sondern auch ein Netz von pollergeschützten Radstreifen und sogar Radschnellwegen. An vielen Stellen der Stadt sollen diese Projekte durch den Wegfall von Parkraum und den Rückbau von Autofahrspuren realisiert werden.

„Nisthilfen für Bienen“

Kontrovers diskutiert wird derzeit etwa über den Umbau der Leipziger Straße in Berlin-Mitte. Bislang besteht die wichtige Ost-West-Verbindung über weite Strecken noch aus jeweils zwei Fahrstreifen und einer Busspur in jede Richtung. Eine nun bekannte Planungsvariante der Senatsverkehrsverwaltung sieht vor, die viel befahrene Magistrale zwischen Spittelmarkt und Leipziger Platz nur noch einspurig verlaufen zu lassen. Laut den Planungen soll der Wegfall von Fahrspuren Platz schaffen, damit Straßenbahnen auf einem eigenen Trassenkörper fahren können. Am Fahrbahnrand will die Behörde zudem in beide Richtungen breite Fahrradwege anlegen lassen.

Der Mittelstreifen soll auf fünf Meter verbreitert und mit „bestäubungsfreundlichen Pflanzen“ und „Nisthilfen für Bienen“ bestückt werden. Oppositionsvertreter im Abgeordnetenhaus sehen mit den Plänen des Senats ein Verkehrs-Nadelöhr und extreme Rückstaus programmiert. Bislang fahren nämlich täglich bis zu 70000 Fahrzeuge durch die Leipziger Straße. *N.H.*

KOLUMNE

Wohnungsbau verschleppt

VON THEO MAASS

Erbaut wurde das Spaßbad „Blub“ 1985. Anfangs kamen 600000, ab 2001 nur noch 330000 Besucher. 2002 schloss das Gesundheitsamt die Anlage wegen Rattenbefalls. Verschiedene Pläne, Freizeit-, Wellness- oder andere Badeanlagen dort zu betreiben, erwiesen sich als nicht realisierbar. 2012 kaufte dann die Höcherl Group aus München das Areal, um dort Wohnungen zu errichten. Schon am 22. Mai 2012 wurden dem Stadtplanungsamt Neukölln entsprechende Pläne vorgestellt.

Auf einer Fläche von 35000 Quadratmetern sollten 400 bis 500 Miet- und Eigentumswohnungen entstehen. Aber dann gingen Zank und Streit wieder los. Die von der Linkspartei gestellte Bausenatorin Katrin Lompscher baut ungern neue Wohnungen. Enteignungen und „Vorkaufsrechte“ sind die Instrumente, mit denen sie die Wohnungsnot beheben will. So auch hier: Die Höcherl Group zeigt wenig Neigung, auf dem Areal Sozialbauwohnungen zu errichten. Warum auch? Der Neuköllner Stadtteil Britz ist nicht das, was man eine bevorzugte Wohngegend nennt. Dass der Eigentümer und Bauherr keine Lust verspürt, ein neues „Problemviertel“ zu errichten, ist verständlich.

Senat und Bezirksamt fordern eine Rate von 30 Prozent Sozialwohnungen. So tat sich jahrelang erst einmal nichts, trotz grassierender Wohnungsnot in der Hauptstadt. Verantwortlich für die Verzögerung zeichnet der grüne Baustadtrat Jochen Biedermann. Unterstützung fand er in der Bezirksverordnetenversammlung bei SPD, Grünen und Linkspartei. Nach jahrelangem Gezerre hat Höcherl nun zugesagt, 18 Prozent Sozialbauwohnungen zu bauen. Nachdem die Pläne baureif sind, sollen nun erst mit zweijähriger Verzögerung die Arbeiten beginnen. Die Wohnungssuchenden können sich bei diesen drei Parteien bedanken.

MELDUNG

Tote Polizisten gewürdigt

Berlin – In Neukölln wurden vor wenigen Tagen zwei Straßen nach den ermordeten Polizeibeamten Uwe Lieschied und Roland Krüger umbenannt. Lieschied war von einem Handtaschendieb im Volkspark Hasenheide im März 2006 mit acht Kugeln erschossen worden. Roland Krüger wurde drei Jahre zuvor von Yassin Ali-Khan, einem libanesischen Clan-Mitglied, ermordet, als ein Sondereinsatzkommando der Polizei dessen Wohnung stürmen wollte. Ali-Khan wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, reiste danach zunächst in den Libanon aus, kehrte dann jedoch nach Deutschland zurück. Die Gräber der beiden Polizisten sind unterdessen von Unbekannten verwüstet worden, die Grabsteine mit Hakenkreuzen beschmiert. Eine „rechte“ Täterschaft scheint indes unwahrscheinlich. Nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamts leben in Deutschland etwa 200000 Mitglieder arabischer Großclans, 31 Prozent davon Libanesen. *F.B.*

MELDUNGEN

Netanjahu hat die Nase vorn

Tel Aviv – Bei Israels dritter Parlamentswahl innerhalb eines Jahres hat der amtierende Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit seiner konservativen Likud-Partei den größten Stimmenanteil errungen. Sein Herausforderer Benny Gantz vom Blau-Weiß-Bündnis der Mitte wurde nur zweitstärkste Kraft. Laut TV-Prognosen kommt die Likud-Partei auf 36 bis 37 Mandate, während Gantz' Partei mit 32 bis 34 Mandaten rechnen kann. Netanjahu, gegen den in zwei Wochen ein Korruptionsprozess eröffnet werden sollte, kündigte an, „eine starke nationale Regierung" einzurichten. In seiner Ansprache kündigte er Friedensverträge mit arabischen und muslimischen Staaten an, bekräftigte aber auch Pläne zur Annexion israelischer Siedlungen im besetzten Westjordanland. Gleichzeitig drohte er, die „iranische Bedrohung" zu beseitigen. Bei den ersten beiden Wahldurchgängen war es zu Pattsituationen gekommen, weshalb kein Regierungsbündnis zustande kam. *MRK*

UN-Botschafter gibt auf

Tel Aviv – Der UN-Gesandte für das Krisenland Libyen hat seinen Rücktritt eingereicht. Als Grund gab der 69-Jährige an, dem Stress gesundheitlich nicht mehr gewachsen zu sein. Zwei Jahre lang habe er sich bemüht, die zahlreichen Milizen in Libyen an den Verhandlungstisch zusammenzubringen und für den Bürgerkrieg im Land eine diplomatische Lösung zu finden. Pläne für eine Friedenskonferenz, bei der der von den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Russland unterstützte General Chalifa Haftar mit dem vom Westen anerkannten Regierungschef Fajis al-Sarradsch zu Friedenverhandlungen gebracht werden sollte, wurden stets torpediert. Gerade in den vergangenen Wochen gab es verstärkt diplomatische Bemühungen zur Beendigung der Krise, doch immer wieder blieben wichtige Teilnehmer den Treffen fern. Das verhängte Waffenembargo wird laut UN-Angaben immer wieder verletzt. *MRK*

Gott in der Verfassung

Moskau – Wladimir Putin hat dem Drängen der Russisch-Orthodoxen Kirche nachgegeben und plant, in der in Kürze in Kraft tretenden neuen Verfassung einen Gottesbezug zu verankern. Der Wunsch nach dem Gottesbezug in der Verfassung hat bereits zu heftigen Diskussionen geführt. Gegner sehen die strikte Trennung von Staat und Kirche in Gefahr. Viele wiesen auf die atheistische sowjetische Vergangenheit hin oder auch auf die vielen verschiedenen Konfessionen in Russland. Putin, der sich gerne mit kirchlichen Würdenträgern zeigt, wurde zu Sowjetzeiten 1952 getauft. Kritiker unterstellen ihm, dass er mit dem Streitthema „Gott in der Verfassung" von den sonstigen umstrittenen Änderungen ablenken wolle. Für Ende April wurde eine Volksabstimmung über die neue Verfassung angekündigt. *MRK*

FOTO: PA

Offene Kritik an „Wokeness": Barack Obama (M.r.) im Gespräch mit Yara Shahidi (M.l.) und anderen auf einer Veranstaltung seiner Obama Foundation im vergangenen Herbst

„WOKENESS"

Wohlfühlen durch Anprangern

Aus den USA kommt eine neue Blüte der politisch-moralischen Bigotterie nach Deutschland

NORMAN HANERT

Als Barack Obama im vergangenen Herbst warnte, jugendlicher Aktivismus sei heutzutage allzu oft auf das Anprangern anderer Menschen fokussiert, erregte dies nicht nur in den Reihen der US-Demokraten Aufmerksamkeit. Auch aus dem konservativen Lager kamen wohlwollende Kommentare. Angesprochen hatte der ehemalige US-Präsident in seiner Diskussion mit der Schauspielerin und Harvard-Studentin Yara Shahidi sowie anderen jungen Aktivisten über Führungskultur und Graswurzel-Bewegungen, wie junge Politikaktivisten soziale Medien nutzen, um andere zu verurteilen und sich selbst dabei besser zu fühlen. „Schau, wie woke (wach, aufgeweckt) ich war, ich habe dich angeprangert", so die Beschreibung Obamas. Schon als amtierender Präsident hatte Obama im Jahr 2016 an der Howard University die zuhörenden Studenten dazu aufgefordert, auch andere Meinungen anzuhören und nicht „niederzuschreien".

Tatsächlich macht sich in den Vereinigten Staaten schon seit einigen Jahren gerade an den Universitäten immer mehr ein Phänomen breit, das Obama mit der Erwähnung des Wortes „woke" konkret ansprach. Der Begriff „Wokeness" soll nach dem Selbstverständnis von Aktivisten für eine permanente Wachsamkeit für soziale Gerechtigkeit, gegen Diskriminierung und Rassismus stehen. In der „Neuen Zürcher Zeitung" beschrieb Simon M. Ingold das Phänomen „Wokeness" hingegen als eine „gesteigerte Form der Political Correctness". Seinen Ursprung hat das Konzept von „Wokeness" in der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen. Über die etablierten Medien sowie prominente Größen der Popkultur und der Unterhaltungsbranche hat die Entwicklung allerdings inzwischen längst auch in der weißen Mittelschicht Fuß gefasst.

Niederbrüllen

Die extremen Auswüchse werden insbesondere an den Universitäten der USA sichtbar. Studenten demonstrieren nicht nur gegen die vermeintliche Stereotypisierung von Minderheiten. Sie schaffen es auch, Hochschulleiter aus dem Amt zu vertreiben, die nicht das von ihnen erwartete gesteigerte Problembewusstsein aufzeigen. Stein des Anstoßes kann dabei schon sein, wenn sich andere Studenten zu einer Kostümparty als Mexikaner verkleiden und damit angeblich ein „unsensibles" Verhalten gegenüber Minderheiten zeigen. Die neue Prangerkultur hat längst auch Elite-Universitäten wie Harvard, Yale, Stanford und Princeton erreicht.

> „Wenn ich etwas darüber poste, dass jemand anderes etwas falsch gemacht oder das falsche Verb benutzt hat, kann ich mich zurücklehnen und mich gut fühlen. Nach dem Motto: ‚Schau, wie woke ich war, ich habe dich angeprangert. '"
>
> **Barack Obama**
> Ex-Präsident der USA am 29. Oktober während einer Diskussion mit der Schauspielerin und Harvard-Studentin Yara Shahidi und anderen jungen Aktivisten über Führungskultur und Graswurzel-Bewegungen

Sitzblockaden

Der Siegeszug von „Wokeness" hat an vielen Universitäten inzwischen ein Stadium erreicht, in dem die Freiheit von Lehre und Forschung ebenso gefährdet ist wie auch die weltweite Spitzenstellung der die sogenannte Ivy League bildenden acht privaten Elitehochschulen von Brown, Columbia, Cornell, Dartmouth, Harvard, Princeton, Pennsylvania und Yale. Ähnlich wie dies auch in Deutschland bei den massiven Störungen der Vorlesungen des AfD-Gründers Bernd Lucke an der Universität Hamburg zu beobachten war, versuchen auch in den Vereinigten Staaten junge Aktivisten die freie Meinungsäußerung zu verhindern, sobald an den Universitäten abweichende Ansichten vertreten werden. Durchgesetzt wird dies nicht nur durch Niederbrüllen, sondern auch mit Sitzblockaden und Gewalt.

VENEZUELA

Wahl zwischen Pest und Cholera

Gegenpräsident Juan Guaidó kann von den Schwächen des Maduro-Regimes kaum profitieren

Nachdem mehr als 60 Staaten einschließlich der Bundesrepublik den damals fast unbekannten 35-jährigen Präsidenten der Nationalversammlung, Juan Guaidó, als Interimspräsidenten von Venezuela anerkannt hatten, schienen die Tage von Diktator Nicolás Maduro gezählt. Die USA drohten offen mit einer Militärintervention gegen Venezuela und riefen die Streitkräfte des südamerikanischen Landes zum Putsch gegen Maduro auf.

Korruption auf beiden Seiten

Seit Guaidós Proklamation zum Interimspräsidenten vor einem Jahr hat sich die Krise des politischen Systems in Venezuela noch verschärft. Immer mehr einstige Anhänger verlassen Maduro trotz des damit verbunden Privilegienverlustes. Maduro umwirbt in seiner Not jetzt sogar Kapitalisten und obskure religiöse Kräfte, um die vor mehr als 20. Jahren von Hugo Chávez initiierte Bolivarische Revolution noch zu retten. Venezuela versinkt immer tiefer in Armut, in Korruption und Verbrechen. Jedes dritte Kind ist unterernährt. Viele Menschen kämpfen tagtäglich ums Überleben. Eine Hyperinflation verschluckt den Wert des Geldes. Der Mindestlohn ist auf 1,50 US-Dollar gesunken. Die Stromversorgung im Land ist teilweise zusammengebrochen, ebenso die Kommunikationsnetze. Das Einzige, was funktioniert, ist die Korruption. Nur durch Korruption können viele Menschen überleben. Unter Präsident Maduro ist die Korruption zur Staatsräson geworden.

Massenunterstützung eingebüßt

Trotz der damit einhergehenden Risse ist das System Maduro aber noch nicht gestürzt. Zu sehr hat in diesem einen Jahr auch der selbsternannte Interimspräsident Guaidó an Sympathien verloren, seine Bewegung an Zusammenhalt und Mobilisierungskraft eingebüßt. Die anfängliche Massenunterstützung für Guaidó nahm im Laufe des letzten Jahres immer mehr ab. Im Januar und Februar hatte er noch Hunderttausende Menschen zu Protestkundgebungen mobilisieren können und dabei von der Erwartung profitiert, dass er als „sauberes" neues Gesicht mit der in Venezuela herrschenden Korruption aufräumen würde. Es dauerte jedoch nicht lange, bis auch in seinem engsten Umfeld Korruptionsvorwürfe aufkamen. Auch wenn Guaidó weiterhin die Hoffnung vieler Venezolaner verkörpert, ist seine Beliebtheit doch spürbar zurückgegangen. Viele Menschen hatten nunmal die Hoffnung auf einen schnellen Wandel, und diese Hoffnung wurde enttäuscht.

Bodo Bost

Hilfe aus Fernost: Zwei chinesische Pflegekräfte versorgen Bewohner eines Magdeburger Seniorenzentrums *Foto: pa*

GESUNDHEITSWESEN

Krankenhausgemachter Pflegenotstand

Besser eine mexikanische Pflegekraft als eine heimische. Warum Hospitäler so gern vom Fachkräftemangel sprechen, aber dafür kaum Stellen offerieren

VON DIRK PELSTER

Pünktlich zum Jahreswechsel sollten die Deutschen erneut wegen der angeblich an allen Ecken und Enden auf dem Arbeitsmarkt fehlenden Fachkräfte in Panik versetzt werden. Allein in den Kliniken sowie Pflege- und Altenheimen im ganzen Land würden über 17000 Pflegekräfte fehlen. Zu diesem Ergebnis will jedenfalls das Deutsche Krankenhausinstitut – eine Lobbyorganisation verschiedener Verbände im Gesundheitswesen – nach einer Befragung seiner Mitglieder gekommen sein.

Die Zahl wirkt besorgniserregend – und das soll sie auch. Wer möchte schon riskieren, nach einem Unfall oder bei einer Erkrankung Schaden an Leib und Leben zu nehmen, nur weil nicht genügend Personal zur Verfügung steht, um eine angemessene medizinische Versorgung sicherzustellen? In die Hysterie um den drohenden Kollaps des heimischen Gesundheitssystems reihen sich daher in jüngster Zeit immer wieder Meldungen ein, die dessen Eintritt bereits zu bestätigen scheinen.

Erst vor einem Monat wurde in den hiesigen Medien berichtet, dass ein an Leukämie erkranktes Kind sterben musste, weil in der Onkologie der Berliner Charité keine Kapazitäten vorhanden waren. Dabei schien doch gerade das altehrwürdige Universitätsklinikum der deutschen Hauptstadt alle nur denkbaren Wege zu gehen, um das für seine Aufgabenerledigung notwendige Personal zu rekrutieren.

Im April des vergangenen Jahres ließ man jedenfalls mitteilen, dass das Krankenhaus sogar im mittelamerikanischen Mexiko nach Pflegekräften Ausschau hielt. Selbst Gesundheitsminister Spahn machte im September dort Station, um motivierte Krankenschwestern für den deutschen Arbeitsmarkt anzuheuern. Das Gastspiel im Land der Azteken war dabei nur eine von zahlreichen internationalen Stippvisiten, die der Minister auf seiner Mission zur Rettung des deutschen Krankenhaussystems in den vergangenen Monaten unternahm.

Kaum Pflegestellen ausgeschrieben

Es lohnt sich dennoch einen zweiten Blick darauf zu werfen, was so offensichtlich nach einem Pflegenotstand aussieht. Wer am selben Tag, als das Deutsche Krankenhausinstitut alarmistisch das Fehlen von Tausenden von Fachkräften in der Intensivmedizin vermeldete, auf der im Internet zugänglichen Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit nach entsprechenden Stellen aus den letzten Wochen suchte, der konnte dort seltsamerweise nur ein sehr überschaubares Angebot vorfinden. Die Zahl vakanter Arbeitsplätze im Pflegebereich, die direkt und unbefristet von einem deutschen Krankenhaus zu besetzen waren, lag lediglich im oberen zweistelligen Bereich. Auch auf anderen Stellenbörsen waren einschlägige Offerten nur sehr spärlich gesät.

Wer sich direkt auf den Netzseiten von Kliniken über freie Arbeitsplätze informieren möchte, wird häufig nur bei größeren Häusern fündig. Die hier angebotenen Stellen setzen dabei in der Regel sehr spezialisierte Kenntnisse in bestimmten Einsatzbereichen voraus, die deutlich oberhalb der normalen Krankenpflege liegen. Immerhin weisen die meisten Einrichtungen darauf hin, dass zumindest die Möglichkeit einer Initiativbewerbung besteht.

Sucht man bei der Berliner Charité nach Stellenangeboten, erhält man vom größten Universitätsklinikum Europas den ausdrücklichen Hinweis, dass Kosten für die Teilnahme am Bewerbungsverfahren nicht übernommen werden können. Während man einerseits also teuer und aufwendig Personalagenturen damit beauftragt, Pflegekräfte aus der Dritten Welt unter Vertrag zu nehmen, ist man auf der anderen Seite noch nicht einmal bereit, einer deutschen Krankenschwester aus Magdeburg das Zugticket für die Anreise zum Vorstellungsgespräch nach Berlin zu zahlen.

Lohndumping als Dauerlösung

Die Gründe für diese auffälligen Widersprüche sind vielfältig. Der tatsächliche Personalbedarf wird von Arbeitgeberverbänden zumeist maßlos übertrieben, was auch insgesamt die Diskussion um den angeblichen Fachkräftemangel kennzeichnet. Dies zeigt sich bereits daran, dass die Reallöhne in den letzten Jahren erstmals seit den 90er Jahren überhaupt wieder und auch nur moderat gestiegen sind. Wäre dies anders, so müssten die Gehälter gerade in den angeblichen Mangelberufen nahezu explodiert sein. Speziell im Pflegebereich wird zudem gerne mit Personal gearbeitet, das über Zeitarbeitsfirmen beschafft wird.

Einzelne Krankenhausträger, wie etwa die großen Kirchen, unterhalten dazu sogar eigene Personaldienstleistungsfirmen. Hier wird zum Teil massives Lohndumping betrieben, und über den Beschäftigten schwebt zudem das Damoklesschwert, jederzeit die eigene Arbeit verlieren zu können. Um dieses System aufrechtzuerhalten, wird von Politik und Lobbyverbänden nun vor allem die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte als Lösung propagiert.

WASSERSTOFF-STRATEGIE

Peter Altmaier setzt auf Nord Stream 2

Technologie der Zukunft – Pipeline kann für „blaue“ und „grüne“ Energie genutzt werden

Auf den ersten Blick überrascht es, dass sich die Bundesregierung beim umstrittenen Pipelineprojekt Nord Stream 2 erstmals gegen die US-Sanktionen positioniert und großes Interesse an der Fertigstellung des Baus zeigt. Beim genaueren Hinsehen wird deutlich, dass Nord Stream 2 nicht nur die Funktion eines weiteren Lieferwegs von russischem Gas in die EU erfüllt, sondern wegweisend für die Nutzung erneuerbarer Energien sein könnte. Wirtschaftsmininster Peter Altmaier bedauerte daher, dass die Sanktionen seitens der USA zugenommen haben, und er kündigte Gespräche mit den Amerikanern an, um negative Folgen für deutsche Firmen zu verhindern.

Ende vergangenen Jahres hat die Bundesregierung eine „Wasserstoff-Strategie“ vorgestellt. Das chemische Element soll das Mittel der Wahl sein, um die Industrie klimaneutral zu machen. Bei der Russland-Konferenz des Deutschen Industrie- und Handelskammertags im Februar traf sich Altmaier in Berlin mit russischen Vertretern, um über die Möglichkeit zu sprechen, Wasserstoff über Nord Stream 2 in den Westen zu leiten. Es gibt mehrere Möglichkeiten, Wasserstoff herzustellen. Entweder, man wandelt Erdgas in Deutschland im Elektrolyse-Verfahren in Wasserstoff um oder man spaltet das Erdgas schon in Russland auf und leitet den Wasserstoff nach Deutschland. Laut Russlands Energieminister Pawel Sorokin könnten fünf bis sieben Prozent der Pipeline-Kapazität für Wasserstoff genutzt werden.

Bei der Erforschung der Wasserstoff-Produktion soll Deutschland nach den Vorstellungen der Regierung eine Vorreiterrolle spielen, denn auf dem Weg zur Klimaneutralität fällt dem Wasserstoff eine bedeutende Rolle zu. Als komprimiertes Gas oder tiefgekühlt als Flüssiggas lässt er sich leicht transportieren und speichern. Er hat eine hohe Energiedichte und bei der Verbrennung entsteht kein Kohlendioxid. Per Elektrolyse kann Wasserstoff in Strom umgewandelt und in Brennstoffzellen gespeichert werden.

Von der Wasserstoff-Strategie profitieren vor allem die nördlichen Bundesländer, die mit der Windkraft zwar viel Energie erzeugen, aber kaum Speicherkapazitäten haben. Im Hamburger Hafen soll die weltweit größte Wassertoff-Elektrolyse-Anlage mit einer Leistung von 100 Megawatt entstehen. Die bislang größten Anlagen hatten eine Kapazität von zehn oder weniger Megawatt. Noch ist die Produktion von Wasserstoff sehr teuer. Sie könnte zunächst in großen Fabriken bei der Stahl-, Aluminium- und Kupferproduktion, aber auch in der Schifffahrt, im öffentlichen Nahverkehr und in schweren Lkw zur Anwendung kommen. Zurzeit laufen Tests für die Nutzung in der Luft, zu Wasser und auf der Schiene, die von Bund, Ländern und Unternehmen finanziert werden. Serienmäßige Brennstoffzellen-Pkw könnten bald die Straßen erobern und das reine E-Auto ablösen. Toyota und Hyundai haben erste Modelle auf den Markt gebracht, Daimler hat ein Vorserienmodell entwickelt und ist an einem Joint-Venture-Unternehmen zum Bau von Wasserstoff-Tankstellen beteiligt. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Deutschland holt auf

Berlin – Laut einer McKinsey-Studie werden die drei deutschen Automobilhersteller VW, Daimler und BMW im nächsten Jahr 1,7 Millionen Elektroautos bauen und damit den bislang weltgrößten E-Automobilhersteller aufholen sowie China als Marktführer ablösen. 2019 haben die drei etwa eine halbe Million E-Autos beziehungsweise Pkw mit Elektro-Verbrenner-Kombination (Plug-in-Hybride) hergestellt. Verkauft wurden in Deutschland 111000 E-Autos. Das sind mehr als in jedem anderen europäischen Land und ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 55 Prozent. Der Marktanteil von E-Autos beträgt in Deutschland 2,8 Prozent. Das ist europäischer Durchschnitt. Lediglich Norwegen mit 45, Island mit 22 und die Niederlande mit 13 Prozent verzeichnen einen höheren Anteil an E-Autos. Mit 80 verfügbaren E-Auto-Modellen ist die Modellauswahl in Deutschland recht groß. *MRK*

Neuer Lehman-Schock?

Kiel – Das Coronavirus lähmt die Weltwirtschaft. Laut Gabriel Felbermayr, dem Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, hat es sogar das Potenzial, einen zweiten Lehman-Schock auszulösen. 2008 hatte die Pleite der Lehman-Bank die Weltwirtschaft ins Wanken gebracht. Unternehmen, die sich bei der Handelsfinanzierung auf die Banken und die Kapitalmärkte verlassen hatten, mussten erleben, wie deren Finanzströme versiegten. In der Folge versuchten sie, sich unabhängiger vom Fremdkapital zu machen. Die Coronaseuche mache nun deutlich, so Felbermayr, wie fragil die weltumspannenden Wertschöpfungsketten seien. Die Globalisierung gerate zudem durch den Protektionismus des US-Präsidenten Donald Trump unter Druck. Die Welthandelsorganisation (WTO) funktioniere nicht mehr wie bisher. Das westliche Wirtschaftsmodell habe sich in der Krise von 2008 als weniger resistent erwiesen als Chinas planwirtschaftliches Modell. Der Ansatz der WTO, einheitliche Regeln für alle durchzusetzen, funktioniere nicht mehr. Sie benötige neue Regeln. *MRK*

Strafzinsen für Privatkunden

Frankfurt/Main – Das Vergleichsportal Verifox hat herausgefunden, dass immer mehr Banken und Sparkassen Negativzinsen an ihre Privatkunden weitergeben. Vor allem seit der letzten Zinssenkung der Europäischen Zentralbank vor knapp sechs Monaten habe sich die Zahl der Institute, die Negativzinsen berechnen, auf 61 mehr als vervierfacht.Betroffen seien vor allem Tagesgeldkonten, für die allein in diesem Jahr 35 Banken Negativzinsen eingeführt hätten. Verifox hat für seine Erhebung die Preisaushänge von 800 Banken und Sparkassen ausgewertet. An Firmenkunden geben die Geldhäuser Negativzinsen schon seit Längerem weiter. Nun trifft es vermehrt auch die Privatkunden. Bei zehn Kreditinstituten werden schon für Beträge unter 100000 Euro die Gebühren fällig, bei zweien werden sie für das gesamte Guthaben berechnet. Das Vergleichsportal rät betroffenen Kunden zu einem Bankenwechsel. *MRK*

KOMMENTAR

Hetz-Kultur in „Titel, Thesen, Temperamente“

ERIK LOMMATZSCH

Das ARD-Kulturmagazin „Titel, Thesen, Temperamente“ („TTT“) beteiligt sich kräftig am politischen Meinungskampf. Die Taten des geisteskranken Amokläufers von Hanau nahm die Sendung zum Anlass, die „wahren Schuldigen“, die auch andere schon „ausgemacht“ hatten, vorzuführen. Mit der Frage nach faktischen Zusammenhängen hielt man sich dabei nicht lange auf. Titel des Beitrags: „Rechter Terror und geistige Brandstifter in der AfD“. Moderator Max Moor erklärte einleitend, dass die Mörder – neben Hanau verwies er auf das Attentat auf die Synagoge in Halle und auf die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke – mit einem „geschlossenen rechtsradikalen Weltbild“ versehen seien, welches sie nun umsetzten, „legitimiert durch die Verbalgewalt von der AfD und deren Repräsentanten“. Sie, so Mohr, „schwadronieren vom bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch und fordern Säuberungen mit wohltemperierter Grausamkeit“.

Dass es sich dabei um Verleumdung handelte, die auch justiziabel sein dürfte, stört bei der ARD offenbar niemanden. Genauso wenig wie die sinnfreie Herstellung einer Taten-Kette. Lässt man sich auf derartiges überhaupt ein, so könnte man auch andere Stichworte ins Spiel bringen, etwa Breitscheidplatz, Freiburg, Kandel. Oder den Eritreer, der in Frankfurt am Main ein Kind vor einen Zug gestoßen hat. Einzelfall und psychische Störung des Täters – das stellte hier niemand groß in Frage. Mit der Tweet-Forderung „Zuwanderung bis zum Volkstod“ glänzte übrigens 2015 der Grünen-Landtagsabgeordneter Sebastian Striegel. Soviel zum „Schwadronieren“.

Behauptungen statt Fakten

Wie die AfD mit Gewaltverbrechen in Verbindung stehen soll, erschließt sich aus dem „TTT“-Beitrag nicht. Umso kräftiger wurde behauptet, dass es so sei. Etwa von Michel Friedmann, der ausführte, „immer wäscht die AfD die Hände in Unschuld“ und die AfD sei „keine demokratische Partei“, vielmehr nutze sie die Demokratie, um diese zu „sprengen“. Claus Leggewie, emeritierter Politikprofessor, wünscht eine „antifaschistische Einheitsfront“. Er erklärte, die AfD „destabilisiert die Lage, versetzt die Leute in Unruhe, macht sie nervös, irritiert die Leute, sagt, es gibt eine Alternative“. Der Begriff Opposition ist dem Wissenschaftler scheinbar nicht vertraut. Dafür sprach er über den Nationalsozialismus und von der „Vernichtung des Fremden“. Weiter: „Das nennen wir Extermination und genau das ist in der Konsequenz das, was bei der AfD am Ende rauskommt.“

Der „TTT“-Beitrag, keine zehn Minuten lang, kann noch mit einer Reihe weiterer Ungeheuerlichkeiten aufwarten. So mit Aussagen der Schriftstellerin Jagoda Marinić. Die Demokratie oder besser gesagt das, was Marinić darunter versteht, müsse sich wehren gegen die AfD. „Wir können auch nicht mehr sagen: Zivilgesellschaft und Diskurs werden das leisten. Wir haben Instrumente dafür, es gibt einen Verfassungsschutz ...“, es gebe „Beobachtungen“ und „Verbote“. Bezüglich des Bundestages meinte sie, wer „so eine Sprache verwendet, der verwirkt sein Rederecht“. Höhepunkt: „Demokratisch gewählt heißt ja nicht ein Freifahrtschein für AntidemokratInnen.“ Manch Zuschauer freilich mag sich bei derartigen Ausführungen gefragt haben, ob nicht auch „TTT“ angesichts solcher, auf die Meinungsfreiheit zielenden Äußerungen auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüft werden sollte..

Denn es handelt sich bei weitem nicht um den einzigen „TTT“-Beitrag dieser Art. Im Januar war zu erfahren, dass „rechte Netzaktivisten“, gemeint waren vor allem die „Identitären“, neuerdings „Gesicht“ zeigten, und „zwar ein sympathisches“. Man gebe sich „cool, um den Hass anzuheizen“. Mangels entsprechender Belege folgten Suggestionen, etwa durch einen inhaltlichen Sprung zum Anschlag von Christchurch. Seinerseits wirbt „TTT“ allerdings durchaus mit extremistischen Positionen, sofern sie genehm erscheinen. Im Oktober durfte ein Kopf von „Extinction Rebellion“, der Brite Rupert Read, in einem Beitrag zum „Klimaschutz“ unkommentiert verkünden: „Wir sind nicht mehr gewillt, unsere Regierung anzuerkennen“, es bleibe „keine andere Wahl, als jetzt unsererseits Gesetze zu brechen“.

Abgesehen davon, dass „TTT“ den Begriff „Kultur“ mitunter sehr weit fasst, wird mit derartigen Beiträgen vor allem deutlich, auf welch hemmungsfreies Niveau von demokratieverachtender Propaganda eine einst renommierte Sendung herabgesunken ist.

Noch nichts entschieden: Beim Rennen um die Spitze ist alles offen *Foto: imago/Chris Emil Janßen*

LEITARTIKEL

Aufbruch ins Ungewisse

RENÉ NEHRING

Der Wettstreit um den künftigen CDU-Vorsitz nimmt Gestalt an. Am Montag einigten sich die Bewerber Armin Laschet/Jens Spahn, Friedrich Merz und Norbert Röttgen auf die Modalitäten ihres parteiinternen Wahlkampfs. In den kommenden Wochen, so der Plan, sollen sie sich und ihre Ideen in diversen Internetformaten präsentieren können und sich den Fragen interessierter Parteimitglieder stellen. Zudem soll es vor dem Parteitag am 25. April einen „Live Talk“ sowie – in Anlehnung an US-amerikanische Bürgerversammlungen mit Politikern – zwei „digitale Townhalls“ geben. Auf gemeinsame Auftritte vor den Landesverbänden soll jedoch ebenso verzichtet werden wie auf größere Regionalkonferenzen.

Dieses Procedere ist plausibel. Denn anders als bei der SPD im vergangenen Jahr werden bei der CDU nicht die einfachen Mitglieder über den Vorsitz entscheiden, sondern die Delegierten eines Sonderparteitags – mithin also die Mandatsträger aus dem Mittelbau der Partei, die ohnehin jeden Kandidaten kennen.

Interessanterweise zeichnet sich hier keinesfalls eine so deutliche Präferenz für das Duo Laschet/Spahn ab, wie es das bisherige Establishment der Partei um Bundeskanzlerin Merkel gern hätte. Zwar holte sich Armin Laschet vergangene Woche die Unterstützung seines Landesverbandes Nordrhein-Westfalen ein – ohne freilich Merz und Röttgen zu Wort kommen zu lassen. Und Bernd Althusmann verkündete, dass die CDU Niedersachsen zu 90 Prozent hinter Laschet und Spahn stehe. Doch schon in Hessen scheiterte ein ähnliches Manöver des Landesvorsitzenden Bouffier: Da sich in einer Vorstandssitzung die Mehrheit offenbar für Merz aussprach, verzichtete Bouffier auf eine Abstimmung und erklärte, diese sei sowieso nicht geplant gewesen. Der Landesverband Baden-Württemberg sprach sich sogar offen für Friedrich Merz aus.

Aufschlussreicher als die Truppenaufmärsche der jeweiligen Lager sind manche Äußerungen aus den letzten Tagen. Dass die „Merkelianer“ die zu Ende gehende Ära trotz des Niedergangs der Union von einst stabilen 40 Prozent auf zuletzt 25 bis 28 Prozent noch immer als Erfolg feiern – geschenkt. Aber dass sie Friedrich Merz – der immerhin Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag war und nun lediglich zu den programmatischen Grundsätzen der Partei zurückkehren will – wahlweise einen „Rechtskurs“, eine „Spaltung“ oder eine „Koordinatenverschiebung“ der Partei unterstellen, sagt viel aus über die tatsächlichen Verschiebungen innerhalb der CDU in der jüngeren Vergangenheit.

> Interessanterweise zeichnet sich keine Präferenz für das Duo Laschet/Spahn ab

Für die Unterstützer des Duos Laschet/Spahn steht die Ära Merkel keinesfalls nur für eine programmatische Modernisierung, sondern auch für eine Zeit, in der gegen die Union kaum eine Regierung gebildet werden konnte. Doch dass diese Kalkulation auch in Zukunft aufgehen wird, darf bezweifelt werden. So kommt in aktuellen Umfragen Rot-Rot-Grün plötzlich auf eine Mehrheit im Bund – und selbst die größten Befürworter schwarz-grüner Planspiele dürften kaum annehmen, dass im Falle einer linken Mehrheit am Wahlabend die Grünen noch eine Regierung mit der Union anstreben würden.

Spannend ist das Kandidatenrennen auch mit Blick auf die weitere Entwicklung der politischen Landschaft. Zahlreiche wertkonservative und wirtschaftsliberale CDU-Mitglieder haben in der Ära Merkel ihrer Partei trotz vieler Enttäuschungen noch immer die Treue gehalten: aus alter Verbundenheit, in der Hoffnung auf bessere Zeiten – und weil sie in der AfD keine Alternative sehen. Doch sollte der Bundesparteitag im April ein Signal für ein Weiter-so setzen, könnten auch diese Anhänger der Union schon bald den Rücken kehren. Zusammen mit zwischenzeitlich zur AfD abgewanderten Wählern wäre dieses Potenzial durchaus groß genug für eine weitere politische Kraft.

Insofern geht es in dem Ringen um den CDU-Vorsitz um weit mehr als nur die Personalie einer Partei.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Bestgehasster Mäzen

Es sah nach Arbeitsverweigerung hochbezahlter Profifußballer aus. Zum Ende des Bundesligaspiels zwischen der TSG Hoffenheim und dem FC Bayern München, als es bereits 6:0 für die Bayern stand, spielten sich die Fußballer beider Vereine 13 Minuten lang friedlich den Ball zu. Grund der Spielverweigerung war ein Hassplakat der Bayern-Ultras gegen den Hoffenheimer Mäzen **Dietmar Hopp**.

Der Mitbegründer des Software-Unternehmens SAP gilt als meistgehasste Person fanatischer Fußball-Anhänger. Seitdem das DFB-Sportgericht entschieden hat, dass Borussia-Dortmund-Fans in den kommenden zwei Spielzeiten von den Auswärtsspielen ihres Vereins in Hoffenheim ausgeschlossen werden, eskaliert die Lage in den Stadien. Ultra-Fans zeigen Transparente mit Hopps Gesicht als Zielscheibe, Spielabbrüche drohen.

Für viele Fans steht der Milliardär Hopp für die von ihnen verachtete Kommerzialisierung des Fußballs. Durch das Engagement des 79-Jährigen schaffte der Club seines 3200 Einwohner zählenden Heimatdorfes Hoffenheim in den Jahren 2006 bis 2008 den Durchmarsch von der Regionalliga in die 1. Bundesliga. Inzwischen steht dort ein von Hopp finanziertes Stadion für 30 000 Zuschauer.

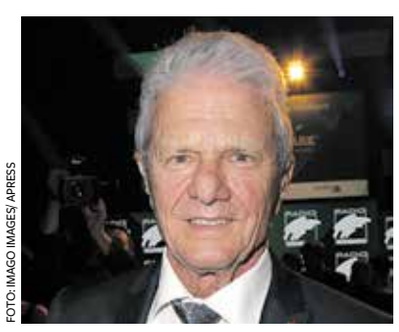


FOTO: IMAGO IMAGES/ APRESS

Fußballbegeistert: Dietmar Hopp

Retortenclub gegen Traditionsclub, so lautet der häufige Vorwurf, wenn die TSG gegen börsennotierte Vereine wie Dortmund spielt. Übersehen wird dabei, dass Hopp viel zum Ansehen der Bundesliga beigetragen hat. Spielerkäufe, Spielkonzepte und Auftreten des Vereins auf internationaler Ebene gelten als vorbildlich. Nicht zu vergessen ist, dass Hopps Privatstiftung, mit einer jährlichen Ausschüttung von 800 Millionen Euro eine der größten Europas, in gemeinnützige Projekte investiert und er nicht in Steuerparadiese geflüchtet ist. *Harald Tews*

Ein Dorf wird verurteilt

„Unterleuten“ nach dem Roman der Autorin und Richterin Juli Zeh im ZDF

FOTO: ZDF/STEFAN ERHARD

Viel Platz für einen Windpark: Der heimliche Dorfkönig Rudolf Gombrowski (Thomas Thieme) mit seinem Hund vor den Feldern

VON ANNE MARTIN

Eine Star-Autorin kann für eine Verfilmung eine Hypothek bedeuten. Bei „Unterleuten“ waren die Verhandlungen besonders heikel, denn die vielfach mit Preisen ausgezeichnete Juli Zeh ist auch eine ausgebildete Juristin und derzeit über ein SPD-Ticket ehrenamtliche Richterin beim Verfassungsgericht Brandenburg.

Regisseur Matti Geschonneck vertraute deshalb auf ein persönliches Gespräch: „Wir haben uns getroffen, und ich bemerkte ihre Skepsis, den Roman wegzugeben. Das kann ich gut nachvollziehen, wenn man zehn Jahre lang daran gearbeitet hat. Aber ich muss mir die Geschichte, die Figuren zu eigen machen.“

Man einigte sich schließlich auf einen Kompromiss. Geschonnek gegenüber der *PAZ*: „Ich muss eine der Vorlage entsprechende Tonalität finden. Dabei entferne ich mich von dem Roman, um immer wieder zu ihm zurückzukommen.“ Kleine Eingriffe in das opulente Figurentableau behielt er sich vor: So spielt Dagmar Manzel die katzenvernarrte Einzelgängerin, die mit dem Dorfchef eine geheime Affäre unterhält – in Zehs Buch ist diese Figur eine Zwergin.

„Unterleuten“ (Sendetermine: 9., 10. und 11. März um 20.15 Uhr im ZDF) wird in drei Folgen erzählt. Es ist eine Moritat vom beschaulichen Landleben, das zum Kriegsschauplatz mutiert, kaum dass ein Projektentwickler einen Windpark in die Idylle pflanzen will. Zeh über ihren Roman: „In den letzten Jahren hieß es immer: Die großen kulturellen Unterschiede bestehen zwischen Ost und West, zwischen Morgen- und Abendland, zwischen Islam und Christentum. In Wahrheit aber gilt auf der ganzen Welt: Die Unterschiede bestehen zwischen Stadt und Land. Ein Krisenforscher meinte sogar, Bürgerkriege seien immer Kriege zwischen der urbanen und der ruralen Bevölkerung. Dieser Satz ist eine Keimzelle meines Buches.“

„Unterleuten“ spielt in Brandenburg, könnte aber, so Regisseur Geschonneck, „auch in Bayern oder im Schwarzwald spielen. Da ginge es dann womöglich um eine Kiesgrube.“ Nun ist es eben ein geplanter Windpark, für den eine smarte Projektentwicklerin Land aufkauft und prompt die Begehrlichkeiten der Dorfbewohner weckt.

Kaum sind die Pläne publik, wird intrigiert und geschachert, dass die Fetzen fliegen. Da ist auch egal, ob in manchen Köpfen noch die Ideale des untergegangenen Sozialismus spuken mögen. Wo Euros winken, hört die Freundschaft auf.

Aus Weizen- wird ein Roggenfeld

Was Heimat für jeden Einzelnen ausmacht, wird von Juli Zeh, die mit ihrer Familie ebenfalls in einem Brandenburger Dorf wohnt, so genau wie boshaft geschildert: Da ist die Städterin (Rosalie Thomass), die auf dem Land die Idylle sucht und Störfelder mit Ingwertee austreibt. Ihr Mann (Ulrich Noethen) wird zwischen den Befindlichkeiten der Gattin und dem eigenen Bedürfnis nach Ruhe aufgerieben. Daneben der heimliche Dorfkönig Gombrowski, in der DDR eine einflussreiche Figur, der sein Dorf zusammenhalten will und auf tragische Weise scheitert. Dieser alte König, dargestellt von Thomas Thieme, liegt dem Regisseur besonders am Herzen: „Den liebe ich.“

Die anderen Figuren nicht minder: Gombrowskis Frau etwa, die verbittert hinter ihrer Gardine lauernde Elena (Christine Schorn). Oder die ehrgeizige Jungunternehmerin (Miriam Stein), die eiskalt mitpokert, hat sie doch die zur Baugenehmigung noch benötigten Hektar Land im Angebot.

Zehs 640-Seiten-Opus spielt 2010, also lange nach der deutschen Vereinigung, wo längst Gras über Gräben gewachsen sein sollte. Hier wird gezeigt, wie dünn diese Grasnarbe noch ist. Die Schauspieler in diesem vergifteten Heimatfilm sind exzellent und bewarben sich geradezu um ihre Rollen: Charlie Hübner spielt einen Dorfbewohner im ewigen Unterhemd, Bjarne Mädel einen Schriftsteller, der sich im Wolkenkuckucksheim gut eingerichtet hat, Jörg Schüttauf den resignierten Bürgermeister, der sich in sein Schicksal fügt.

Eine besondere Herausforderung für das Filmteam: Wo sollte „Unterleuten“ spielen? Dem Zuschauer wird kaum auffallen, dass der fiktive Weiler aus zehn Dörfern (darunter Freudenberg, Bredow und Willmersdorf) zusammengeschnitten wurde. Und er wird auch nicht merken, dass die wogenden Weizenfelder, die genauso für Idylle stehen wie der blassblaue Himmel Brandenburgs, ebenfalls einem Trick geschuldet sind: Als Geschonneck im Mai zur Drehortsuche aufbrach, war das Korn nur knapp kniehoch.

So würde es auch den Sommer über bleiben, erfuhr der Regisseur mit Schrecken – der Weizen sei extra niedrig gezüchtet. Geschonneck: „Ich habe schon befürchtet, wir müssten in die Ukraine ausweichen.“ Also ließ er nach wogenden Ähren fahnden. Was nun auf dem Bildschirm wogt, ist Roggen. Merke: Nichts ist so, wie es scheint.

MELDUNGEN

Theaterfest am Lehniner Platz

Berlin – Zum 20. Mal findet in der Schaubühne am Lehniner Platz das Festival Internationale Neue Dramatik (FIND) statt. Unter dem Motto „Gegenbild und Gegenmacht“ sind vom 11. bis 22. März Inszenierungen aus acht Ländern und drei Kontinenten eingeladen. Mit „Outside“ steht auch eine Inszenierung von Kirill Serebrennikow auf dem Programm. Wegen angeblicher Veruntreuung von Staatsgeldern stand der Regisseur jahrelang in Russland unter Hausarrest, von wo aus er Regieanweisungen gab. Das Theaterfestival FIND ist inzwischen zu einem wichtigen Fixpunkt der internationalen Theaterfestival-Landschaft geworden. Im Jahr 2019 erreichte es rund 9500 Besucher, was einer Auslastung von 98 Prozent entspricht. Das vollständige Programm unter: www.schaubuehne.de *tws*

Die Berliner Bach-Familie

Berlin – Bachs letzter zu dessen Lebzeiten zur Welt gekommener Enkel, Johann Sebastian Bach der Jüngere, der im Alter von nur 29 Jahren in Rom verstarb, war ein Maler und Zeichner. Zwei seiner Werke konnte das Bachhaus Eisenach kürzlich in einem Berliner Auktionshaus ersteigern. Sie werden vom 12. März bis 3. Mai in der Sonderausstellung „Die Berliner Bach-Familie“ im Kaiserflur des Berliner Doms am Lustgarten gezeigt. Die traditionelle Frühjahrsausstellung des Eisenacher Bachhauses im Berliner Dom widmet sich den Bach-Söhnen Wilhelm Friedemann, Carl Philipp Emanuel und Johann Christian Bach, die alle zeitweise in Berlin wohnten. *tws*

MODERNE KUNST

Wie festgenagelt

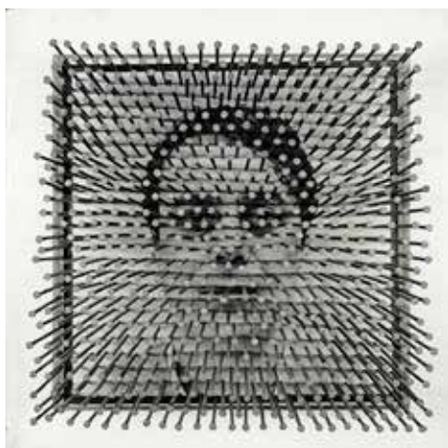
Der Künstler Günther Uecker wird 90 Jahre alt – Ehrung in zwei Ausstellungen

Auf den ersten Blick mag man denken: „Ist das Kunst?“ Auf den zweiten Blick muss man gestehen: „Bitte mehr davon!“ Günther Uecker, der von 1951 bis 1953 Malerei in Wismar und an der Kunstakademie in Berlin Weißensee studierte, 1953 die DDR verließ und sein Studium 1957 an der Kunstakademie Düsseldorf beendete, hat mit seinen berühmten Nagelbildern nicht nur den sprichwörtlichen Nagel auf den Kopf getroffen. Er hat mit seinen Arbeiten auch ein völkerverbindendes Zeichen gesetzt.

Am 13. März wird Uecker seinen 90. Geburtstag feiern. Praktisch als Geschenk rief Mecklenburg-Vorpommern das „Uecker-Jahr“ aus. Dazu würdigt Schwerin den in Wendorf bei Crivitz geborenen Künstler bis zum 1. Juni mit seinem gesamten Werkbestand, 30 Arbeiten, die sich als Eigentum oder Dauerleihgabe beim Staatlichen Museum befinden. Darunter Klassiker und Prototypen wie das übernagelte Selbstporträt (1963) oder der Fadenstuhl (1969), der Elektrische Garten mit knatterndem Riesennagel (1966), der Nageltisch (1968/1977) oder der Spikes-Fußballschuh (1972).

Rückblickend liegt es nahe, Ueckers Nagel-Werke mit der Verwundbarkeit des Menschen zu assoziieren. 1992/93 entstand sein Zyklus „Verletzungen – Verbindungen“. Die 14 Arbeiten wurden von der Bundesrepublik erworben und vom Institut für Auslandsbeziehungen bisher in rund 60 Ländern gezeigt.

„Die Kunst kann den Menschen nicht retten, aber mit den Mitteln der Kunst ist ein Dialog möglich“, ist Ueckers Credo. Mit seiner humanistischen Haltung ist er zu einem wichtigen Botschafter Deutschlands geworden. 2012 wurde sein Zyklus sogar im Teheraner Museum of Contemporary Art sowie weiteren iranischen Städten ausgestellt.



Voll vernagelt: Uecker-Selbstporträt von 1963 *Foto: VG-Bild-Kunst-Bonn-2020*

Der Iran lässt Uecker nicht mehr los. Schon Goethe inspirierte der persische Nationaldichter Hafez (um 1315–1390) zu seinem Gedichtzyklus „West-östlicher Divan“. Uecker verarbeitete Hafez’ Verse bis 2015 zu einem Zyklus von 42 druckgrafischen Arbeiten: 31 Siebdrucke, sechs Sanddrucke und fünf Prägedrucke. Bereits 2016 wurde auch dieser Zyklus mit großem Erfolg in Hafez’ Geburtsort Shiraz und anderen Städten im Iran gezeigt.

Zusammen mit Werken von acht iranischen Künstlerinnen und Künstlern vermittelt er jetzt unter dem Titel „Huldigung an Hafez“ in der Kunsthalle Rostock vom 22. März bis 19. April zwischen den Kulturen. *Helga Schnehagen*

● Staatliches Museum Schwerin, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr, ab 1. April bis 18 Uhr, Internet: www.museum-schwerin.de. Kunsthalle Rostock, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr.

DEUTSCHE SEKTE

Der Mini-Führer

Spannende ARD-Doku über die „Colonia Dignidad“

Die berüchtigte „Colonia Dignidad“ in Chile ist seit rund 15 Jahren Geschichte. Vergessen ist diese sektenähnliche Gemeinschaft von Deutschen aber noch lange nicht. 2015 erinnerte der Kinofilm „Colonia Dignidad – Es gibt kein Zurück“ an die Menschenrechtsverletzungen in der „Kolonie der Würde“, so der deutsche Name von „Colonia Dignidad“. Und jetzt folgt im März die umfangreiche Dokumentation „Colonia Dignidad – Aus dem Innern einer deutschen Sekte“. Auf Arte wird die Serie in vier Teilen von jeweils 45 Minuten am 10. März ab 20.15 Uhr laufen. Das Erste zeigt die Serie in zwei Folgen á 90 Minuten am 16. und 23. März jeweils um 22.45 Uhr.

Hundeliebender Sektenführer: Paul Schäfer, zirka 1970 *Foto: WDR/LOOKSfilm*

180 Minuten Doku – das klingt nach langen Kameraeinstellungen mit endlosen Interviews. Tatsächlich aber greifen Annette Baumeister und Wilfried Huismann für ihren Film auf authentisches Bildmaterial zurück, das unterirdisch in der Kolonie lagerte und nun erstmals zu sehen ist. Immer wieder läuft Sektenführer Paul Schäfer befehlend, predigend oder einen Chor dirigierend durchs Bild.

Der in den späten 50er Jahren in der Bundesrepublik wegen Unzucht angeklagte Schäfer gründete in Chile seine Glaubensgemeinschaft, auch um dort ungestört seine pädophilen Neigungen ausleben zu können. Dazu trennte er die Kinder von den Eltern und verbot jegliche familiären Beziehungen. Ehemalige Kolonisten, welche unter anderem noch heute in dem Gebiet leben, berichten als Zeitzeugen mit schonungsloser Offenheit über Schäfers sexuellen Missbrauch sowie über die Folter und Morde, die in der Kolonie während des Pinochet-Regimes stattgefunden haben. Unbegreiflich bleibt am Ende nur, warum die Deutschen freiwillig in diesem mit Stacheldraht umzäunten „Gefängnis“ blieben. *H. Tews*

LEOPOLD III.

Die Belgier stimmen für ihren König

Ein Trend zur Diskriminierung von Nichtdeutschen gegenüber Deutschen ist zu konstatieren. Verzichtet ein Deutscher gegenüber einer fremden Besatzungsmacht – vor allem wenn sie aus dem Westen kommt – auf Widerstand, wird dieses eher als pragmatisch, vernünftig und besonnen, wenn nicht sogar als Verständigungspolitik gelobt. Verhält sich hingegen ein Westeuropäer bei einer Besetzung seines Landes durch Deutsche analog, ist der Vorwurf der Kollaboration meist nicht fern. Diese Erfahrung musste auch Leopold III. machen.

Der Großvater und Vorvorvorgänger des aktuellen belgischen Königs Philippe saß auf dem belgischen Thron, als 1940 die Wehrmacht einmarschierte und das Königreich besetzte. Wie andere Monarchen stand auch er vor der Frage, ob er sein Land verlassen sollte wie die niederländische Königin oder ob er das Schicksal seines Volkes teilen und bleiben sollte wie der dänische König. Er entschied sich für den zweiten Weg.

Nach der Befreiung Belgiens durch die Westmächte sah sich Leopold dem Vorwurf der Kollaboration ausgesetzt. Erhoben wurde dieser Vorwurf weniger durch den deutschen oder den niederländisch(sprachig)en, flämischen Teil des Vielvölkerstaates, sondern durch den französisch(sprachig)en, wallonischen. Das Parlament erklärte ihn für regierungsunfähig und beauftragte Leopolds jüngeren Bruder Karl mit der Regentschaft, der über gute Kontakte zu den Westalliierten verfügte. Leopold ging ins Schweizer Exil.

Nachdem bereits 1946 eine Untersuchungskommission ihn vom Vorwurf des Verrats entlastet hatte, wurden 1950 endlich die Belgier befragt, deren König er gemäß seinem Titel schließlich war. Vor 70 Jahren, am 12. März 1950, sprach sich eine klare Mehrheit von 57,6 Prozent für ihren König aus. Er kehrte folgerichtig aus dem Schweizer Exil auf den Thron zurück. Karls Regentschaft war beendet.

Leopold war es zwar gelungen, die Mehrheit seines Volkes hinter sich zu vereinen, aber die Ressentiments im französisch(sprachig)en Teil seines multiethnischen Staates blieben. Um der Einheit des Königreiches willen verzichtete Leopold bereits ein Jahr nach dem Abstimmungssieg zugunsten seines Sohnes Balduin auf den Thron, blieb aber im Lande, wo er wenige Monate nach seinem jüngeren Bruder Karl im 82. Lebensjahr 1983 starb. *Manuel Ruoff*

König der Belgier Leopold III. *Foto: pa*

SÜDAMERIKA

Transition auf chilenisch: Eine Diktatur lässt sich abwählen

Unblutig löste vor 30 Jahren Wahlsieger Patricio Aylwin den blutig an die Macht gekommenen Diktator Augusto Pinochet im Amt des Staatspräsidenten ab

Mit einer Schärpe in den chilenischen Nationalfarben steht der neue Präsident mit erhobenen Armen am 11. März 1990 während seiner Amtseinführung in Valparaiso neben seinem Vorgänger: Patricio Aylwin und General Augusto Pinochet (von links) *Foto: pa*

VON MARKUS MATTHES

Nach sechszehneinhalb Jahren übergab am 11. März 1990 Chiles damaliger Präsident, General Augusto Pinochet, die Macht an den im Dezember 1989 frei gewählten Christdemokraten Patricio Aylwin. Pinochet seinerseits hatte am 11. September 1973 seinen Vorgänger, den 1970 demokratisch legitimierten Marxisten Salvador Allende, gestürzt. Nachdem dieser in weniger als drei Jahren eines der reichsten Länder Lateinamerikas unter anderem durch eine astronomische Inflation fast ruiniert hatte, beging er während der Erstürmung seines Präsidentenpalastes, des Palacio de La Moneda, durch die Putschisten Selbstmord, um sich der Gefangennahme zu entziehen.

55 Prozent für Patricio Aylwin

Die Militärjunta ergriff sofort drastische Maßnahmen, ab November 1975 im Rahmen der „Operation Condor“ auch in Absprache mit anderen von Militärs regierten Ländern der Region wie Argentinien, Bolivien und Brasilien. Sie beschloss zudem die Schließung des Parlaments und die Suspendierung der sieben linken Parteien, die Allendes Volksfront unterstützt hatten.

Nach der sofortigen Außerkraftsetzung der Verfassung von 1925 begann die Ausarbeitung eines gänzlich neuen Grundgesetzes. Der Entwurf wurde am 5. Oktober 1978 veröffentlicht, die Neufassung am 8. August 1980 verabschiedet und schließlich am 11. September jenes Jahres mit einer Zweidrittelmehrheit vom Volk angenommen. Sie sah eine achtjährige Präsidentschaft Pinochets und sein gleichzeitiges Ausscheiden aus der Junta vor. Nach acht Jahren (1988) sollte es eine weitere Volksbefragung über eine zweite Amtszeit geben, da Pinochet auf Anraten seines Innenministers Sergio Fernández davon abgerückt war, durchgehend weitere 16 Jahre die Regierungsgeschäfte führen zu wollen. Der Einfluss des Militärs war durch die Unabsetzbarkeit der Befehlshaber der drei Waffengattungen und ihre Präsenz im neugeschaffenen Nationalen Sicherheitsrat (COSENA) garantiert, der einen Teil der Senatoren ernannte. Die Befugnisse des Parlaments blieben zwar begrenzt, aber mit der verfassungsmäßig abgesegneten Präsidentschaft Pinochets ab dem 11. März 1981 kam es zu einer formellen Institutionalisierung des Regimes. Andererseits wurden alte politische Formationen erst im Januar 1987 wieder voll zugelassen und neue kamen hinzu – mit Ausnahme derjenigen, die nach wie vor eine „marxistische“ Ideologie vertraten.

Anfang 1988 formierte sich ein Zusammenschluss von mehreren Parteien, die nur das eine Ziel hatte, Pinochet mit legalen Mitteln, systemimmanent zu schlagen, nachdem Proteste und bewaffneter Kampf zu keinem Ergebnis geführt hatten. Die Opposition berief sich implizit auf die von Pinochet selber durchgesetzte Verfassung, die bei einem Nein bei der Volksbefragung über eine zweite Amtszeit Pinochets Präsidentschaftswahlen vorsah.

Der 25. April 1988 gilt dabei als Meilenstein, da der Vorsitzende der frisch gegründeten PPD (Partido por la Democracia, Partei für die Demokratie), der Sozialist Ricardo Lagos, in einem Fernsehprogramm vor laufender Kamera Pinochet als Lügner und dessen mögliches Festhalten an der Macht als „unannehmbar“ bezeichnete. Die von Lagos selber befürchteten Konsequenzen wie beispielsweise eine Ausweisung blieben aus, was Pinochets dadurch entscheidend gestärkten Widersacher später als dessen großen Fehler betrachteten. Viele Menschen verloren dadurch ihre Angst, gegen ihn zu stimmen.

Einen Monat vor dem Urnengang bekamen die Befürworter des Neins sogar eine tägliche, 15-minütige Fernsehshow mit Nachrichten, Kommentaren und Werbung. Sie forderten nun nicht mehr eine soziale Revolution, eine radikale Zäsur, Änderungen des Wirtschaftssystems oder die Bestrafung von Verbrechen gegen die Menschenrechte, sondern riefen eher im Sinne Mohandas Karamchand Gandhis auf zu Frieden und Einheit, zu einem Lebensgefühl, das die politischen Implikationen zu minimieren versuchte. Die Anhänger der bestehenden Ordnung wiesen dagegen auf die Gefahr einer Rückkehr zu Mangel und Unruhe wie zu Zeiten Allendes hin, sollte der General abtreten müssen.

Über sieben Millionen Chilenen und damit weit über 90 Prozent der Wahlberechtigten nahmen am 5. Oktober 1988 an dem von in- und ausländischen Beobachtern überwachten Plebiszit teil, das mit 56 zu 44 Prozent für die Gegner einer Verlängerung der Amtszeit Pinochets ausging. Ein Mitglied der Junta, der General der Luftwaffe Fernando Matthei, deutete als Erster öffentlich die Niederlage des Pinochet-Lagers an. Da die chilenische Armee sich kein zweites Mal hinter ihn stellte, musste Pinochet letztendlich das Ergebnis akzeptieren.

56

Prozent stimmten beim Plebiszit vom 5. Oktober 1988 gegen eine zweite Amtszeit für Staatspräsident Augusto Pinochet

Daraufhin begannen Verhandlungen zwischen beiden Seiten über die Wiedereinführung der Demokratie, die zu 54 Änderungen der Verfassung führten. Obwohl auch deren Gegner im Fernsehen ausreichend zu Wort kamen, wurden diese durch Volksentscheid am 30. Juli 1989 mit einer Zustimmungsquote von 91,25 Prozent angenommen.

Am 14. Dezember 1989 fanden schließlich nach 19 Jahren wieder Präsidentschaft- und Parlamentswahlen statt, die Patricio Aylwin, vormaliger Senator und Anführer der erfolgreichen Kampagne gegen den Verbleib Pinochets im Amt, als Kandidat einer Koalition aus 17 Mitte-Links-Parteien mit 55 Prozent der Stimmen gewann. Die Kandidaten der Rechten, Finanzminister Hernán Büchi und Francisco Javier Errázuriz, erhielten nur 29,4 beziehungsweise 15,4 Prozent der Stimmen. Damit begann ein vierjähriger Drahtseilakt zwischen der wiedererstarkten Linken und den konservativen Militärs.

Aylwin und Pinochet verstanden sich

Pinochet blieb bis 1998 Oberbefehlshaber der Streitkräfte und wurde dann als erster Senator auf Lebenszeit eingeschworen. Nachdem seine daraus resultierende Immunität bereits im Jahre 2000 aufgehoben worden war, verzichtete er „zum Wohle des Landes“ 2002 vorzeitig auf sein letztes Amt und verstarb unbehelligt 2006. Durch sein gutes Verhältnis mit Aylwin konnten in der schwierigen Übergangsphase mehrere Konflikte zwischen Zivilisten und Militärs entschärft werden, in die auch Mitglieder der Familie von Pinochet involviert waren. Im Ergebnis entstand ein relativ stabiles politisches System mit einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, an der auch die späteren Präsidenten keine grundsätzlichen Veränderungen vornahmen.

Vor 75 Jahren: Japans Hauptstadt nach dem US-amerikanischen Bombenangriff *Foto: imago images/Photo 12*

BOMBARDIERUNG TOKIOS VOR 75 JAHREN

Der schlimmste konventionelle Luftschlag

Am 9. März 1945 vernichteten 346 US-amerikanische B-29-Bomber mit 1665 Tonnen Napalm- und Phosphorbomben 41 Quadratkilometer äußerst eng bebauter Stadtfläche

VON BJÖRN SCHUMACHER

Neben Europa entwickelte sich der pazifische Raum zum anderen großen Schauplatz des Zweiten Weltkriegs. Auslöser war der Überraschungsangriff der Kaiserlich Japanischen Marineluftstreitkräfte auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii am 7. Dezember 1941. 2403 US-Bürger, überwiegend Marineangehörige, starben. Die USA erklärten Japan den Krieg; das mit Japan verbündete Deutsche Reich antwortete mit einer Kriegserklärung an die USA.

Im Unterschied zu den Kampfhandlungen in Europa war der Pazifikkrieg Anfang 1945 noch lange nicht entschieden. Auffällig war die militärische Asymmetrie. Dem Vormarsch der japanischen Armeen in China und Indochina stand eine katastrophale Unterlegenheit im See- und Luftkrieg gegenüber. Rasch gelang es den US-Amerikanern, die technisch unzulängliche Kriegs- und Handelsflotte des Feindes auszuschalten. Auch die japanischen Jagdflugzeuge waren veraltet, teilweise verschlissen und wurden zudem von schlecht ausgebildeten Piloten bedient. Ähnlich desaströs präsentierten sich die Flugabwehrkanonen und Radarsysteme zur Frühwarnung. Konsequenz: Bomber der US-Luftstreitkräfte (USAAF) konnten von den 1944 eroberten Marianen-Inseln fast ungehindert zu den japanischen Hauptinseln vordringen und furchtbare Zerstörungen anrichten.

Strategiewechsel der USAAF 1944

Nachdem ein „Testangriff“ auf die Großstadt Kōbe im Februar 1945 Tausende Zivilisten liquidiert hatte, schickte das US-Bomberkommando seine apokalyptischen Reiter nach Tokio. Am späten Abend des 9. März 1945 wurde die japanische Hauptstadt zum Ziel des wohl schlimmsten konventionellen Luftschlags aller Zeiten. 346 leistungsstarke B-29-Bomber mit einer Reichweite von 5200 Kilometern näherten sich in einer für die Flugabwehr unerreichbaren Höhe von 10000 Metern und warfen aus 1500 bis 2500 Höhenmetern 1665 Tonnen Napalm- und Phosphorbomben ab.

Der zweistündige Angriff vernichtete 41 Quadratkilometer äußerst eng bebauter Stadtfläche. Zum Vergleich: In Dresden waren es 15 Quadratkilometer. Einzelbrände vereinigten sich zu einem alles verschlingenden Großfeuer, das schließlich einen Feuersturm auslöste. Die Stadtverwaltung meldete alsbald 84000 Tote. Heutige Schätzungen gehen von einer bis zu doppelt so hohen Opferzahl aus. Über eine Million Bewohner Tokios wurden obdachlos.

Wie konnte es dazu kommen? Ende 1944 beschloss die USAAF, den Kommandeur des 21. Bomberkommandos, Brigadegeneral Haywood Hansell, durch Curtis LeMay zu ersetzen. Damit einher ging ein Wechsel der strategischen Präferenz. War Hansell ein Befürworter von Präzisionsangriffen auf militärische Objekte, so machte LeMay keinen Hehl aus seiner Bewunderung für Arthur Harris, den Oberbefehlshaber des britischen Bomberkommandos, der deutsche Städte durch Flächenangriffe auslöschen wollte. Wie der britische Premier Winston Churchill und Harris begeisterte er sich für „Tausendbomberangriffe“.

„Sehr schwere Vergehen“

Den Strategiewechsel beförderten zwei Aspekte. Zum einen blieb die stark dezentralisierte, gut getarnte japanische Rüstungs- und Zulieferindustrie schwerer zu greifen als die deutsche. Zum anderen bestanden die Wohnviertel Tokios und anderer japanischer Großstädte aus extrem brennbaren Materialien wie Holz und Pappe. Sechsmal wurde Tokio von Mitte Februar bis Ende Mai 1945 großflächig von den USAAF attackiert. 150 Quadratkilometer des Stadtgebiets lagen in Trümmern. Im Vergleich wirken die Totalschadensflächen von Berlin und Hamburg mit je 25 Quadratkilometern wie mikrochirurgisch erzeugte Deformierungen.

Heftig umstritten ist die Frage, ob und in welchem Umfang der Brandbombenangriff auf Tokio die Durchhaltemoral beschädigt und zur späteren Kapitulationsbereitschaft Kaiser Hirohitos beigetragen hat. Während der Historiker F. J. Bradley dies 1999 bejahte, sah Churchill auch unter Berücksichtigung der Atomwaffeneinsätze den maßgebenden Unterschied in der Überlegenheit der US-Marine. Er schrieb 1953 in seinen Memoiren: „Die Niederlage Japans war als Folge der überwältigenden maritimen Macht seiner Gegner schon vor dem Abwurf der ersten dieser Bomben eine Gewissheit.“

Ein ausgewiesener Kenner des Pazifikkriegs, der Militärhistoriker Tsuyoshi Hasegawa, differenzierte 2005: „Die japanischen Führer wussten, dass Japan den Krieg verlieren würde. Aber Niederlage und Kapitulation sind nicht das Gleiche. Die Kapitulation ist ein politischer Akt. Ohne den Zwillingsschock der Atombomben und des sowjetischen Kriegseintritts gegen das Inselreich hätten die Japaner im August 1945 niemals die Kapitulation akzeptiert.“

Der US-amerikanische Strategiewechsel zum Terrorluftkrieg, der auch deutsche Städte wie Berlin (3. Februar 1945, 2900 Tote), Swinemünde (12. März 1945, vermutlich 23000 Tote) und Halberstadt (8. April 1945, bis zu 3000 Tote) traf, löste sofort leidenschaftliche Kontroversen aus. Empört rügte Brigadegeneral George McDonald, Chef des Nachrichtendienstes der Luftstreitkräfte, seine eigene Kommandozentrale: „Diese Weisung versetzt die USAAF eindeutig ins Geschäft der Flächenbombardierung von Städten, die mit Zivilisten überfüllt sind. Fünf Jahre wahlloser Bombardierung durch die Briten in Deutschland haben bis jetzt keine entscheidende Wirkung erzielt.“

> „Diese Weisung versetzt die USAAF eindeutig ins Geschäft der Flächenbombardierung von Städten, die mit Zivilisten überfüllt sind. Fünf Jahre wahlloser Bombardierung durch die Briten in Deutschland haben bis jetzt keine entscheidende Wirkung erzielt“
>
> **George McDonald**
> Chef des Nachrichtendienstes der US-Luftstreitkräfte

Zu den markantesten Kritikern dieses Zivilisationsbruchs gehört John Rawls, der als Infanterist im Pazifikkrieg diente und seine geplante Offizierskarriere nach einem Besuch des verwüsteten Hiroshima ad acta legte. Der von 1921 bis 2002 lebende politische Philosoph und Kant-Bewunderer warf US-Präsident Harry S. Truman vor, japanische Signale zu einem Verhandlungsfrieden missachtet zu haben, um den vom Tennō um eine Vermittlerrolle gebetenen Josef Stalin herauszuhalten. Vor diesem Hintergrund „waren sowohl der Abwurf von Brandbomben über Tokio und anderen japanischen Städten im Frühling 1945 als auch der Abwurf von Atombomben über Hiroshima und Nagsaki, allesamt primär Angriffe auf die Zivilbevölkerung, sehr schwere Vergehen, und so werden sie heute auch weithin gesehen“, wie er 1999 in seinem Buch „The Law of Peoples“ („Das Recht der Völker“) schrieb.

Indirekt gab LeMay seinen Kritikern nach 1945 recht. Er vermutete, man hätte ihn vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt, wenn die Japaner den Sieg davongetragen hätten.

● **Dr. Björn Schumacher** ist Jurist und Publizist mit den Schwerpunkten Völkerrecht, neuere Geschichte sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

FOTO: XYZ

VON LETTOW-VORBECK

Preußens „Löwe von Afrika“

Während in den anderen deutschen Schutzgebieten der Erste Weltkrieg sehr viel schneller beendet war als in Europa, dauerte er in der einwohnerstärksten deutschen Kolonie Deutsch-Ostafrika sogar noch etwas länger. Das lag nicht zuletzt an Paul von Lettow-Vorbeck, der kurz vor Kriegsausbruch das Kommando über die Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika übernommen hatte.

Im ersten Kriegsjahr schlug der am 20. März 1870 in Saarlouis geborene Spross eines pommerschen Adelsgeschlechts in der Schlacht bei Tanga mit 900 Soldaten und drei Maschinengewehren eine zehnfache, zumeist aus geländeunkundigen Indern bestehende Übermacht zurück. Das war die erste britische Niederlage im Ersten Weltkrieg. Nachdem die Briten ihre zahlenmäßige Übermacht derart ausgebaut hatten, dass die Deutschen in offener Feldschlacht keine Chance mehr hatten, ging Lettow-Vorbeck 1916 dazu über, mit einer Guerillataktik enorme feindliche Verbände zu binden, indem er ihnen sogar in die Nachbarkolonien Rhodesien und Mozambique auswich. Erst nachdem er vom Abschluss des Waffenstillstands von Compiègne erfahren hatte, beendete er den Kampf. Im nordrhodesischen Abercorn begab er sich mit etwa 1000 Askaris und 155 deutschen Offizieren in die Hände der Briten.

Der „Löwe von Afrika“, wie er respektvoll genannt wurde, war der einzige deutsche Kommandeur des Ersten Weltkrieges, der in britisches Gebiet eindrang. Dieses war nur möglich gewesen, weil er einen Krieg nach eigenen Direktiven geführt hatte. Sowohl die Befehle aus Berlin als auch die Befehle des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, Heinrich Schnee, zum Ausharren im Landesinneren, ignorierte er.

Zurück in der Heimat zogen 116 Soldaten der aus Ostafrika heimgekehrten Schutztruppe am Nachmittag des 2. März 1919 in einem Triumphmarsch durch das Brandenburger Tor, darunter Schnee und der gefeierte Generalmajor Lettow-Vorbeck. Nach deren „Machtergreifung“ wurde Letzterer von Adolf Hitler umworben und erfolglos zum Eintritt in die NSDAP aufgefordert. Die Leitung des ihm angebotenen Reichskolonialministeriums lehnte er ab. Am 13. März 1964 starb Lettow-Vorbeck in Hamburg. Elf Jahre zuvor hatte es ihm eine Illustrierte ermöglicht, noch einmal zu den Stätten seiner größten Triumphe zurückzukehren und Hunderte seiner vormaligen schwarzen Kampfgefährten wiederzusehen. *Bodo Bost*

FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 183-R05765 / CC-BY-SA 3.0

Paul Emil von Lettow-Vorbeck 1913

Noch heute sind die Kirchen große Landbesitzer, doch einst war es viel mehr: Blick auf das Kloster Vogelsburg in Unterfranken *Foto: action press*

KIRCHE UND STAAT

Auch Nichtmitglieder zahlen Millionen an die Religionsgemeinschaften

Obwohl es die Verfassung ganz anders vorsieht, fließen seit 100 Jahren riesige Summen aus dem allgemeinen Steuersäckel an die evangelische und katholische Kirche – über die Kirchensteuer hinaus

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Artikel 140 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland regelt das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, indem er erklärt, dass „die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 ... Bestandteil dieses Grundgesetzes“ seien. Im Artikel 137 Absatz 1 der Weimarer Verfassung hieß es ganz eindeutig: „Es besteht keine Staatskirche.“

Doch das ist nur graue Theorie. Denn in der Realität alimentiert der deutsche Staat in Gestalt seiner Länder die christlichen Kirchen – wobei damit nicht solche Hilfestellungen wie das Eintreiben und Weiterreichen von Kirchensteuern durch die Finanzämter gemeint sind, oder Zuschüsse für den Denkmalschutz und gemeinnützige Einrichtungen. Vielmehr fließt Geld aus dem allgemeinen Steuersäckel, in das ebenso die Nicht- oder Andersgläubigen einzahlen, ohne jede Zweckbindung in die Taschen der Kirchen, wobei das Ganze unter der äußerst unauffälligen Bezeichnung „Staatsleistungen“ abläuft.

Deren Höhe lag 2019 bei genau 558863600 Euro. Davon gingen 328,6 Millionen an die evangelisch-lutherische und 230,2 Millionen an die katholische Kirche. Insgesamt erhielten die beiden Religionsgemeinschaften seit Inkrafttreten des Grundgesetzes 1949 etwa 20 Milliarden Euro. Die rechtliche Grundlage hierfür bildet der auch immer noch als gültig angesehene Artikel 173 der Weimarer Verfassung: Bis zum Erlass eines anderslautenden Gesetzes „bleiben die bisherigen ... Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften bestehen“.

Regelung von 1919 wird ignoriert

Woher kommen nun aber diese angeblichen finanziellen Leistungsverpflichtungen der Länder? Die entstanden zumeist schon vor mehr als 200 Jahren durch den sogenannten Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803. Damals entschieden die Stände des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, dass die weltlichen Fürsten mit linksrheinischem Besitz für ihre Gebietsverluste an das revolutionäre Frankreich abzufinden seien. Das geschah nicht zuletzt per Enteignung kirchlichen Eigentums rechts des Rheins.

Infolgedessen erhielten zwei geistliche Kurfürstentümer, neun Reichsbistümer und 44 Reichsabteien mit einem Grundbesitz von rund 95000 Quadratkilometern neue Herrscher. Diese wiederum verpflichteten sich im Gegenzug zu Ausgleichszahlungen an die Kirchen. Die Entschädigungsansprüche der evangelischen Kirchen aufgrund von obrigkeitlichen Eingriffen reichen teilweise sogar noch weiter zurück – bis in die Zeit der Reformation und des Westfälischen Friedens von 1648. Allerdings legte der ebenfalls ins Grundgesetz eingegangene Artikel 138 der Weimarer Verfassung zugleich auch fest: „Die ... Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.“ Mit anderen Worten: Die Länder sollten Gesetze erlassen, wie die kontinuierlichen Zahlungen an die Kirchen durch einmalige und abschließende Entschädigungsleistungen zu ersetzen seien. Und der Reichstag hatte die Verpflichtung, hierfür den rechtlichen Rahmen zu schaffen. Diesem Verfassungsauftrag kamen Reichs- wie Bundestag jedoch niemals nach.

Dabei wurden mehrmals entsprechende Initiativen seitens der FDP, der Linkspartei, der Grünen und dann 2017 auch der AfD gestartet. Die blieben aber erfolglos, weil die im Bund abwechselnd oder gemeinsam regierenden Parteien CDU/CSU und SPD alle entsprechenden Anträge ins Leere laufen ließen. Und das, obwohl es keinerlei nennenswerten Widerstand der Kirchen gegen eine angemessene finale Entschädigung gibt. Der offenkundige Verfassungsbruch währt nun schon mehr als 100 Jahre.

Ist es Geld für politische Loyalität?

Um das Ganze zu entschuldigen, wird zumeist vorgebracht, dass die Länder mit den zu erwartenden Ablösesummen in Milliardenhöhe finanziell überfordert wären. Aber dies ist bei Lichte betrachtet Unfug. Schließlich liegt der als angemessen geltende Ablösefaktor für dauerhaft zu erbringende Zahlungen maximal beim 18,6-fachen der jährlichen Leistungspflicht – so steht es im Paragraph 13 des Bewertungsgesetzes. Damit müssten Länder wie Baden-Württemberg und Bayern Kosten in Höhe von jeweils rund zwei Milliarden Euro schultern – wenn man die heute fälligen Staatsleistungen zugrunde legt. Juristisch ist jedoch nur deren Höhe zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung relevant. Hinzu kommt, dass in den vergangenen 100 Jahren bereits derart viel Geld an die Kirchen geflossen ist, dass die Gesamtsumme fällige Ablösungen um ein Vielfaches überschritten wurde. Den Kirchen steht also im Grunde gar keine Entschädigung mehr zu. Das würde eine Bilanz der getätigten Zahlungen sicher auch belegen, allerdings weigert sich das Finanzministerium seit Jahren, diese zu erstellen.

Warum aber sind sowohl die Bundesregierung als auch SPD und CDU/CSU so zögerlich, wenn es um das Ende der Staatsleistungen an die Kirchen geht? Das mag zwar im Falle der christlichen Parteien mit Wahltaktik zu tun haben, der Hauptgrund dürfte jedoch ein anderer sein: Die Kirchen stellen heute wieder staatstragende Elemente dar. Statt den politischen Kurs der Mächtigen zu hinterfragen, überbieten sich katholische und evangelische Funktionsträger in Loyalitätsbekundungen. So beispielsweise, wenn es um die Flüchtlingsfrage oder den „Kampf gegen Rechts“ geht. Und dafür haben sich die Kirchen natürlich eine Belohnung verdient. Zumal das Handeln der Kirchenfunktionäre viele einfache Mitglieder zum Austritt veranlasste. Schon seit Längerem kehren mehrere hunderttausend Menschen pro Jahr den beiden großen Kirchen den Rücken. Allein zwischen 2015 und 2018 lag der Mitgliederschwund bei über 1,5 Millionen, was sich dann logischerweise auch bei den Kirchensteuereinnahmen bemerkbar macht.

Vor diesem Hintergrund wirken die weiterhin gewährten Staatsleistungen wie eine Kompensation für die finanziellen Verluste, welche wohl auch aus der Nibelungentreue mancher hoher kirchlicher Amtsträger gegenüber der Regierung resultieren.

HOHE WOHNKOSTEN

Deutsche flüchten in die Speckgürtel

Nachdem über viele Jahre die Metropolen die meisten Neubürger anlockten, geht es nun verstärkt wieder ins Umland

Immer mehr Deutsche ziehen wegen steigender Mietpreise und einem knappen Angebot an Wohnraum in den Metropolen ins Umland großer Städte. Nach Erkenntnissen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) und des Statistischen Bundesamtes (Destatis) haben Berlin, Hamburg und München im Jahr 2018 die meisten Einwohner ans Umland verloren. Unterm Strich verließen allein die Stadt Berlin 15000 Menschen.

Vom Wegzug aus der Hauptstadt stark profitieren konnte die Mark Brandenburg, zum Teil aber auch Mecklenburg-Vorpommern. Auch München verlor Netto 13000 Bürger. Gemessen an der Bevölkerungszahl war diese Abwanderungsbewegung noch deutlich stärker als in Berlin. Die Forscher stellten zudem fest, dass die Stadtflucht nicht nur eine Angelegenheit der großen Millionenmetropolen ist. Der Trend hat inzwischen auch kleinere Großstädte erreicht, im Westen wie im Osten der Republik. Betroffen sind zudem Universitätsstädte wie Göttingen, Heidelberg oder Münster. Stark geprägt ist die Abwanderungsbewegung von der Altersgruppe der 30- bis 50-Jährigen.

Auch kleinere Städte betroffen

Nikola Sander, Forschungsdirektorin für Migration und Mobilität des BiB, nennt als wichtige Triebkräfte dieser Entwicklung die stark gestiegenen Wohnkosten und die Knappheit an Wohnraum in den Städten. Stark betroffen sind insbesondere Familien, die im Vergleich zu Alleinstehenden naturgemäß einen höheren Bedarf an Wohnraum aufweisen. Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hatte sich bereits vergangenes Jahr mit der Abwanderung aus den deutschen Großstädten beschäftigt. Um ein genaues Bild zu erhalten, untersuchten die Kölner Forscher für ihre Studie insbesondere die Wanderungsbewegung deutscher Staatsangehöriger.

Dabei zeigte sich, dass vor allem Familien mit deutscher Staatsangehörigkeit die teuren Großstädte in auffallend großer Zahl verlassen. Die großen Ballungszentren sind nach den Erkenntnissen des IW dagegen für Studenten und Berufseinsteiger, Zuwanderer aus dem Ausland und auch für Asylbewerber weiterhin attraktiv. Aus Sicht des IW-Immobilienmarktexperten Ralph Henger wird sich der Trend zur Flucht aus den Zentren auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Für den Ökonomen Henger wird mit dieser Entwicklung das Umland von Städten und auch der ländliche Raum nicht nur für private Haushalte, sondern auch für Unternehmen wieder attraktiver. Vereinzelt zeigen sich inzwischen aber auch schon erste Abwehrreaktionen auf den Wegzug aus den Metropolen.

Ort wehrt sich gegen Neubauten

Bundesweite Beachtung fand beispielsweise vor Kurzem ein Beschluss des Stadtparlaments der Kleinstadt Velten im märkischen Kreis Oberhavel. Der Ort mit 12000 Einwohnern liegt nördlich von Berlin, nur wenige Kilometer hinter der Stadtgrenze der Millionenmetropole. In der Veltener Stadtverordnetenversammlung setzte die Bürgervereinigung „Pro Velten“ zusammen mit AfD, CDU und NPD eine Begrenzung des Wohnungsneubaus in ihrer Gemeinde durch. Ein zweiter Beschluss enthielt eine Absage an Pläne, den Ort an das Berliner S-Bahnnetz anzuschließen.

Begründet war einer der Anträge mit der Sorge, durch weiteren Zuzug drohe der Stadt ein „Identitätsverlust“, schon jetzt könne man „eine zunehmende Entfremdung der Einwohner feststellen“. Der Vorsitzende von „Pro Velten“, Marcel Siegert, sagte zu den Anträgen seiner Fraktion, es gehe nicht darum, „alles zu stoppen“, sondern darum, eine behutsamere Stadtentwicklung zu erreiche.

Norman Hanert

KULTURERBE

Große Königsberger zieren Gymnasium

Ehemaliger Schüler setzte sich für die Wiederherstellung der Skulpturen an der Fassade „seiner Schule“ ein

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In den Jahren 1926 und 1927 wurde die Königsberger Burgschule unter der architektonischen Oberleitung von Stadtrat Gustav Kassbaum, Dr. Mayer und dem Baumeister E. Genzmer an der Lehndorffstraße als Oberrealschule errichtet. Ihre Fassade war mit plastischen Darstellungen der Köpfe des großen Philosophen Immanuel Kant, des Schöpfers des heliozentrischen Weltsystems Nicolaus Copernicus, eines der herausragenden Denker der Aufklärung, Johann Gottfried Herder, und des in Tapiau geborenen Künstlers Lovis Corinth, geschmückt. Der Schöpfer dieser Werke ist der berühmte Königsberger Meister Stanislaus Cauer, dessen Werke die Bewohner der Stadt noch heute erfreuen, wie zum Beispiel das Schiller-Denkmal, der Brunnen „Putten“ und die Skulptur „Nymphe“. Der letzte Unterricht während des Kriegs fand am 22. Januar 1945 statt.

In diesem Gebäude befindet sich heute das Gymnasium Nr. 1, und die Straße heißt Kropotkina. Die sowjetische Bildungseinrichtung wurde noch 1945 eröffnet. Das Gebäude blieb gut erhalten, aber die Originalskulpturen der bedeutenden Persönlichkeiten, die über dem Haupteingang angebracht waren, konnten nicht erhalten werden. Sie waren stark beschädigt. Ihre Oberfläche war derart abgesplittert, dass nur die Konturen erhalten waren.

Im Januar fand ein Ereignis statt, das viele Bewohner Königsbergs als angenehme Überraschung empfanden: Die Köpfe von Kant, Copernicus, Herder und Corinth wurden erneut an der Schulfassade angebracht. Es handelt sich um Kopien, die der Bildhauer Andrej Schewzow angefertigt hat. Erwähnenswert ist, dass die Restaurierung der Skulpturen aufgrund einer privaten Initiative des Unternehmers Pawel Naumow möglich wurde, der selbst ein Absolvent des Gymnasiums war.

Kopien statt Originale: Die ehemalige Oberrealschule in der Lehndorffstraße zieren seit Kurzem wieder die Köpfe der Königsberger Größen Immanuel Kant, Nicolaus Copernicus, Johann Gottfried Herder und Lovis Corinth *Foto: J.T.*

Es war nicht leicht, die verlorenen Skulpturen wiederherzustellen, da die erhaltenen Fotos, an denen Schewzow sich orientierte, nicht die beste Qualität und Schärfe hatten. Infolgedessen dauerte die Arbeit etwa ein Jahr. Außerdem hat das Gebäude der ehemaligen Oberrealschule den Status „Kulturerbe von regionaler Bedeutung“, weshalb die Anbringung neuer Skulpturen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt werden musste, die ein langes Genehmigungsverfahren nötig machten.

Das Gymnasium Nr. 1 war die erste Bildungseinrichtung, die nach dem Krieg am 17. Juli 1945 im Königsberger Gebiet eingerichtet wurde. Die weiterführende Schule ist über die Region hinaus bekannt, da ihre Schüler regelmäßig bei verschiedenen Wettbewerben gewinnen und sie zu den 500 besten Schulen der Russischen Föderation zählt.

Seit 2015 hat die Bildungseinrichtung den Status einer innovativen Bildungsplattform, auf der neue Ansätze und Lösungen im Bereich der Bildung von Schulkindern erprobt und umgesetzt werden. Das Gymnasium hat zurzeit mehr als 1200 Schüler. Der regionale Geschichtsunterricht nimmt einen wichtigen Platz im Bildungsprozess des Gymnasiums ein, sodass die Schüler eine Vorstellung von der Bedeutung von Immanuel Kant, Nicolaus Copernicus, Johann Herder und Lovis Corinth haben. Sie werden nun jeden Tag auf die Schüler herabschauen, wenn diese das Gymnasium betreten.

● MELDUNGEN

Grünes Licht für Via Baltica

Allenstein – Die Arbeiten auf dem weiteren Abschnitt der Schnellstraße von Szczuczyn nach Lyck-Süd können beginnen. Der ermländisch-masurische Woiwode erteilte die Genehmigung zum Bau des dritten Abschnitts der Via Baltica. „Der Umfang der Arbeiten, die realisiert werden, ist der Bau einer mehr als 23 Kilometer langen Schnellstraße mit zwei Fahrbahnen in jeder Richtung. Im Rahmen dieser Arbeiten werden ausgewählte lokale Straßen erneuert und ebenso werden die Vorschriften des Umweltschutzes beachtet“, sagte Karol Glebocki, Pressesprecher der Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen in Allenstein. Das Kostenvolumen der Arbeiten beträgt umgerechnet etwa 176 Millionen Euro. Geplant ist eine Bauzeit von 29 Monaten (ausgenommen die Zeit vom 15. Dezember bis 15. März). Auf die Baugenehmigung des Woiwoden wartet noch ein Abschnitt der Schnellstraße 61 im südlichen Ostpreußen von Lyck-Süd bis Waltershöh. *PAZ*

Zu wenig Geld für Umsiedlung

Königsberg – Gemäß einem Programm der Stadt sollen in diesem Jahr die Bewohner von neun baufälligen Mehrfamilienhäusern in Königsberg umgesiedelt werden. Das Programm hat eine Laufzeit bis 2026 und betrifft insgesamt 85 Gebäude. Die Kosten werden aus verschiedenen Töpfen des städtischen Haushalts getragen, doch reichen die veranschlagten Mittel in Höhe von umgerechnet 3,3 Millionen Euro nicht aus. Für 2020 fehlen 459000 Euro. 2019 waren bereits die Bewohner von sechs Häusern umgesiedelt worden. *MRK*

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Vom Ende einer analogen Welt

Kattowitz entwickelt eine ehemalige Kohlengrube zur „Ideen- und Innovationsgrube“

In der stillgelegten Gieschegrube [Kopalnia Wieczorek] in Kattowitz wird auf 20 Hektar Land eine Siedlung für Neue Technologie entstehen. Das Projekt wird etwa umgeechnet 240 Millionen Euro kosten. Der Kattowitzer Oberbürgermeister Marcin Krupa hofft, dass sich dort bald Firmen aus der Computerspiele-branche ansiedeln.

Allein für Büros würden 70000 Quadratmeter zur Verfügung gestellt und Gespräche mit interessierten Partnern habe man ebenfalls geführt, so Krupa. „Hier soll eine Art Kultursphäre mit Restaurants sowie Entspannungs- und Flanierangeboten entstehen“.

Die Gieschegrube war bereits seit der vorletzten Jahrhundertwende ein Experimentierort. Die Führung des Bergbaukonzerns „Georg von Giesches Erben“ ließ für dessen Bergarbeiter 1907 die Gartenstadtkolonie Gieschewald [Giszowiec] und ab 1920 auch die Siedlung Nickischschacht [Nikiszowiec] anlegen. Beide Kolonien wurden von den Charlottenburger Architekten Georg und Emil Zillmann entworfen. Während in Gieschewald eine Kolonie von Ein- und Zweifamilienhäusern entstand, wurde im Nickischschacht eine Backsteinsiedlung für 20 bis 30 Familien je Haus gebaut. Das Areal war rund einen Quadratkilometer groß, zu jedem Haus gehörte ein bis zu 1000 Quadratmeter großer Garten. In Nickischschacht wurden für die Grubenarbeiter Schrebergärten angelegt. Beide Kolonien hatten eigene Schulgebäude, Gasthäuser, Läden und eine Kirche.

In Gieschewald bildete ein kleiner Ring das Zentrum. Auf dem mit Linden bepflanzten Marktplatz standen ein Verwaltungsgebäude, ein Gasthaus, Kaufhäuser und eine Oberförsterei für die umliegenden Wälder. Nördlich vom Marktplatz lebten etwa 300 Bergleute, für die eine Wasch- und Badeanstalt errichtet wurde. Für die Verwaltungsangestellten und Lehrer der Kolonie wurden Wohnhäuser gebaut, die größer und besser ausgestattet waren als die der Bergleute. Die Koloniebewohner waren im Giesche-Bergwerk sowie in den benachbarten Zink- und Bleihütten beschäftigt. Der Ort wurde 1914 an die weit verzweigte Schmalspurbahn des Industriereviers angeschlossen.

Zählt zu den Sehenswürdigkeiten Oberschlesiens: Die Nickischschachtkolonie fand in der Modelleisenbahn-Landschaft „Kolejkowo“ in Gleiwitz ihren Platz *Foto: Wagner*

Für die Backsteinsiedlung Nickischschacht mit ihren Tordurchfahrten sind dreigeschössige Mehrfamilienhäuser mit dekorativen Fassaden charakteristisch. Im Zentrum der Nickischschachtkolonie steht die St.-Anna-Kirche, die mit Unterbrechung im Ersten Weltkrieg zwischen 1914 und 1925 im neobarocken Stil erbaut und 1927 in einem deutsch-polnischen Gottesdienst geweiht wurde.

Wie einst das Sozialprojekt der Gieschegrube Bergleute angelockt hatte, so sollen heute Investoren zur Belebung des Areals gewonnen werden. „200 Jahre lang war das eine Grube. Und es bleibt eine, aber eben eine Ideen- und Innovationsgrube“, sagte Polens Präsident Andrzej Duda, der vor der Präsidentschaftswahl auf Stimmenfang nach Kattowitz kam. Die Gieschegrube, die seit 1951 den Namen des in Auschwitz ermordeten Aktivisten der Arbeiterbewegung Józef Wieczorek trägt, wurde 2018 stillgelegt. Nachdem das Bergwerk fast zwei Jahrhunderte lang das Leben der Bergarbeiter bestimmte, soll es nun ein Zuhause für Tüftler und Denker und die Siedlung Nickischschacht Polens „Gaming-Hauptstadt“ werden.

Welche Firmen sich dort ansiedeln werden, steht noch in den Sternen. Bis dato können Nostalgiker und diejenigen, die eine analoge Welt der virtuellen vorziehen, Gefallen an einer Fotoausstellung von Michal Cala finden. Seine Schwarz-Weiß-Aufnahmen von dem, was einst die Kraft des oberschlesischen Kohlebeckens ausmachte, sind sowohl künstlerisch wie auch dokumentarisch. Gezeigt werden die Arbeiten des gebürtigen Thorners und Wahl-Kattowitzers in der Galerie der Gartenstadt (Galeria Miasta Ogrodow). Die Präsentation heißt „(Ober)Schlesien 75–92“ und zeigt bis zum 19. April Arbeiten aus den besagten Jahren, quasi von der „kommunistischen Blütezeit bis zur Transformation“. Cala dokumentiert in seinen Werken Siedlungen, die es nicht mehr gibt, Hütten und Bergwerke, die stillgelegt wurden.

C. W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Briese, Elisabeth, geb. **Jelinski**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 4. März
Maring, Willi, geb. **Majewski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Meyer-Brandtstädter, Edith, geb. **Brandtstädter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März
Schnipper, Erika, geb. **Piefkowski**, aus Allenstein, am 2. März
Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 9. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brüggemann, Hildegard, geb. **Onischke**, aus Wehlau, am 6. März
Klimmek, Irmgard, geb. **Borowski**, aus Neidenburg, am 7. März
Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März
Schulz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Walter, Irmgard, geb. **Marquardt**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

David, Charlotte, geb. **Sköries**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 7. März
Donde, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. März
Huuck, Erwin, aus Geidau, Kreis Fischhausen, am 6. März
Lasota, Liesbeth, geb. **Kolberg**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 7. März
Norloch, Wanda, geb. **Dietrich**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 6. März
Wolfram, Helene, geb. **Stach**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 6. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhnke, Ernst, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 8. März
Hapke, Willibald, aus Schönwäldchen, Kreis Osterode, am 12. März
Karpowski, Friedrich, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. März
Kloss, Paul, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Semler, Anneliese, geb. **Swiedelsky**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 6. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Benger, Grete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 11. März
Dürselen, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 7. März
Erwin, Gerda, geb. **Lenz**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März
Gollub, Werner, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 6. März
Hahn, Waltraud, geb. **Schilm**, aus Kulmen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. März
Hofmann, Erika, geb. **Ballnus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 12. März
Rogalla, Anna, geb. **Luka**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 6. März
Schulz, Liesbeth, geb. **Breßlein**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 10. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Aukthun, Walter, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. März
Bernst, Elfriede, geb. **Hildebrandt**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 9. März
Gunia, Irene, geb. **Hanke**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 12. März
Joppien, Ingrid, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 11. März
Karpowski, Gertrud, geb. **Pukropski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 7. März
Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 9. März
Lutz, Elsa, geb. **Reißmann**, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 9. März
Müller, Ursula, geb. **Böhm**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 7. März

Rückblende Ostpreußens bekannteste Eishockey-Mannschaft war der Rastenburger SV. Das Bild zeigt eine Begegnung des RSV mit einer Berliner Mannschaft im Jahre 1936 *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

ANZEIGEN

Reisen nach Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen, Königsberg, Heilsberg, Allenstein, Lyck, Sensburg
Angebote unter www.Scheer-Reisen.de od. Gratisprospekt
SCHEER-REISEN.de
Tel. 0202 500077 · info@scheer-reisen.de

MASUREN
Komfort Einfam.-Haus und sep. Appartement, voll ausgestattet, direkt am See, eigener Badesteg mit Ruderboot, 2 Garagen.
Wejsunen, Krs. Johannisburg
Ab 12,00 € pro Person / Tag – Näheres:
J. Bartlick, **Tel. 040/51904313 - 0163/4300582**

ZUM 92. GEBURTSTAG

Lyhs, Fritz, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 6. März
Michelsen, Edith, geb. **Diekert**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. März
Robben, Hilde, geb. **Jack**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 7. März
Rosenbach, Hubert, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 6. März
Schumann, Helmut, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 12. März
Tubies, Hildegard, geb. **Klassen**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beyer, Waltraut, geb. **Lau**, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 11. März
Buddrus, Dieter, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Ehlert, Horst, aus Fischhausen, am 7. März
Fuhrmann, Maria, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. März
Giering, Hildegard, geb. **Naujoks**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 9. März
Kämpfer, Helga, geb. **Goetzie**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 7. März
Kibitzki, Gisela, geb. **Raabe**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 6. März
Milewski, Anni, geb. **Schalmann**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 11. März
Moranz, Alfons, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Sandner, Elfriede, geb. **Zellmann**, aus Neidenburg, am 10. März
Schwarz, Erika, geb. **Borchmann**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. März
Skibowski, Elisabeth, geb. **Dittrich**, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 8. März
Steinkamp, Margarete, geb. **Bodemann**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Axen, Edith, geb. **Meyer**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 6. März
Bauer, Gerti, geb. **Lucka**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Föllscher, Gerda, geb. **Dumschat**, aus Dinslaken, Kreis Ebenrode, am 12. März
Gruppe, Ursula, geb. **Dotzek**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 11. März
Herklotz, Dorothea, geb. **Lukat**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Loges, Hannelore, geb. **Soyka**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 6. März
Loosen, Maria, geb. **Meyer**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. März
Runge, Liesbeth, geb. **Bastek**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Salewski, Jürgen, aus Treuburg, am 10. März
Smaka, Waldemar, aus Markau, Kreis Treuburg, am 12. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bellmann, Renate, geb. **Döhring**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. März
Brenner, Erika, geb. **Schibath**, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 10. März
Feege, Max, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 7. März
Fischer, Ruth, geb. **Fanderich**, aus Partheinen/Mukuhnen, Kreis Heiligenbeil, am 7. März
Grünfeld, Gisela, geb. **Wunderlich**, aus Ebenrode, am 10. März
Gutkowski, Lothar, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 8. März
Holzlehner, Waltraut, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 6. März
Kopka, Dorothea, geb. **Bialluch**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Marks, Gerhard, aus Schwengels, OT Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 12. März
Merten, Ilse, geb. **Dziomba**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. März
Neumann, Ilse, geb. **Malluck**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 10. März
Ostrowski, Günther, aus Lötzen, am 9. März
Penne, Sigrid, geb. **Woweries**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 10. März
Pogorsselski, Walter, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 6. März
Raudszus, Christel, geb. **Pendzich**, aus Neuforst, Kreis Lötzen, am 9. März
Splitt, Hannelore, aus Waldbeek, Kreis Neidenburg, am 9. März
Szameitat, Manfred, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 6. März
Szogs, Udo, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. März
Zuehlsdorff, Hubert, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 10. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Blaskowski, Marie, geb. **Kilimann**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Danisch, Manfred, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 8. März
Domnik, Reinhard, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 6. März
Glauß, Hans-Jürgen, aus Klein Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 9. März
Krinke, Elfriede, geb. **Becker**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 9. März
Mestemacher, Elfriede, geb. **Kirchner**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 11. März
Schmaler, Irene, geb. **Neumann**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 10. März
Schmitteckert, Inge, geb. **Grickschat**, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 6. März
Stellmacher, Manfred, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 10. März
Walther, Urte, geb. **Howe**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 11. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kanzenbach, Heinz-Georg, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 11. März
Patzwaldt, Theresia, geb. **Weber**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. März
Schell, Elisabeth, geb. **Link**, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 8. März

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

14./15. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)
17. bis 19. April: Kulturseminar in Helmstedt
18./19. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
26. bis 28. Juni: 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
11. Juli: Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein
12. Juli: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen
18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder auf unserer Webseite www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Bürozeiten: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN im Deutschordensschloß Ellingen

Kulturzentrum Ostpreußen

Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick
Sonderausstellung vom 7. März bis 30. August 2020

Am 16. Oktober 1906 besetzte der aus Tilsit stammende Wilhelm Voigt mit einigen Soldaten das Köpenicker Rathaus und raubte die Stadtkasse. Die „Köpenickiade“ ist das Thema einer in dieser Form völlig neuen Ausstellung. Sie beleuchtet die ostpreußische Abstammung Voigts und rekonstruiert die Ereignisse in Köpenick. Darüber hinaus wird auch die Verarbeitung des Schelmenstücks in der Presse sowie in Literatur und Film in den Blick genommen.

Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstr. 9
91792 Ellingen/Bay.
www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 12/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 12/2020 (Erstverkaufstag 20. März) bis spätestens Dienstag, den 10. März 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de,
Fax: (040) 41400850 oder
postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bremen

Bremen – Unsere diesjährigen Veranstaltungsangebote wurden bisher gut angenommen. Wir freuten uns über 56 Teilnehmer beim „Bremer Ost- und Westpreußentag“ und über 97 Besucher unserer Veranstaltung mit den Herren Dr. Christopher Spatz und Dr. Christian Paul zum Thema „Friedland“ in der Zentralbibliothek Bremen.

Auch mit dem Besuch der Jahreshauptversammlung (36 Personen) waren wir sehr zufrieden. Wir haben Herrn Georg von Groeling-Müller, der nach 14 Jahren nicht wieder für den Vorstand kandidierte, einstimmig zum Ehrenmitglied gewählt. Ihm gebührt großer Dank für seine langjährige wichtige Tätigkeit für unsere Landsmannschaft. Neue stellvertretende Vorsitzende wurde Frau Dagmar Schramm. Die Anwesenden dankten ihr für ihre Kandidatur und wählten sie einstimmig.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Frauengruppe Hamburg-Bergedorf – Freitag, 20. März 2020, 15 Uhr, Kaffeetrinken zum Frühlingsanfang, Café Molina in der Riepenburger Mühle.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:**: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Tel. (06151) 148788

Wiesbaden – Beim „Närrischen Kreppelkaffee“ ging es mit Frohsinn und guter Laune in die „fünfte Jahreszeit“. Gleich zu Beginn sorgte der musikalische Entertainer Mathias Budau mit flotten Fastnachtsliedern zum Mitsingen und Schunkeln für den richtigen Schwung im bunt geschmückten Saal. Zuvor hatte die stellvertretende Vorsitzende, Helga Kukwa, das Narrenvolk mit launigen Worten und kräftigen Helau-Rufen begrüßt.

Den Reigen der Büttenreden eröffnete Ilse Klausen mit der amüsanten Geschichte eines Arztbesuches, bei dem der unfreiwillige und teils entkleidete „Patient“ eigentlich keine Behandlung wünschte, sondern dem Doktor nur die Frage stellen wollte: „Möchten Sie dieses Mal wieder die Kartoffeln bei mir kaufen.“ Bei ihren weiteren Auftritten erzählte Klausen von der „Öffentlichen Beleidigung eines Gemeinderats“, dessen Mitglieder der alte Bauer Karl als Ochsen tituliert hatte, und später die Geschichte von den „Nichtsnutzigen“.

Viel zu lachen gab es auch bei den Beiträgen von Helga Kukwa, die „Fritzchens Aufsatz vom Menschen“ vorlas, in dem die Frage offenblieb, ob der Mensch vom Affen abstammt. Lebhaften Beifall gab es auch für die vorgetragene Geschichte von der „Waldkapelle“ und die eines Autofahrers, der ohne Führerschein unterwegs war und in die Hände der Polizei fiel.

Gemeinsam traten Helga Kukwa und Ilse Klausen in dem Sketch „In welchem Jahr hat Idche Schinz geheiratet“ auf. Doch trotz des langen Hin und Her und zudem missverständlichen Wort- und Sprachwendungen konnte die Frage nicht geklärt werden.

Erstmals mit von der Partie zeigte sich Landsmann Georg Schneidereit von seiner humorvollen Seite. In heimatlicher Mundart erzählte er vom Arztbesuch einer alten Jungfer und des eines „Mänschche“, der es im Kreiz und inne Knie hatte. Des Doktors heilsamer Rat „Die Runden sind besonders wichtig, das andere heilt der Lauf der Zeit.“

Gastredner Stefan Fink trat als „Hänsel von der Gretel“ auf. In gekonnter Reimform ließ er sich über die schon weltbekannte Klima-Greta Thunberg aus und meinte am Schluss: „Seit Gretel Greta ungeniert, wird jeden Freitag demonstriert.“ Jubelnden Beifall war ihm sicher, weil er das Publikum bei seiner „interaktiven Büttenrede“ einbezog und zum Mitmachen animierte. Als Dank erhielt er den „LOW-Hausorden“ in Form einer Flasche ostpreußischen Bärenfangs.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Rinteln – Donnerstag, 12. März 2020, 15.00 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (für den Navi: Bäckerstr. 1 oder Kreuzstr.): Professor Heinz Schürmann aus Bielefeld hält beim Monatstreffen der Gruppe einen bebilderten Vortrag „Mythos Baltischer Bernstein – mit Exkurs zum legendären Bernsteinzimmer“.

Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen, der Eintritt ist frei. Kontakt und Anmeldung bei Joachim Rebuschat unter: Telefon (0 57 51) 53 86 oder über: rebuschat@web.de.

Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 10. März 2020, 18.00 Uhr, Haus am Rhein, Bonn-Beuel, Elsa-Brändström-Straße 74. Jahreshauptversammlung mit traditionellem gemeinsamen Königsberger-Klops-Essen und Neuwahlen des Vorstandes.

Tagesordnungspunkte: Totengedenken, Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden, Bericht des Kassenwartes und der Kassenprüfer, Aussprache, Rücktritt und Entlastung des Vorstandes, Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters, Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder (Kassenwart, Schriftführer, Kulturwart, Beisitzer), Wahl der Kassenprüfer, Verschiedenes.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Elmshorn – Bildungsreise nach Vorpommern
Der Anmeldeschluss für die Fahrt des Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ vom 11. bis 16. Mai 2020 nach Vorpommern ist bereits am kommenden Freitag, 6. März 2020. Darauf weist das Büro der Bühne noch einmal hin. Wer mitreisen möchte, sollte sich so schnell wie möglich bei der Dittchenbühne melden beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Elmshorn – Mitreißendes Frauentagsprogramm am 7. März
Am Vorabend des Internationalen Frauentages veranstaltet das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ ein Frauentagsprogramm von und mit sieben Künstlerinnen. Am Sonnabend, 7. März 2020, heißt es dort um 18 Uhr: „Gemeinsam sind wir stark. Ein Programm von Frauen – liebevoll und liebestoll“.

Ilse Behr, Katharina Fast, Sibylle Hallberg, Marija Liwaschnikowa, Petra Matthieszen-Eitze, Suna Storm und Heike Vajen präsentieren ein musikalisch-literarisches Programm. Rund um den neuen Stutzflügel des Mehrgenerationenhauses werden sie gemeinsam einen Abend gestalten, der gute Laune und jede Menge Spaß garantiert. Ein fröhlicher, abwechslungsreicher Reigen aus Lyrik, Satire und Sketchen wird eingerahmt von lebensbejahenden, mitreißenden Musikbeiträgen, angereichert mit der außergewöhnlichen Note orientalischer Tanzeinlagen und moderiert von Sybille Hallberg und Heike Vajen.

Eintritt pro Person: 15 Euro, inklusive Sektempfang. In der Pause werden Wein und ein kleines Buffet angeboten. Karten beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Neumünster – „Alle Kunst ist der Freude gewidmet, und es gibt keine höhere und ernsthaftere Aufgabe als die, Menschen zu beglücken (Friedrich Schiller). Das möchten wir, die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, mit dem Königsberger Klopsessen, mit Musik, Gesang, Unterhaltung und unserer Anwesenheit, ich meine mit wir den Vorstand, beglücken.“ So begrüßte die Vorsitzende Brigitte Profé die Teilnehmer im vollen Saal. Mein Stübchen war voll!

Wieder gab es herrliche Königsberger Klopse aus der Stadthallenküche, so richtig nach ostpreußischer Art. Hinterher durfte der Meschkinnes mit einem deftigen Trinkspruch nicht fehlen. Mit dem Lied: „Das Essen war herrlich“ begann der fröhliche Teil. Viele Lieder mit Akkordeonbegleitung brachten Stimmung zum Schunkeln. Zwei Sketche und das „Rumchen“-Gedicht, vorgetragen von Hildegard Henning in ostpreußischer Mundart, brachten Heiterkeit auf.

Drei Stunden mit guten Sprüchen und lustigen Ansagen von Brigitte Profé gingen viel zu schnell zu Ende.

Mit Frohsinn und guter Laune in die „fünfte Jahreszeit“: Gemeinsam traten Helga Kukwa und Ilse Klausen in dem Sketch „In welchem Jahr hat Idche Schinz geheiratet“ beim „Närrischen Kreppelkaffee“ auf. *Foto: privat*

ANZEIGE

Liebe Helga Anders!

Zum **84. Geburtstag** wünschen wir Dir
weiterhin festen Glauben an den Dreieinigen Gott,
Gesundheit und Frohsinn im windigen Cuxhaven
und noch viele glückliche Stunden mit uns ;-)

Wir wissen aber, daß denen, die Gott lieben,
alle Dinge zum Besten dienen. *(Römer 8)*

Deine Kinder und Enkelkinder

Geschichte Im Jahre 1847 erschien das erste Sammlungsverzeichnis der Altertumsgesellschaft Prussia. Die Exponate wurden in einem Zimmer des Königsberger Schlosses (das Bild oben zeigt eine Luftaufnahme aus den 1920er Jahren) aufbewahrt, der Ausgangspunkt für das spätere Prussia-Museum. *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

PRUSSIA Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens

Mitgliederversammlung
Duisburg – Sonnabend, 4. April, ab 10.30 Uhr, vormaliges „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5.
Der Vorstand der PRUSSIA Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zur ordentlichen Mitgliederversammlung und vorgeschaltet zu Vorträgen ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind stets willkommen. Ab 10.30 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, das Patenschaftsbüro der Stadtgemeinschaft Königsberg mit einem Bücherstand aufzusuchen.

Ablauf
11 Uhr: Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung
11.15 Uhr: „Vorstellung eines besonderen Granit-Findling auf dem Soldaten-Friedhof Mattischkehmen“ (Dr. Wolfgang Rothe)
11.30 Uhr „Neue Erkenntnisse über das Schicksal der Schau- und Studiensammlung des vormaligen Prussia-Museums in Königsberg nach 1945“ (Dr. Heino Neumayer)
12.45 Uhr Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss
14.00 Uhr „Preußische Meilensteine als Denkmale der Verkehrsgeschichte“ (Olaf Grell)
15.30 Uhr Mitgliederversammlung.

Vorläufige Tagesordnung:
1. Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung
3. Bericht des Vorstands
4. Bericht des Schatzmeisters, Jahresrechnung
5. Bericht der Rechnungsprüfer
6. Aussprache zu Ziff. 3, 4, 5
7. Abstimmung über die Entlastung des Vorstands
7. Nachwahl eines stv. Vorsitzenden/stv. Präsidenten
7.1 Wahl eines Wahlleiters
7.2 Nachwahl
8. Vorhaben im Jahr 2020 und Perspektiven bis 2022
9. Verschiedenes

Die Versammlung endet voraussichtlich gegen 16.30 Uhr.

Mitglieder werden gebeten, Änderungen und Anträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung, wie auch das Interesse von Mitgliedern an einer ehrenamtlichen Tätigkeit zur Unterstützung des Vorstands, bis zum 31. März 2020 per Brief, FAX, E-Mail mitzuteilen. Anregungen/Fragen an: prussia.gesellschaft@gmail.com

Heimatkreisgemeinschaften

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 – 983-31 00; Fax: 04261 – 983 –31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Neue Angerburger Eiche gepflanzt

Im Amtshofpark in Rotenburg (Wümme) gibt es wieder eine Angerburger Eiche. Der Vorgängerbaum, der am 12. April 1969 gepflanzt wurde, war am 5. Oktober 2017 während eines Sturmes umgekippt. Zur Pflanzung im Rahmen einer Feierstunde versammelten sich der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg und der Kreisausschuss des Landkreises am Patenschaftsstein beim Kreishaus.

Die erste Eiche aus dem Kreis Angerburg war aus einer Eichel gezogen worden, die vor der Flucht von einer Angerburgerin auf dem Friedhof in Benkheim, damals Kreis Angerburg, aufgelesen wurde. Nachdem der Zögling in einem Hamburger Garten 15 Jahre herangewachsen war, wurde er nach Rotenburg umgepflanzt und dem Landkreis als Geschenk anlässlich der Einweihung des Kreishauses übergeben. Seitdem versammelten sich jedes Jahr Anger- und Rotenburger unter der Eiche, um den Verstorbenen und der Heimat zu gedenken.

Nachdem diese Eiche während des Sturms „Xavier“ gefällt wurde, gingen Landkreis und Kreisgemeinschaft auf die Suche nach einer neuen Eiche. Natürlich sollte diese auch aus der Heimat der Angerburger stammen. Fündig wurde Förster a.D. Rolf Liebeneiner. Liebeneiners Vater war bis 1945 Leiter des Forstamtes Borken im Landkreis Angerburg. Dorthin fährt Rolf Liebeneiner regelmäßig und pflegt dort gute Kontakte zu den polnischen Berufskollegen, die ihm zu einem geeigneten Baum verhalfen. Liebeneiner brachte den Baum in seinen VW-Passat mit nach Rotenburg, wo er diesen zusammen mit Landrat Luttmann und Kreisvertreter Wolfgang Schiemann pflanzen konnte.

In seiner Begrüßung brachte Landrat Hermann Luttmann zum Ausdruck, dass er sich wünsche, dass die neue Angerburger Eiche länger als 50 Jahre stehen bleibt. Der Kreisvertreter der Angerburger, Wolfgang Schiemann, sprach von einem „historischen Tag“, und er hoffe, „dass die neue Eiche lange steht und Freude macht“.

Im Anschluss lud Landrat Hermann Luttmann zu einem traditionellen ostpreußischen Essen ein: Königsberger Klopse.

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810,
GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 – 33 567

18.08.-29.08.2020 Bus- und Schiffsreise nach Ostpreußen mit Dieter Wenskat

1. Tag: Anreise und Stettin

Fahrt ab Elmshorn mit Zustiegen in Hamburg und am S-Bahnhof Berlin bei Berlin nach Osten über die deutsch-polnische Grenze bis nach Stettin. Hier werden Sie im Café in der 21. Etage zunächst zu einem kleinen Mittagsimbiss erwartet, mit einem einzigartigen Ausblick über die pommersche Hauptstadt. Bei der anschließenden Stadtführung in Stettin sehen Sie u.a. das Schloss der pommerschen Herzöge aus dem 14. Jahrhundert sowie die Hakenterrasse mit dem Nationalmuseum. Anschließend Weiterreise entlang der pommerschen Ostseeküste bis in den Raum Köslin zur ersten Zwischenübernachtung.

2. Tag: Danzig

Nach dem Frühstück Weiterreise nach Osten. Am späten Vormittag erreichen Sie Danzig, wo Sie Ihr Stadtführer zu einem Rundgang durch die sehr schön restaurierte Altstadt erwartet. Sehenswert sind der Lange Markt mit dem Artushof und dem Rathaus, das Krantor und die Frauengasse. Die beeindruckende Marienkirche gehört zu den größten gotischen Backsteinkirchen Europas. Am Nachmittag bleibt etwas Zeit zur freien Verfügung für eigene Erkundungen in Danzig. Abendessen und Übernachtung in Danzig.

3. Tag: Marienburg und Oberländischer Kanal

An der Nogat, einem Nebenarm der Weichsel, erreichen Sie Marienburg zu einer Führung durch die gleichnamige Burganlage, die zu den größten Backsteinburgen der Welt zählt. Die Marienburg war im Mittelalter der Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens und damit das Zentrum des mächtigen Ordensstaates. Im Ermland erleben Sie anschließend einen ganz besonderen Höhepunkt: eine Fahrt auf dem Oberländischen Kanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe auf der erst kürzlich restaurierten Strecke zwischen Buchwalde und Hirschfelde den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Anders“ in Alt Jablonken (Stare Jablonki).

4. Tag: Allenstein und Schiffsfahrt in Masuren

Erster Besichtigungsstopp ist heute Allenstein, die Hauptstadt des Ermlandes, die Sie bei einer Führung erkunden. Sie sehen u.a. die Burg des ermländischen Domkapitels. Hier residierte auch Nikolaus Kopernikus als Verwalter des Kapitels. Sehenswert sind weiterhin das Hohe Tor und die St.-Jakobus-Kirche. Anschließend geht es weiter nach Masuren, in das „Land der großen Seen“. Bei Eckertsdorf besuchen Sie das Philliponenkloster, das von den „Altgläubigen“, einer Religionsgemeinschaft, die nach ihrer Vertreibung aus Russland in Ostpreußen Aufnahme fand, gegründet wurde. In der Johannisburger Heide erreichen Sie Niedersee (Ruciane Nida) mit seinem besonders malerischen Naturhafen. Von hier startet Ihre Schiffsfahrt über die masurischen Seen, die untereinander durch Kanäle verbunden sind, und Sie erreichen Nikolaiken, heute einer der schönsten Ferienorte Masurens, den Sie mit Ihrem Reiseleiter vom Schiffsanleger aus zu Fuß erkunden. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

5. Tag: Masurenrundfahrt

Heute geht es auf eine Rundfahrt durch Masuren. Sie beginnen den Tag mit dem Besuch von Lötzen, der „Sommerhauptstadt“ Masurens, die besonders malerisch zwischen dem Dargainen-See und dem Löwentin-See gelegen ist. Bei Steinort passieren Sie auf der Engstelle zwischen dem Dargainen- und dem Mauersee eine der schönsten Stellen in Masuren und sehen das frühere Gut der Familie von Lehndorff, dass sich allerdings zurzeit in einem sehr schlechten baulichen Zustand befindet. Nach einem kurzen Stopp in Rastenburg erreichen Sie Heiligelinde zu einer Besichtigung der imposanten Barockkirche. Sie erleben ein Anspiel der Orgel, die neben der guten Akustik wegen der vielen beweglichen Figuren nicht nur hörens-, sondern auch sehenswert ist. Abendessen und Übernachtung in Nikolaiken.

6. Tag: Rominter Heide und Trakehnen

Sie verlassen Masuren nach Norden und passieren bei Goldap die polnisch-russische Grenze und erleben die Rominter Heide – eine einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit romantischen Seen, kleinen Bächen und Biberbauten – Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Anschließend besuchen Sie den Wystiter See im heutigen Dreiländereck mit Litauen und Polen und kommen nach Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Am Abend erreichen Sie Gumbinnen, einst das östlichste Verwaltungszentrum Deutschlands. Abendessen und Übernachtung in Gumbinnen.

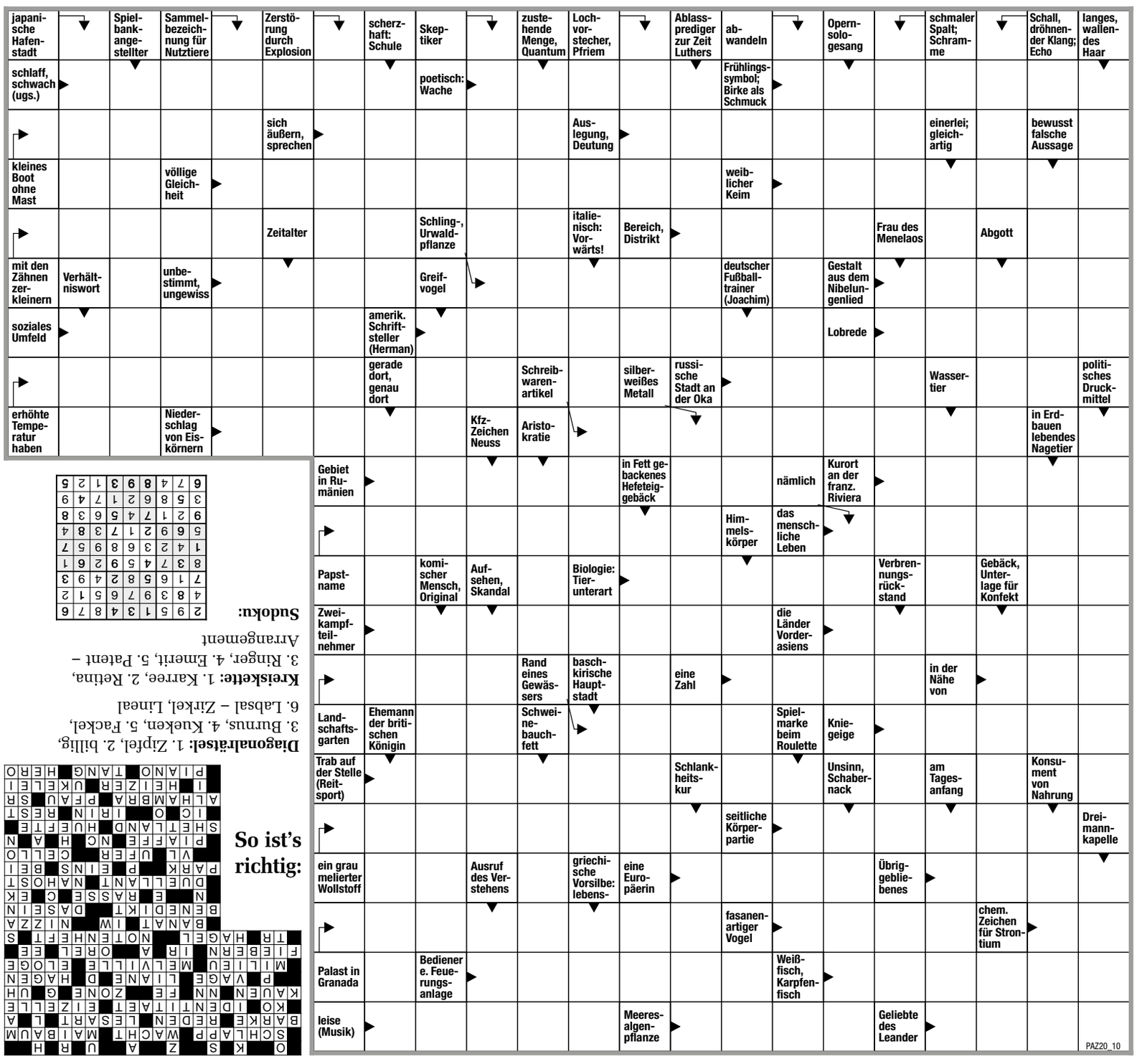
7. Tag: Gumbinnen, Ragnit und Tilsit

Bei der Stadtführung in Gumbinnen sehen Sie natürlich den Gumbinner Elch, die Salzburger Kirche und das frühere Friedrichsgymnasium – eine der erfolgreichsten höheren Schulen des Vorkriegsdeutschland. Ostpreußen war bekannt für seinen Tilsiter Käse, und auch heute wird hier wieder Käse produziert. In Ragnit können Sie sich bei einer Verkostung im „Deutschen Haus“ davon überzeugen. Am Nachmittag erreichen Sie Tilsit, die „Stadt ohne gleichen“, die Sie gleich bei einer ausführlichen Stadtrundfahrt kennenlernen. Sie beginnt mit einem Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. An den überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfassaden kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

8. Tag: Königsberg

Von Osten erreichen Sie heute Königsberg, das heutige Kaliningrad. Bei der Stadtrundfahrt besuchen Sie die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof und die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das re-

Rätsel

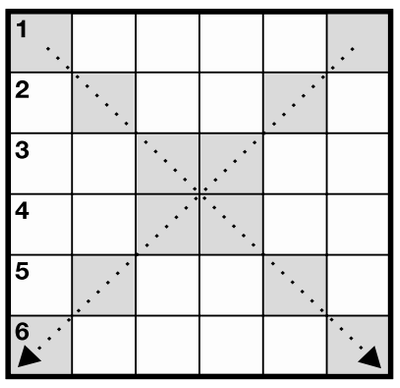


Sudoku

2			1	3	4			6
	8						1	
7			5		2			3
	3		4		9		6	
1								7
	6		2		7		8	
9			7		5			8
	5						4	
6			8	9	3			5

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



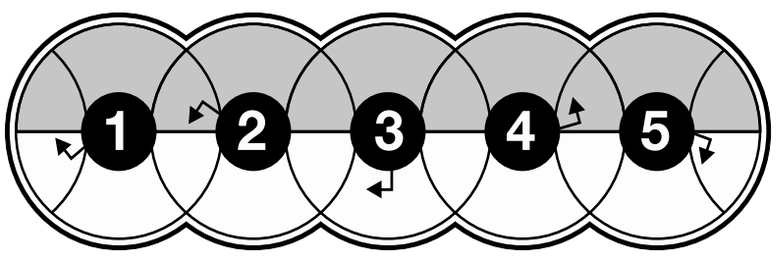
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Zeichengeräte.

1 Endstück
2 nicht teuer
3 Beduinenmantel
4 Junges der Henne
5 Pechleuchte
6 Erquickung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Übereinkommen, eine Vereinbarung.

1 Viereck, **2** Netzhaut des Auges, **3** Schwerathlet, **4** katholischer Geistlicher im Ruhestand, **5** Erfindungsschutzurkunde



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Zipfel, 2. billig, 3. Burnus, 4. Kueken, 5. Fackel, 6. Labsal – Zirkel, Lineal

Kreiskette: 1. Karree, 2. Retina, 3. Ringer, 4. Emerit, 5. Patent – Arrangement

Sudoku:

2	9	5	1	3	4	8	7	6
4	8	3	9	7	6	5	1	2
7	1	6	5	8	2	4	9	3
8	3	7	4	5	9	2	6	1
1	4	2	3	6	8	9	5	7
5	6	9	2	1	7	3	8	4
9	2	1	7	4	5	6	3	8
3	5	8	6	2	1	7	4	9
6	7	4	8	9	3	1	2	5

Heimatkreisgemeinschaften

staurierte Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben Sie eine sehr lebendige russische Großstadt voller Kontraste. Im „Fischdorf“ am Pregel werden Sie zum gemeinsamen Mittagessen erwartet. Danach erleben Sie bei einer Bootsfahrt auf dem Pregel den Königsberger Hafen, die Kneiphofinsel und die frühere Börse vom Wasser aus. Ein Höhepunkt ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Orgelkonzert. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

9. Tag: Samlandrundfahrt
Bei der heutigen Rundfahrt durch das Samland geht es zunächst vorbei an Fischhausen nach Pillau an der Ostsee. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte, ein Ort der Besinnung und des Gedenkens an alle Opfer der vergangenen Kriege. Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie Palmnicken – hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. An der ostpreußischen Steilküste besuchen Sie das Seebad Rauschen, auch heute wieder ein schöner Ferienort mit einer belebten Promenade, vielen Hotels und Gästehäusern, urigen Kneipen und gemütlichen Straßencafés. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

10. Tag: Kurische Nehrung
Vorbei an Cranz geht es auf die Kurische Nehrung. Die ca. 100 Kilometer lange Landzunge trennt die Ostsee vom Kurischen Haff, und ihre einzigartige Naturlandschaft ist durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Bei Rossitten besuchen Sie die Feldstation „Fringilla“ der 1901 gegründeten ersten Vogelwarte der Welt. Anschließend passieren Sie in der Mitte der Nehrung die Grenze nach Litauen und erreichen Nidden. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

11. Tag: Nidden, Schwarzort und Memel
Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens und die Perle der Kurischen Nehrung. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ. Danach erreichen Sie den benachbarten Ferienort Schwarzort und besuchen eine der größten Kormorankolonien des Baltikums. Anschließend unternehmen Sie einen Spaziergang über den Hexen-berg. Die dort ausgestellten großen Holzskulpturen stellen Figuren aus der litauischen Sagenwelt dar. Mit der Fähre geht es dann nach Memel (Klaipeda). Hier unternehmen Sie einen Rundgang durch die hübsch renovierte Altstadt. Am Theaterplatz ist der Simon-Dach-Brunnen mit der Figur Ännchens von Tharau eines der beliebtesten Fotomotive der Stadt. Anschließend Einschiffung auf das Fährschiff der Reederei DFDS Seaways nach Kiel. Abendessen und Übernachtung an Bord.

12. Tag: Heimreise
Heute genießen Sie den Tag auf See, bevor Ihr Schiff am Nachmittag gegen 17.00 Uhr Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus mit Ausstiegen in Kiel, Elmshorn, Hamburg und Hannover.

Genaue Reisebeschreibung, Information und Anmeldung bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Tel. (04121) 85501.

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothaenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de
Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Die Adresse der Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. (s. oben) gilt nur noch bis Ende März 2020.

Die im Lötzener Heimatbrief Nr. 126/November 2019 angekündigte Ausstellungseröffnung für den 21. März 2020 findet nicht statt. Ebenso sind die bereits beworbenen Veranstaltungen aus gesundheitlichen und organisatorischen Gründen abgesagt.

Das Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung) öffnet am Sonnabend, den 21. März, von 10 bis 16 Uhr. Ute Eichler, noch Betreuerin von Kreisarchiv und Heimatsammlung, bittet um Verständnis.

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.
Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Ein 91-jähriger geht in den „Ruhestand“

Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. kann sich glücklich schätzen, dass sie in ihren Reihen erfahrene, sogar noch in der deutschen Stadt Tilsit geborene, aktive Mitglieder und Funktionsträger hat.

Hans Dzieran hatte schon im Dezember 2019, den Stadtvertretern der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. angekündigt, dass er sein Vorstands- und Stadtvertretermandat mit Beginn der nächsten Legislaturperiode im Mai 2020 niederlegen wird. Mit allerhöchstem Respekt vor der Person, dem Amtsträger, dem Diplomaten, dem Schriftsteller und Organisator nehmen die Stadtvertreter diese, seine ihm eigene Lebensplanung zur Kenntnis.

Verdienter Ruhestand Nach Jahrzehnten im Dienste der Stadtgemeinschaft Tilsit zieht sich Hans Dzieran (links) aus der aktiven landsmannschaftlichen Arbeit zurück *Foto: Franz Stenzel*

Alle Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. haben die Satzungsziele mit den ihnen eigenen Fähigkeiten sowie in den jeweils ganz unterschiedlichen politischen und vereinssituativen Bedingungen ausgestaltet und mit Leben erfüllt, gerade auch Hans Dzieran. Hans Dzieran war aber nicht nur ein agiler Vorsitzender, sondern hat in außergewöhnlicher Weise gewirkt und sich ganz nachhaltig mit weiteren Tätigkeiten – man möchte sagen – unsterblich gemacht.

So zeugte das heutige Tilsit/Sowjetsk von Hans Dzierans Wirken: der Gedenkstein für Herzog Albrecht mit der Erinnerung an die Stadtgründung vor fast 570 Jahren, die Umbenennung des Platzes in „Herzog-Albrecht-Platz“, der Wiederaufbau des Gerichtsbrunnens, die Wiedererrichtung des wunderschönen Königin-Luise-Denkmals und nicht zuletzt die Erinnerungstafel an die Tilsiter Bürger auf dem alten Brack'schen Friedhof (*PAZ* 2019-35.-S.16).

Seine Publikationen über die Heimatstadt „Auch sie gehörten zu Tilsit – über die Tilsiter Juden“, „Tilsit – zwischen Lenin und Luise“, „Als Tilsit verloren ging“ und „Die Tilsiter Dragoner“ sind kaum zu überschätzende Beiträge für diese „Unsterblichkeit“ (siehe Laudatio des Vorstandsmitglieds Manfred Gesien anlässlich der Staffelstabübergabe an Hans Dzierans Nachfolger, *PAZ* 2018-24.-S.16).

Wer in solchem Alter wie Hans Dzieran noch über die geistigen Kräfte verfügt, selbstbestimmt zu handeln, hat die preußischen Tugenden in seinen Genen. Hans Dzieran geht, fast 91-jährig, in den „Ruhestand“ eines geistig vitalen Tilsiters. Wir Jüngeren schätzen seinen Rat, der erfahrungsgemäß immer profund ist (der Autor dieser Zeilen kann dies selbst bezeugen); freilich einen Rat, den wir uns auch künftig gerne einholen werden.

Wir Stadtvertreter wünschen Hans Dzieran weiterhin Freude am Wirken der Stadtgemeinschaft Tilsit, deren Wachsen und an seiner Heimatstadt, dem heutigen Sowjetsk.

Prof. Günter H. Hertel, Korrespondent der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. im Auftrag dessen Vorstands

Zwei Jubiläumsgeburtstage von Vorstandsmitgliedern

Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. konnte bereits mit der *PAZ*-Ausgabe 24 (2019) ihrem Vorstandsmitglied Franz Stenzel zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande gratulieren. Nun freuen wir uns über seinen Jubiläumsgeburtstag und gratulieren ihm mit guten Wünschen nach gesundheitlicher Stabilität. Er wünscht sich selbst keine persönlichen Geschenke, sondern bittet um Spenden für eine soziale Einrichtung in Tilsit/Sowjetsk, wie es seine uneigennützige Art ist. Wegen der Schwierigkeiten einer finanziellen Zuwendung bittet die Stadtgemeinschaft um Spendenüberweisung an ihren Schatzmeister Manfred Gesien mit entsprechender Zweckbestimmung.

Franz Stenzels seit 1992 währende Patenschaften für ganze Schulklassen in der Sonderschule Nr. 1 für Behinderte in Tilsit/Sowjetsk (ehemalige Neustädtische Volksschule) sind unvergessen. In dieser Schule durfte der heutige 1. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., Erwin Feige, lernen. Er ist der Sprecher der Schulgemeinschaft. Er darf nunmehr seinen 85. Geburtstag begehen, wozu wir ihm nicht nur gratulieren, sondern ebenfalls eine stabile Gesundheit wünschen und vor allem danken für seine Mühe und bereits sichtbare Erfolge der Verjüngung und Erneuerung der Stadtvertretung und ihres Vorstands (siehe jüngste Verlautbarung in *PAZ* 35 (2020).

Erwin Feige ist ein echter Tilsiter, der seine Heimat mit Mutter und drei Geschwistern im Oktober 1944 infolge der angeordneten Evakuierung verlassen musste und erst nach Auflösung der Sowjetunion wiedersehen konnte. Seiner Mutters Strapazen auf dem Weg nach Sachsen kann man sich kaum vorstellen, zumal sein Vater in der nunmehr zur Frontstadt erklärten Heimat Tilsit verbleiben musste, von der er zusammen mit vielen Kameraden sieben Tage vor dem Memelübergang der Roten Armee in die Festung Königsberg unter General Lasch kommandiert wurde. Auch da hatte Vater Feige Glück im Unglück. Er überlebte nicht nur den Festungskampf, sondern auch das nachfolgende sowjetische Gefangenlager dank seiner Fähigkeit im Schneiderhandwerk und – so betont es Sohn Erwin – dank einer russischen Ärztin, die ihn mit Medikamenten gegen Typhus versorgte. Der Vater fand seine Familie 1949 in Sachsen wieder, genau an seinem 40. Geburtstag am 31. März.

Der 85-jährige Sohn Erwin hat nicht nur die Dankbarkeit seines Vaters ererbt, sondern ganz bald nach Öffnung der Grenze in das Kaliningrader Gebiet sowohl seine alte Heimat wie auch die dortigen Einwohner nebst Stadtverwaltung mehrfach schon herzlichst begrüßt.

Wir wünschen beiden Jubilaren, Franz Stenzel und Erwin Feige, im Sinne ihrer Erfahrung einen stabilen Frieden zwischen unseren Völkern, die sich heute an der Memel wieder friedlich und freundschaftlich, wenn auch leider nicht ohne Sorge treffen.

Günter H. Hertel

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachimscheer@t-online.de

Einladung zum Nachbarschaftstreffen in Lüneburg

Am Sonnabend, dem 16. Mai 2020, findet in Lüneburg das gemeinsame Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit statt. Ort der Veranstaltung ist das Krone Bier- und Event-Haus, Heiligengeist-Straße 39–41, in Lüneburg. Einlass ist ab 9.30 Uhr, Beginn um 10 Uhr.

Im Programm ist unter anderem eine gruppenweise Besichtigung des neu gestalteten Ostpreußenmuseums vorgesehen.

Der Festredner ist Hubert Hilgendorff, Kreisvertreter von Rastenburg. Das Mittagessen kann im Hause à la carte eingenommen werden.

Gemeinsame Reise Tilsit-Ragnit und Tilsit-Stadt

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und die Stadtgemeinschaft Tilsit bieten 2020 wieder eine zehntägige Reise nach Ostpreußen an, die über die Ostsee und Memel/Klaipeda nach Tilsit in das Königsberger Gebiet, auf die Kurische Nehrung und nach Danzig führt. Reiseleiter ist Heiner J. Coenen, Schriftleiter von „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief“. Er macht die Fahrt zum zehnten Mal.

Die Fahrt beginnt am 16. Juli 2020 in Mönchengladbach-Rheydt und führt über Dortmund, Osnabrück, Hamburg nach Kiel, und von dort aus über die Ostsee nach Memel/Klaipeda. Nach einer Führung durch die Stadt mit der Ännchen-von-Tharau-Statue geht die Reise weiter über Heydekrug und die Königin-Luise-Brücke nach Tilsit.

Dort sind der Besuch von Heimatorten oder eine Rundreise zum Gestüt Georgenburg, Insterburg und Gumbinnen vorgesehen. Wieder über Memel führt die Reise nach Nidden auf die Kurische Nehrung, wo u.a. das Thomas-Mann-Haus besichtigt wird. Nach einem Tag zur freien Verfügung geht die Fahrt zur weltberühmten Vogelwarte Rossitten. Das nächste Ziel Königsberg erschließt sich bei einer Stadtrundfahrt und der Besichtigung des Doms mit dem Kant-Museum und -Grab.

Über Frauenburg am Frischen Haff führt die Fahrt dann nach Danzig. Eine Führung und Übernachtung dort bringt den Reisenden diese weltberühmte Stadt näher. Nach einer Besichtigung und dem Hörgenuss durch die berühmte Orgel in der Klosterkathedrale Oliva geht die Fahrt nach Stettin und am nächsten Tag über Berlin am 25. Juli 2020 wieder zurück nach Mönchengladbach-Rheydt.

Weitere Auskünfte bei Manthey Touristikholding GmbH, Rübezahlstraße 7, 58455 Witten, Tel. 02302 24044; Fax. 25050, E-Mail: man-they@greifreisen.de oder per E-Mail bei Heiner J. Coenen: info@schreibkontor-heinerjcoenen.de.

Zwei Jubilare im Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande Franz Stenzel (r.) zum 70. Geburtstag am 19. März 2020 und Erwin Feige, 1. Vorsitzender der Stadtgemeinschaft zum 85. Geburtstag am 17. März 2020 *Foto: Franz Stenzel*

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

TRAKEHNER ZUCHT

Als die Rassepferde in den Westen aufbrachen

Augenzeugen berichten von ihren Treck-Erlebnissen vor 75 Jahren und dem schwierigen Neubeginn in der Fremde

VON ERHART SCHULTE

Trakehner Pferde – sie sind Vertreter der ältesten Reitpferderasse Deutschlands: Ihre Geschichte beginnt 1732 mit der Gründung des Hauptgestüts Trakehnens im damaligen Kreis Stallupönen durch König Friedrich Wilhelm I. Ein Gestüt, das in Größe und Bedeutung über Jahrhunderte seinesgleichen suchte, aber auch die vielen ländlichen Güter und Höfe prägten mit ihren qualitätsvollen Pferden das Bild der Trakehner Zucht. In der Blütezeit veranschlagt man die Trakehner Population auf auch heutzutage schwer vorstellbare 25000 Stuten und 1200 Hengste. In diesen Monaten jährt sich nun zum 75. Mal ein Ereignis, das als das einschneidendste in die jahrhundertelange, bewegte Geschichte der Trakehner Zucht eingehen sollte: Die Räumung des heimatlichen Zuchtgebietes Ostpreußen, die sich anschließenden, teils monatelangen Trecks und die Ankunft zu Tode erschöpfter Menschen und Pferde im Westen in den letzten Kriegsmonaten 1945.

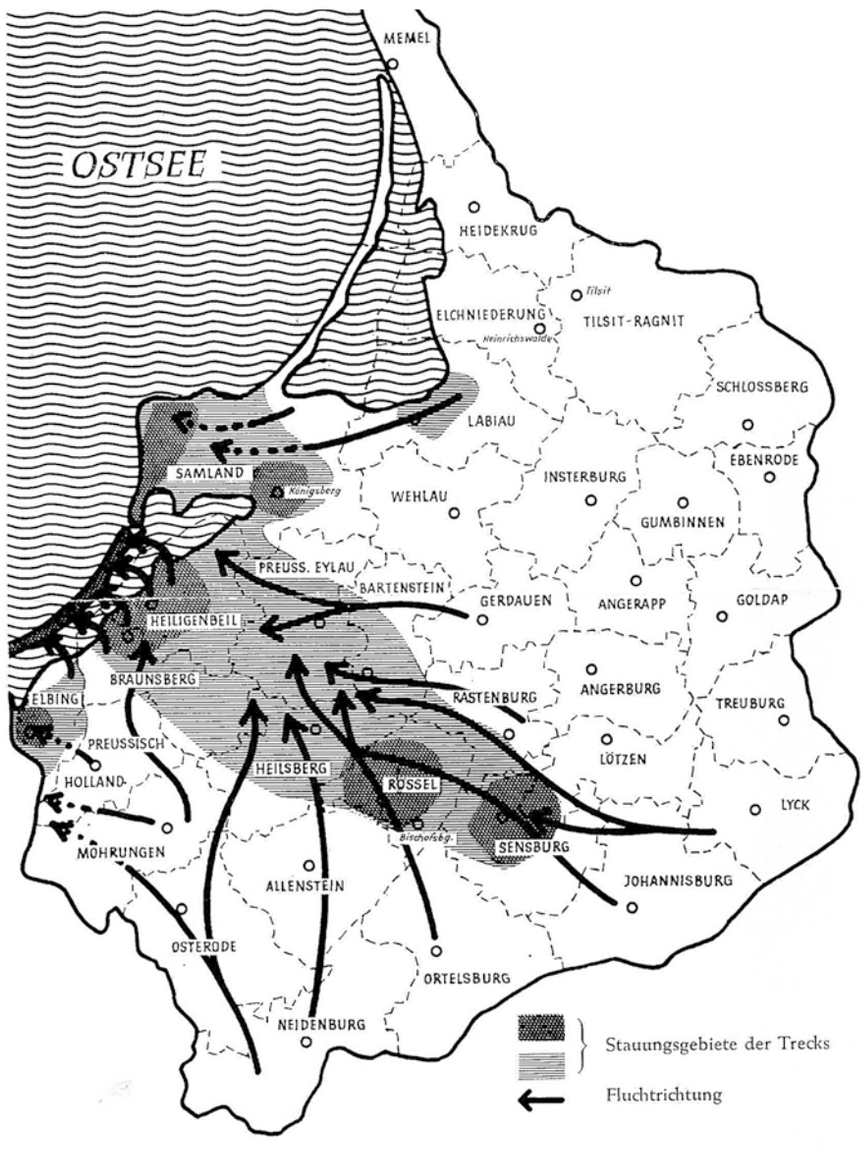
Flucht in eisigem Winter: Kilometerweit zogen die Trecks aus den verschiedenen Gegenden Ostpreußens in der Hoffnung auf Rettung in Richtung Meer *Foto: Trakehner Verband*

Ein rettender Westen war es beileibe nicht immer, der die Heimatlosen aufnahm. Sie waren längst nicht überall willkommen. Feindseligkeit, Misstrauen und Intoleranz blieben in den folgenden Jahren häufig ihre Wegbegleiter. Die gesellschaftliche Situation in den jeweiligen Besatzungszonen der Siegermächte war durch zerstörte Städte und Dörfer, Nahrungsmangel und überfüllte Aufnahmelager bedrückend gekennzeichnet. Auf den Höfen mussten die Bauern und Bewohner zusammenrücken, um den Neuankömmlingen ersten Wohnraum zu schaffen. Der Norden Deutschlands war überflutet von Pferden – Flüchtlingspferden und von der Armee zurückgelassenen Kavalleriepferden. Örtliche Aushebungen, großen Pferdemärkten ähnlich, wurden seitens der zuständigen Stellen angeordnet, wo hinsichtlich der weiteren Eignung der dort zusammengezogenen Pferde für landwirtschaftliche Arbeiten oder Gespanndienste entschieden wurde. Wie viele der Treckpferde, unersetzliche Mutterstuten darunter, daraufhin ihren letzten Weg zum Schlachter antreten mussten, darüber schweigt die Geschichte. Bewegende Berichte und Dokumente von Zeitzeugen sollen hier die Wirren dieser Zeit ins Licht setzen, aber auch die Erinnerungen an schwere Aufbaujahre wachhalten.

Jahre in Holzschlorren

Erich und Dora Krebs führten in Langenbrück, Kreis Angerapp, ein 500 Morgen großes Gut mit einer qualitätvollen ostpreußischen Warmblutzucht Trakehner Abstammung. Da sich der Ehemann in englischer Kriegsgefangenschaft befand, führte die Frau den monatelangen Treck in eigener Regie bis nach Holstein, die Wagen waren mit den Mutterstuten eigener Zucht bespannt: „Von Schwerin bis Hohenholz, Kreis Stormarn, hatten wir auch mehrmals Fliegerangriffe zu überstehen. Einmal suchten wir im Feld Schutz. Donna, unsere Bernhardinerhündin, lief zuerst mit uns, als sie aber sah, dass der Wagen mit den Pferden zurückblieb, lief sie zurück und legte sich dort als Wache nieder. Ein zweites Mal überraschten uns Flieger in einem Dorf, wir sprangen vom Wagen und liefen zum nächsten Haus, in dessen Tür eine Frau stand. Als wir sie erreichten, standen wir vor einer verschlossenen Tür. Am nächsten Morgen waren die Engländer im Dorf, und ich wurde vier Wochen dort festgehalten. Dann fuhr ich nach Roge, bei Neustadt, wo unsere Leute mit den anderen Pferden und dem Gepäck waren. Von diesem war nicht mehr viel übriggeblieben, die Leute hatten alles durchgekramt und das, was sie gebrauchen konnten, fortgenommen.

So auch meine Schuhe. Ich stand in Reitstiefeln da. So musste ich bis zur Währungsreform auf Holzschlorren laufen, ebenso meine Kinder. Dorothea hat als vier Jahre altes Kind ihre ersten Schuhe bekommen. Die acht verbliebenen Stuten gab ich in fremde Hände. Die Bauern wollten sie bei spärlichem Futter als Autoersatz benutzen. Alwine, die wunderbare Goldfuchsstute mit herrlichem Körperbau, die auf der Flucht bei geringstem Futter und größten Anstrengungen immer noch gut aussah, ist bei einem Bauern, ein halbes Jahr vor unserer Ansetzung als Siedler, verhungert. Ich besuchte sie in ihren letzten Tagen, und sie begrüßte mich mit leisem, zärtlichem Gewieher. Wenn wir es nur gekonnt hätten, ich glaube, wir hätten sie doch noch hochgepäppelt.“



Erzwungener Aufbruch: Die Karte stellt die Fluchtwege der Trakehner aus ihren jeweiligen Heimatkreisen Richtung Ostsee dar *Foto: Trakehner Verband*

Hilfe eines britischen Horseman

Das Gestüt Weedern der Familie von Zitzewitz zählte mit 70 bis 80 Mutterstuten nicht nur zu den größten Privatgestüten Ostpreußens und Deutschlands, sondern galt auch hinsichtlich seiner Ausgeglichenheit auf hohem Qualitätsniveau zu den besten. Im Winter 1944/45 ging Anna von Zitzewitz auf den Treck – erstes Ziel war Muttrin im Kreis Stolp, ein Familiensitz ihres verstorbenen Ehemanns Eberhard von Zitzewitz: „Doch die russische Heeresmacht rückte heran. Weder Beamte noch Arbeiter wollten erneut trecken und bei Wind und Schnee auf der Landstraße liegen. So ließ ich alles in Pommern und zog nur mit den Meinen und einer Familie mit zwei Treckwagen und einem Kutschwagen über Vorpommern nach Mecklenburg. Vom Kreis Rummelsburg an ritt meine kleine Tochter einen Dreijährigen und hatte drei Stuten an der Hand, wovon eine ihr beim Einmarsch der Amerikaner an der Hand erschossen wurde. Der Weg durch Mecklenburg war hart. Nachts kampierten wir in Wäldern, die kleinen Fohlen waren morgens weiß bereift, am Tage machten wir Bekanntschaft mit Tieffliegern. Sehr bald internierten uns die Amerikaner auf einem kleinen Bauernhof nahe der Elbe. Das Gut, das uns die mecklenburgische Stutbuchgesellschaft zugewiesen hatte, nahm uns nicht auf. Die traurigen Wochen erhielten nur durch die Einladung eines englischen Pferdemannes, nach Redefin zu kommen, einen Lichtblick. Hier kamen wir zur Ruhe: Kein Hunger, keine Läuse, genügend Futter und Stroh, ein sauberer Stall und hippologisches Interesse. Als auch hier die Besetzung durch russische Truppen drohte, half mir dieser prachtvolle, englische Horseman, meine verborgten und gestohlenen Stuten einzusammeln, verschaffte mir Lastwagen, Futter, Begleitpersonal und eine Unterkunft in Schwarzenbek. Zwölf Stunden vor Sperrung der Grenze waren wir in Holstein, konnten dort 14 Tage ausruhen, ohne eine definitive Bleibe finden zu können.“

Der bis dahin gerettete wertvolle Rest der Weederner Zucht wurde von einem neuen, vernichtenden Schlag getroffen. Im Herbst 1945 waren die Pferde auf einer Weide an der Weser untergebracht. Futtermangel, Räude und Überschwemmungen führten zum Verlust fast sämtlicher dorthin gegebener Stuten. Anna von Zitzewitz war durch eine schwere Erkrankung verhindert, sich ihrer Pferde anzunehmen, und erhielt auch keine Nachricht über die Katastrophe. Eine einzige Stute überlebte. 1946 bezog die Familie eine 150 Morgen große Siedlung in Oberhode, Kreis Fallingbostel, um Ende der 50er Jahre nach Katarinental in Ostholstein umzusiedeln.

Bittere Zeitenwende

Im Westen angekommen, begann für alle Flüchtlinge der Kampf um eine neue Existenz. Einige fanden Arbeit, die sowohl sie als auch ihre Pferde ernähren konnte. Rosemarie von Maercker war mit dem Treck ihrer Familie nach Holstein gelangt: „Die meisten Trecks fuhren, von den Treckleitstellen gelenkt, ohne festes Ziel nach Westen, bis sie schließlich irgendwo zum Bleiben eingewiesen wurden. Unser Treck hatte ein Endziel, den Gutshof von Freunden meines Lehrherrn in der Holsteinischen Schweiz. Als wir ankamen, blühten die Himmelsschlüssel, um uns her eine herrliche Landschaft. Ich hatte kein Auge dafür, mir war jämmerlich zumute. Dieser Tag war gleichzeitig der Abschluss eines Zeitabschnitts und der Beginn eines neuen. Das Fahren hatte uns das Bewusstsein eines Restes persönlicher Freiheit gegeben und entsprach dem Wunsch eines Landmenschen, auf Eigentum zu sitzen, und wenn es nur der Wagen mit dem Pferd davor war.

Die Zukunft sah grau aus. Arbeitssuche in einem mit Menschen und Pferden überfüllten Land. Heimweh und Sorgen.

Nach dem Treck: Stuten, die den qualvollen Fluchtweg überstanden haben, wurden in der Landwirtschaft eingesetzt *Foto: Trakehner Verband*

Erst einmal musste ich meine und unserer Pferde Daseinsberechtigung nachweisen. Wir fuhren, was es zu fahren gab, Bretter für die ersten Möbel der Flüchtlingsfamilien, Gemüse, Kartoffeln. Mein Vater hatte die anderen Pferde des Trecks zur Arbeit ausgeliehen. Viele von ihnen waren vorher noch von der Wehrmacht eingezogen worden, darunter wertvolle Zuchtstuten. Viele der Leihpferde hatten ein schweres Schicksal. Diejenigen, die wie die eigenen gehalten wurden, erholten sich schnell und überwanden rasch die Anstrengungen des Trecks. Andere, die in der Arbeit ausgenutzt wurden, erlangten nie wieder ihre alten Kräfte zurück.“

GEDENKEN

Vor 75 Jahren im Raum Stettin

Originalaufzeichnungen des Arztes Dr. Hermann Manzke

Für die jüngeren Generationen ist der 2. Weltkrieg schon Geschichte geworden. Deshalb sollte es nicht überflüssig sein, noch einmal vor Augen zu rücken, was sich in den letzten drei Monaten des 2. Weltkrieges ereignete. Zeitzeugen aus dieser Zeit gibt es bald nicht mehr.
Im Nachlass meines Vaters; Dr. Hermann Manzke, befand sich ein Tagebuchfragment, das detailliert Auskunft über diese Zeit erteilt, und zwar in der Zeit vom 10. März – 28. April 1945.

Warten auf eine ungewisse Zukunft – überall in den Vertreibungsgebieten östlich der Oder das gleiche Bild: Chaos – Not – Hunger. (Foto: Privat)

Die Kompanie des Hökendorfer Volkssturmes ist am 10.03.1945 nach Finkenwalde abgezogen worden. Es gibt kein Licht mehr in Finkenwalde. Hökendorf liegt aus der Gegend von Altdamm und Rosengarten unter Beschuss. Überall sieht man totes Vieh am Boden. Die Tiere werden der Bevölkerung noch später fehlen. Im Dohrnschen Park in Hökendorf brüllen die Kühe. Soldaten treiben sie vor sich her und schlachten einige. Es wird nur das gute Fleisch aus den Keulen geschnitten. Alles andere bleibt liegen, denn keiner hat Zeit, es zu bearbeiten. Nur etwa 30 % der Kühe werden abgetrieben. Am 11. 03. werden das Gut Dohrn und die große Fleischerei Stark in Brand geschossen.

In den Zeitungen wird viel vom Volkssturm berichtet. Doch die Praxis sieht anders aus. Der kleine Mann und immer wieder der kleine Mann soll seinen Kopf hinhalten. Die Volkssturmführer von Hökendorf und Finkenwalde arbeiten nicht zusammen. Jeder von ihnen möchte den Oberbefehl haben. Am 11.03. habe ich mein Revier in der Praxis von Dr. Kolbe in der Lindenstraße in Finkenwalde eingerichtet. Ich wohne mit Lehrer Fechner zusammen. Zu essen haben wir genug. Nach zahlreichen Angriffen russischer Bomber sind die Brände am Abend besonders deutlich über Altdamm, Rosengarten und Hökendorf zu erkennen. Nach den Revierstunden in der Praxis fahre ich am 12. und 13.03. mit dem Rad nach Hökendorf. Der Beschuss auf den Ort wird immer stärker. Das Haus von Dr. Böhlke hat einen Volltreffer erhalten.

Am 15.03. erhält unser Haus in der Lindenstraße einen Volltreffer. Zum Glück werden Lehrer Fechner und ich nicht verletzt. Unsere Sachen liegen unter Schutt begraben. Die Fahrräder sind zerfetzt. Die Gegend um das Finkenwalder Denkmal ist ein Trümmerfeld. Das Postgebäude, Café Radler und die Häuser daneben sind zerstört oder schwer mitgenommen.

Am 16.03. setzt starker Granatwerferbeschuss ein. Mit Stalinorgeln werden Brandgranaten geschossen. Ich treffe mich mit Gartenbaudirektor Holder-Egger. Am Abend fahre ich mit dem Volkssturmmann Behrenbruch mit dem Auto nach Stettin, um Verbandsmaterial und Arztbestecke in der Kreisleitung sicherzustellen. Wir übernachten im Auto neben der Jakobikirche.

Am 18.03. liegt auf Stettin und besonders auf dem Brückenkopf Finkenwalde/Altdamm schweres Artilleriefeuer. Als nächstes Quartier ist dem Volkssturm aus Hökendorf und Finkenwalde die Pölitzer Straße 8 bei Schütt und Ahrens in den Kellern der zerstörten Fabrik angegeben worden. Beim Abzug aus Finkenwalde hatte der Volkssturm aus Finkenwalde keinen einheitlichen Befehl erhalten.

Am 20.03. richte ich das Revier auf der anderen Straßenseite in dem Keller Pölitzer Straße 103 ein, weil es in den Trümmern des Fabrikgebäudes zu eng ist. In diesem Haus wohnte Frau Dr. Karla Zugelow. Die Kellerräume sind schön und geräumig, besitzen sogar Durchbrüche zu den nächsten Häusern. Gegen Abend lässt der Beschuss nach. Ich gehe durch die „tote“ Stadt und hoffe, einen Bekannten zu treffen. Am Abend geht um 21.30 Uhr das elektrische Licht aus.

Am 21.03. zieht Herr Holder-Egger zu mir ins Revier. Das Licht ist nicht wiedergekommen. Wir erhalten am 23.03. Besuch vom Hökendorfer Ortsgruppenleiter Lange. Er versorgt uns mit Lebensmitteln. Am 23.03. wird der Volkssturm Finkenwalde/Hökendorf aufgelöst. Nur die jüngeren und fähigen Männer sollen in die Wehrmacht eingegliedert werden. Wir werden vom Regiment Klos, das zurzeit in Warsow liegt, übernommen. Schon am Nachmittag müssen wir uns dort melden. Der Leiter des Finkenwalder Volkssturmes hält noch eine Abschiedsrede, und betont, dass wir diesen Hof in der Pölitzer Straße nicht vergessen sollten. Mit Behrenbruch und meinem Verbandsmaterial fahre ich im Auto nach Warsow.

Am 24.03. bin ich damit beschäftigt, ein Quartier für meinen Regimentsverbandsplatz zu finden. Die Warsower sind nicht sehr entgegenkommend. Wegen der Einkleidung begebe ich mich mit meinem Sanitäter Holländer zu den Kasernen am Glambecksee. Die Uniform kann ich aber erst tragen, wenn ich vom Wehrkommando meine Bestätigung und meine Neuaufnahme als Leutnant erhalten habe.

Am 25.03. ist Palmsonntag. Wann werde ich wohl meine Frau und meine Kinder wiedersehen? (Fortsetzung folgt)

Brigitte Klesczewski

ZUM 90. TODESTAG AM 11. MÄRZ

Literaturhistoriker Alfred Biese

Seine „Deutsche Literaturgeschichte“ in 3 Bänden erreichte eine Auflage von über 100.000

Ludewig Alfred Karl Julius Adolf Biese stammte von der Insel Rügen, machte als Pädagoge und Literaturhistoriker Karriere und hatte seine Hauptwirkungsstätten in Schleswig-Holstein und im Rhein-Main-Gebiet. Er erreichte als geistiger Repräsentant des deutschen Bildungsbürgertums mit einigen Schriften über seinen Tod vor 90 Jahren hinaus eine beträchtliche Nachwirkung. Die diesbezügliche Palette reichte von Werken über Theodor Storm sowie Johann Wolfgang von Goethe, den zwei Hauptpolen seiner schöngeistigen Bemühungen, über Untersuchungen zum Naturgefühl in der Antike sowie zur Naturschönheit seiner Heimatinsel Rügen bis zur dreibändigen „Deutschen Literaturgeschichte“, seinem Hauptwerk.

Biese wurde am 25. Februar 1856 in Putbus auf Rügen geboren. Sein Vater wirkte am Pädagogium der Stadt als Oberlehrer, genoss den Ruf eines namhaften Aristotelesforschers sowie überzeugten Hegelianers und war recht eng mit Alexander von Humboldt befreundet, der wiederholt im Biesehaus am Rand des fürstlichen Parkes Gast war. Da war die frühe schöngeistige Orientierung des Jungen nur folgerichtig, der nach dem heimischen Schulabschluss nacheinander in Bonn, Greifswald sowie Kiel klassische Philologie und Germanistik studierte. 1878 promovierte der aufstrebende Schöngeist. Anschließend war Biese an den Gymnasien von Kiel und Schleswig als Lehrer tätig. Er profilierte sich hier als Schulpraktiker, schloss Freundschaft mit regionalen Gesinnungsfreunden wie Detlef von Liliencron, Klaus Groth sowie Theodor Storm und betrat mit eigenen Beiträgen das schriftstellerische Parkett. Besonders eng wurde der Kontakt zwischen dem jungen Biese und dem alternden Storm. Der Schöngeist von der Insel Rügen veröffentlichte einige Schriften über den verdienstvollen Dichter wie „Theodor Storm und der moderne Realismus“ und sorgte später zur Freude der Stormtochter für die Herausgabe „Sämtlicher Werke in 14 Bänden“.

Dazu beschäftigte er sich wie sein Vater auch als Autor intensiv mit der Antike. Das reichte von „Die Entwicklung des Naturgefühls bei den Griechen und Römern“ bis zu seiner bekrönenden „Philosophie des Metamorphosischen“. Biese war der erste Literaturhistoriker, der das Naturgefühl in der Antike, im Mittelalter und in der Neuzeit vergleichend analysierte. Dabei erschloss er, dass in allen Zeiten ähnliche Naturempfindungen bestanden und literarisch verarbeitet wurden. Damit erlangte er erste Bekanntheit.

Biese, der zunächst mit seiner Jugendliebe Emma Coupez verheiratet war, gehörte 1896 als Schleswiger zum Kreis der Besucher von Fürst Otto von Bismarck im Sachsenwald. Das persönliche Erlebnis schlug in Bewunderung um, veranlasste ihn zu einer tieferen Beschäftigung mit dem Wirken des Exkanzlers und wurde durch einige Bismarck-Veröffentlichungen bekrönt.

Dann wurde der erfolgreiche Schulmann und Schriftsteller ab 1899 nacheinander an die Gymnasien von Koblenz und Neuwied versetzt, ehe er 1913 als Gymnasialdirektor nach Frankfurt am Main kam. Die Jahre im Rhein-Main-Gebiet führten ihn verstärkt zu Goethe. Biese hielt für die „Gesellschaft der Goethefreunde“ Vorträge über den Dichterfürsten und veröffentlichte entsprechende Schriften. Daneben trat das Projekt einer „Deutschen Literaturgeschichte“ in den Vordergrund. Sie umfasste schließlich drei Bände, wurde mehrfach von ihm aktualisiert und erlebte über seinen Tod hinaus über 25 Nachauflagen. Das Werk ist kein Nachschlagewerk im üblichen Sinne, sondern eher eine in volkstümlicher Sprache abgefasste Erzählung. Biese, der nach dem Tod seiner ersten Frau mit Mary Elinor Gladstone, einer Verwandten des gleichnamigen englischen Staatsmannes, verheiratet war, weilte lebenslang regelmäßig auf Rügen. Das war und blieb seine Heimat.

1921 trat er als Gymnasialdirektor in den Ruhestand. Fortan widmete er sich ausschließlich seinem schöngeistigen Hobby. Darüber verstarb Biese am 11. März 1930 in Bonn. Bis dahin war seine „Literaturgeschichte“ mit 100 000 Exemplaren verkauft. Er wurde 74 Jahre alt. Seine letzte Ruhe fand er wunschgemäß im heimischen Putbus auf Rügen. Im zweiten Band der „Pommerschen Lebensbilder“ von 1936 ist dem herausragenden Rüganer ein umfangreicher Beitrag mit Foto gewidmet.

Martin Stolzenau

Weitere Info
In Antiquariaten werden zahlreiche Schriften Alfred Bieses angeboten.

MELDUNG

Neujahrstreffen der Minderheiten in Polen

Die Deutschen in Polen wurden von dem Kösliner Peter Jeske (re.) beim Neujahrsempfang des Staatspräsidenten vertreten (Foto Rudolf Urban)

Zum fünften Mal kamen am 14. Januar Polens Staatspräsident Andrzej Duda und Vertreter der nationalen und ethnischen Minderheiten sowie der Kirchen und Konfessionsverbände zu einem Neujahrstreffen zusammen.

Das Jahr 2020 ist für die Minderheiten in Polen auch insoweit ein besonderes, als vor genau 15 Jahren, im Jahr 2005, der polnische Sejm (Parlament) ein Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten verabschiedet hat – den ersten Legislativakt, der sich ganz und gar der rechtlichen Situation dieser Gemeinschaften widmete. Dr. Grzeorz Kuprianowicz, Mitvorsitzender der gemeinsamen Kommission der Regierung und der nationalen und ethnischen Minderheiten, meinte hierzu:

„Dieses Jubiläum bietet nicht nur die Gelegenheit darüber nachzudenken, welche Bestimmungen des Minderheitengesetzes sich bewährt haben und welche präzisiert werden müssen. Es ist vor allem eine ausgezeichnete Gelegenheit zu einer umfassenden Reflexion über den Platz derjenigen Bürger der Republik Polen, die eine sich von der Mehrheitsbevölkerung unterscheidende Tradition, Kultur, Sprache, Religion sowie nationale bzw. ethnische Identität in der gesamten Bürgergemeinschaft des Staates, haben.“

Kuprianowicz betonte, dass die Verantwortung für die Bewahrung der Weiterentwicklung der Minderheitenkulturen durch staatliche Behörden bewusst gemacht werden sollte. Denn ein Verschwinden lokaler Kulturen und Minderheitensprachen verarme das gesamte kulturelle Erbe der Republik Polen. „Um das zu vermeiden, ist eine entsprechende institutionelle und finanzielle Absicherung nötig, vor allem aber ein Bewusstsein dafür, wie wertvoll diese kleinen Mikrokosmen der Minderheitenkulturen für die Gesellschaft sind“.

Rudolf Urban –
Chefredakteur des Wochenblatt pl
Zeitung der Deutschen in Polen

Weitere Info
www.wochenblatt.pl

Willkommen Frühling Leberblümchen

(Foto: B. Stramm)

„Mittel, die einer Demokratie unwürdig sind“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Wenn wir die Begriffe ‚DDR‘, ‚imperialistisch-westlich‘ und ‚sozialistisch‘ weglassen, ist der Lehrplan zur Erziehung für unsere Jugend auch heutzutage richtig.“

Hartmut Wittke, Berlin
zum Thema: Militarisierung der Kitas in der DDR (Nr. 8)

GESCHICHTE & PREUSSEN

Militarisierung der Kitas in der DDR

Systematisch verniedlichen Geschichtsrevisionisten deutsches Leid

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

RECHTS ABBIEGEN VERBOTEN

ZU: „ABSCHAUM“ UND „KREBSGESCHWÜR“ (NR. 7)

Wie schnell wir doch nun wieder in das Verhängnis einer Diktatur (links-extremer Art) hineingleiten, ist ebenso erstaunlich wie deprimierend. Man hatte gedacht, die Deutschen würden nach dem vielen Leiden in zwei Diktaturen alles tun, um diese dem Menschen unwürdige Staatsform ein für alle Mal zu verhindern.

Aber auch dieses Mal werden wir wohl versagen. Wenn die Linkspropaganda der Leitmedien, insbesondere des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, so weitergeht, werden wir vielleicht als Autofahrer nicht mehr rechts abbiegen dürfen, ohne befürchten zu müssen, als Nazi beschimpft zu werden und nach Elmar Brok als ein „Krebsgeschwür“ bezeichnet zu werden, das man mit „aller Rücksichtslosigkeit“ bekämpfen muss.

Prof. Dr. Walter Schmitt-Glaeser, Bayreuth

VOLLSTÄNDIGES VERBRECHEN

ZU: SYSTEMATISCH VERNIEDLICHEN GESCHICHTSREVISIONISTEN DEUTSCHES LEID (NR. 8)

Danke, dass dieses aktuelle Thema, das aber vielen gar nicht bewusst wird, angesprochen wurde! Dabei müsste ergänzt werden, dass in der staatlich genehmigten Hofberichterstattung darauf verwiesen wird, das Schicksal der Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten sei das gleiche wie das der Asylanten, die Deutschland und Europa überschwemmen.

Zur Erwähnung der anglo-amerikanischen Luftangriffe auf Dresden noch eine Ergänzung: Sie fanden vom 13. bis 15.Februar 1945 statt. Noch am dritten Tag, dem 15. Februar, gab es einen Bombenangriff mit 210 Flugzeugen – und, um das Verbrechen noch vollständig zu machen, griffen noch einmal am 17. April 590 angreifende Flieger die völlig zur Wüste bombardierte Stadt mit einer Bombenlast von 1732 Tonnen an. *Manfred Kristen, Freital*

BLICK INS IRRENHAUS

ZUM „WORT DER WOCHE“: WIESO IST DIE KOMMUNISTISCHE LINKE AKZEPTABEL UND DIE KONSERVATIVE AFD DES TEUFELS? (NR. 8)

Wenn man sich die Situation in Deutschland von außen anschaut, könnte man meinen, man blickt in ein Irrenhaus. Eine demokratisch und landesweit gewählte Partei – die AfD – soll von politischen Geschäften und Wahlen ins Abseits gestellt werden, denn bisher ist es den Altparteien nicht gelungen, sie kleinzuhalten.

Nun sieht man nur noch eine Möglichkeit, gegen diese unerwünschte Partei vorzugehen. Indem man eine „Brandmauer“ hochzieht, um sie aus jedem politischen Diskurs herauszuhalten. Eigentlich wäre eine sachliche Auseinandersetzung angebracht. Stattdessen greift man zu Mitteln, die einer Demokratie unwürdig sind – zu Ausgrenzung und Verfemung. Welch ein erbärmliches Armutszeugnis!

Und die Kanzlerin trägt ihren Anteil dazu bei, indem sie zum Ausdruck bringt, dass es ihr nicht gefällt, dass ein Ministerpräsident mit Stimmen der AfD gewählt worden ist. Das sei unverzeihlich, diese Wahl müsse rückgängig gemacht werden. Was hat diese Bundeskanzlerin für ein Demokratieverständnis? Ist das nicht der Beginn einer Diktatur? „Köpfe rollen.“ Auf der Straße das Schreien „Nazis raus!“. Da muss man sich fragen: Wer hetzt hier gegen wen?

In dieser aufgeheizten Situation spielte den Verfechtern der Altparteien der Mord eines Amokläufers in Hanau in die Karten. Kaum war die schreckliche Tat bekannt – geschweige denn aufgeklärt –, stand für die Medien fest, dass nicht eine kranke Person, sondern Hass auf Ausländer die Ursache für dieses schreckliche Verbrechen gewesen sein muss. Sofort lastete man dieses Morden der AfD an. Leicht waren Mitläufer zu überzeugen, und wieder hieß es „Nazis raus!“

Diese unverschämten, entwürdigenden Zuweisungen geschahen unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg. Bei der nach der Wahl durchgeführten Pressekonferenz der AfD wurde von naiven Journalisten die scheinheilige Frage gestellt, wie es dazu gekommen sei, dass die AfD im Verhältnis zur letzten Wahl Stimmen verloren hätte. Ist die Partei vielleicht bereits auf dem absteigenden Ast?

Eine unvoreingenommene Berichterstattung sieht anders aus. Das zeigte der Jubel der Journalisten und Medienschaffenden nach der ersten Mitteilung des vorläufigen Wahlergebnisses. Frohlockend kam die Mitteilung, dass die AfD die Fünf-Prozent-Hürde nicht geschafft hätte. Wie kann man sich doch täuschen. Mit 5,3 Prozent ist auch die AfD in der neuen Bürgerschaft vertreten.

Der staunende Wähler fragt sich, wer hier eigentlich derjenige ist, der Hass und Hetze verbreitet. Sind die Politiker der Altparteien so blind, dass sie nicht merken, dass sie selbst es sind, die zu Hass und Hetze aufrufen? Wenn ganze Stadtteile von Neubewohnern vereinnahmt werden, sollte man vielleicht daran denken, die Grenzen besser zu kontrollieren.

Inge Keller-Dommasch, Jonen/Schweiz

WER SOLL STUSS BEZAHLEN?

ZU: WENN „KLIMASCHUTZ“ ZUM KLIMAKILLER WIRD (NR. 4)

Vielen Dank für den Artikel. Ich kann das nur bestätigen. Schon vor 20 Jahren hat mein Vetter, seines Zeichens Maschinenbauingenieur, von Windkraft abgeraten, aber keiner hat den Ruf gehört.

Im September 2019 habe ich folgenden Text in einer bayerischen Zeitung notiert: Windräder erzeugen sogenannte Wirbelschleppen, sozusagen turbulente Nachläufe, die sich über 100 Kilometer hinziehen können; sie verändern die Luftbewegung der unteren Schichten der Atmosphäre, wodurch es theoretisch zum Verwirbeln von Wolkenfelder kommen kann und damit zur Verhinderung von Niederschlag. Hinzu kommt die Annahme, dass durch das Verwirbeln auch die Kondensierung von Wasserdampf verhindert wird, Wolken können sich gar nicht erst bilden. Windparks in Texas haben herausgefunden, dass dortNachttemperaturen um 0,72 Grad Celsius höher sind als in angrenzenden Gebieten.

Frau von der Leyen will eine Billion investieren. Wer soll den Stuss bezahlen, den die Politik anrichtet?

Jens Spahn hätte sich vorher schlau machen können, als sich für eine Minderheit die Mehrheit für modernen Kannibalismus zu verpflichten. Gut, dass es jetzt nicht noch schlimmer gekommen ist, sonst hätten die nicht heilbaren Menschen mit ALS (Amyotrophische Lateralsklerose) den Staat mit Klagen überschwemmen können. *Gudrun Piel, Wittenf*

ZWEI GESICHTER

ZU: ERINNERUNGEN AN MANFRED STOLPE (NR. 2)

In dem Artikel wird ein Hohes Lied über die Würdigkeit des 1936 geborenen Manfred Stolpe geschrieben. Nach der Vertreibung und Flucht seiner Eltern mit ihm aus seinem Heimatort Altdamm/Hökendorf unweit von Stettin fand er späterhin als Jugendlicher seinen Weg in die evangelische Kirchlichkeit. In der war ihm eine steile Karriere vorbehalten, bis hin zum Konsistorialpräsidenten mit nicht wenig Einfluss auf das Nebeneinander von Kirche und Staat in der DDR. So mit diesen Gegebenheiten verschränkt, wurde er nach der politischen Wende 1989, nun politisch engagiert, zum Ministerpräsidenten Brandenburgs gewählt.

Nunmehr offenbarte sich sein Leben etwas anders. In seiner neuen Tätigkeit legte er den Grundstein dafür, dass das Land Brandenburg die „kleine DDR“ geblieben ist, in welcher der Charakter eines Überbleibsels des gerade untergegangenen sozialistisch-kommunistischen Systems gepflegt wurde und wird. Zudem wurde ruchbar, dass Manfred Stolpe als IM „Sekretär“ für die Stasi mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tätig gewesen sein soll, was er durch Gerichtsbeschluss erreicht hat zu widerlegen. So gesehen hat Stolpe mindestens zwei Gesichter. *Karlheinz Niendorf, Jüterbog*

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Wie Sie ausgelaugte und nährstoffarme Böden in fruchtbares Ackerland verwandeln

Eine Farmerfamilie entdeckt den wahren Schatz der regenerativen Landwirtschaft

Gabe Brown hatte nicht vor, die Welt zu verändern, als er in die Landwirtschaft ging. Doch nachdem eine Reihe von Missernten seine Lebensgrundlage bedroht hatte, begann er einschneidende Umstellungen vorzunehmen, die seine Familie und ihn einen verblüffenden neuen Weg erkunden ließen: die regenerative Landwirtschaft.

Aus toten Böden wird fruchtbare Erde erzählt eine Geschichte von Verzweiflung und Hoffnung, die den Lesern eine Fülle an revolutionären Lösungen bietet, wie man Boden aufbauen, unsere Ökosysteme heilen und gewinnbringend einen Familienbetrieb führen kann.

Brown ist zur Stimme und zum Gesicht der regenerativen Landwirtschaft auf der ganzen Welt geworden. Er inspiriert eine Bewegung, von der die Zukunft der Landwirtschaft umgestaltet und die Art und Weise verändert wird, wie Bauern, Konsumenten und Politiker über Nachhaltigkeit denken.

Die fünf Säulen der Bodengesundheit

Vom Wunsch getrieben, seinen Hof zu retten, begann Gabe Brown mit neuartigen Methoden zu experimentieren, von denen er gelesen und in Gesprächen mit innovationsfreudigen Forschern und Landwirten erfahren hatte. Während seine Familie und er um den Fortbestand der Farm kämpften, befanden sie sich bereits mitten auf einer fantastischen Reise zu einer neuen Form der Bewirtschaftung.

Brown verzichtete bald auf Herbizide, Insektizide und Kunstdünger, die in der konventionellen Landwirtschaft üblich sind. Er sattelte auf die pfluglose Landwirtschaft um, baute artenreiche Zwischenfruchtmischungen an und änderte seine Weidestrategie. So gelang es ihm, dem degenerierten Ökosystem seiner Farm wieder Leben einzuhauchen – vom erneuerten Boden aus bahnte sich die organismische Vielfalt den Weg nach oben, Pflanze für Pflanze und Tier für Tier – mit nahezu unglaublichen Ernteerfolgen.

In *Aus toten Böden wird fruchtbare Erde* erzählt Gabe Brown die Geschichte dieser faszinierenden Entdeckungsreise und liefert gleichzeitig eine Fülle an zukunftsweisenden Lösungen für die dringlichste und schwierigste Herausforderung, der sich nicht nur die Landwirte, sondern auch jeder Gartenbesitzer in unserer Zeit stellen muss – die Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit.

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Gabe Brown: Aus toten Böden wird fruchtbare Erde • gebunden • 349 Seiten • 16-seitiger Farbbildteil • Best.-Nr. 978 900 • 22.99 €

MODERNE AGRARWIRTSCHAFT

Bauernhof auf dem Dach

Obst und Gemüse sollen in Zukunft mitten in Großstädten angebaut werden – In Paris entsteht bereits die größte Dachfarm der Welt

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Etwas mehr Natur in den Großstädten kann nicht schaden. Sie nützt der Stadtökologie und erfreut die Bewohner der Metropolen. Stadtplaner haben jetzt vielfältige Chancen erkannt, um den Problemen durch die wachsenden Städte mit einschlägigen Ideen zu begegnen. Berlin etwa fördert die Pläne von Bürgern, die sich ein urbanes Gartenreich erschaffen wollen. In Paris eröffnet in diesem Frühjahr der weltweit größte „vegetarische Bauernhof“ auf dem Dach eines neuen Gebäudes auf dem Messegelände Porte de Versailles im Südwesten der Stadt.

Pflanzen kühlen ihre Umgebung ab, wenn sie Wasser verdunsten und dabei Wärme verbrauchen. So wirkt das Blattwerk der Pflanzen wie eine Klimaanlage. Mit seinen romantischen und botanischen Gärten hat Paris seit jeher viele reizvolle Grünflächen. Insgesamt aber fällt die „grüne“ Bilanz im Vergleich mit anderen Großstädten nicht so positiv aus. Im Rahmen eines ehrgeizigen Klimaschutzplans hat sich Frankreichs Hauptstadt daher zum Ziel gesetzt, bis 2024 tausende Bäume zu pflanzen und kleine Flächen wie Hinterhöfe, Dächer, Fassaden und ungenutzte Räume zwischen den Gebäuden zu begrünen.

Erstmals waren die Bürger aufgerufen, sich mit eigenen Plänen und Ideen an dem Vorhaben zu beteiligen. Insgesamt sollen 100 Hektar neu bepflanzt werden. Ein Drittel ist für die urbane Landwirtschaft vorgesehen, wovon die neue vegetarische Dachfarm auf dem Messegelände mit 14000 Quadratmetern fast 25 Prozent abdeckt. Das Dach des sechsstöckigen Gebäudes wurde an die Unternehmen Agripolis und Culture en Ville verpachtet, beide Spezialisten für platzsparende biologisch-organische Anbaumethoden. Sie überzeugten mit einem umfassenden Unterhaltungskonzept, das im Kern auf einer Versorgung der Geschäfte und Anwohner in der näheren Umgebung mit Lebensmitteln ohne lange Transportwege basiert.

Urbaner Hühnerhof: Frische Eier direkt vom Dach der Zentrale der RATP, dem Öffentlichen Personennahverkehr von Paris, am Gare de Lyon *Foto: action press*

Wenn der Plan aufgeht, könnte die urbane Farm zum beispielgebenden Modell für Städte in aller Welt werden, wie der Agripolis-Gründer Pascal Hardy gegenüber Pressevertretern erklärte. Dies käme den Vorstellungen von Frankreichs Agrarminister Didier Guillaume entgegen, der für die gesamte EU einen radikalen agrarökologischen Umbau der Landwirtschaft fordert.

Problem der Feinstaubbelastung

Seit Mitte vergangenen Jahres wurden die Gärten, Plantagen und Wiesen in luftiger Höhe für den Anbau von Obst, Gemüse und Aromapflanzen vorbereitet. 22 Gärtnerinnen und Gärtner wurden eingestellt. Im November begann die Aussaat, geerntet wird schon ab diesem Frühjahr. Mehr als 30 überwiegend alte Sorten werden ohne den Einsatz von Pestiziden und sonstigen Chemikalien angebaut.

Großenteils erfolgt die Pflanzenproduktion vertikal unter Anwendung der aeroponischen Anbautechnik. Dies ist eine neuartige, substratlose Pflanzenzucht mit übereinander hängenden Obst- und Gemüsetöpfen, wobei die Wurzeln in geschlossenen Behältern mit Wasser und einer Nährlösung versorgt werden.

An der Seite der Pflanzentürme ranken sich Kletterpflanzen. Bei sachgerechter Bewirtschaftung ist der Wasser- und Energiebedarf niedriger als in der herkömmlichen Landwirtschaft. Für die Hochsaison rechnet man mit einer täglichen Ernte von 1000 Kilogramm Obst und Gemüse. Vorrangig sollen Supermarktketten, Kantinen und Hotels in der näheren Umgebung beliefert werden sowie das Panoramarestaurant des Messegebäudes mit seinen 300 Plätzen und einer Bar.

Darüber hinaus können Anwohner direkt vor Ort einkaufen oder ein Beet mieten, um Erdbeeren und Möhren anzubauen. Dank eines ausgeklügelten Vermarktungskonzepts soll das Projekt gleich im ersten Jahr seines Bestehens rentabel werden. Dazu trägt ein breit gefächertes Angebot an Führungen und Arbeitskreisen bei. Der Besuch von Schulklassen ist ausdrücklich erwünscht. Die Betreiber rechnen mit 10000 Besuchern im Jahr.

Längst wird das Urban Farming in Metropolen wie Vancouver, New York, Chicago, Detroit und Shanghai entweder zur Selbstversorgung oder professionell in großem Stil betrieben. Wenn der städtische „Feldbau“ jedoch in absehbarer Zeit einen wirklich signifikanten Beitrag zur Versorgung der städtischen Bevölkerung leisten soll, müssen überall viele, vor allem große Dächer, etwa von Industriebauten, auf ihre Eignung hin geprüft und nutzbar gemacht werden. Neubauprojekte müssten von vornherein entsprechend entwickelt und konstruiert werden. Bis dahin scheint es noch ein langer Weg zu sein. Doch manchmal treten Entwicklungen viel schneller ein als gedacht.

Einen Dämpfer erhielt die gute Idee allerdings Ende 2018. Forscher des Instituts für Ökologie der TU Berlin untersuchten Obst und Gemüse aus Berliner Stadtgärten im Hinblick auf Schadstoffe. Es zeigte sich, dass die Belastung mit Schwermetallen und Feinstaub wesentlich höher ist als bei konventionell gezüchtetem Obst und Gemüse aus dem Supermarkt. Weniger Umweltgifte fanden sich in den Proben von Gemüse, das in einem gewissen Abstand zwischen der Plantage und einer befahrenen Straße wuchs. Dementsprechend ist die Anlage von Beeten auf Dächern von mehrgeschossigen Häusern oder sogar Wolkenkratzern zweifellos von Vorteil.

Wie nötig trotz der wohl unvermeidlichen erhöhten Umweltbelastung eine mehr auf Eigenversorgung ausgerichtete Stadtplanung ist, verdeutlicht ein UNO-Bericht von 2018. Danach werden 2050 zwei von drei Menschen in Städten oder Ballungsräumen leben. Ihre Nahrungsversorgung muss sichergestellt werden.

FRÜHERES ZONENRANDGEBIET

Das Schloss der Menschenfreunde

Im Grabfeld, das früher einmal von zwei deutschen Staaten geteilt war – Zufluchtsort für eine „Kirche des Reichs Gottes“

Wolff Dietrich Truchseß von Wetzhausen hatte es bis 1669 errichtet, Lola Montez, die im Volk unbeliebte Freundin des bayerischen Königs, hatte hier Zuflucht gefunden, der Reichspräsident Paul von Hindenburg hatte hier übernachtet, um einem Manöver im Grabfeld – so heißt die früher von der innerdeutschen Grenze geteilte Landschaft zwischen der Rhön und Coburg – beizuwohnen: Das barocke Schloss Sternberg bei Sulzfeld an der Lederhecke kann auf eine illustre Vergangenheit zurückblicken – und gibt sich heute doch verschwiegen. In dem Prachtbau, der in seiner Kubatur, dem räumlichen Ausmaß, an das Aschaffenburger Schloss erinnert, leben zurückgezogen einige Mitglieder der „Menschenfreundlichen Gesellschaft“.

Wer im östlichen Grabfeld an der Grenze zu Thüringen Ausflüge unternimmt, trifft nach manchen Kurven unweigerlich auf das Schloss, unerwartet in dieser abgeschiedenen Landschaft, in der alles stiller und bescheidener zugeht. Das Schloss erhebt sich als Prachtbau mit vier Ecktürmen mächtig über die Dörfer.

Sternberg heißt auch der Ort, der sich unter und hinter dem Schloss erstreckt; Sternberg ist ein Teil von Sulzdorf an der Lederhecke. Die „Lederhecke“ sorgt bis heute für Rätsel und Spekulationen. Was hatten die Menschen als Lederhecke bezeichnet? War es eine alte Trennlinie, die heute als Grenze zwischen Bayern und Thüringen weiterexistiert?

Nach dem Krieg hätte der Ort passenden „Sulzdorf an der Zonengrenze“ heißen können, denn nichts prägte das Leben der Menschen hier nun mehr als der nahe hochgesicherte Zaun zwischen den deutschen Staaten, der alle Verbindungen untereinander unmöglich machte.

Wer in Sternberg vor dem Schlosstor steht, wird mit etwas Glück aufgefordert, die Anlage zu besichtigen. Die Mitglieder der „Menschenfreundlichen Gesellschaft“ – eine Parallelgründung zu den Zeugen Jehovas – warten an der Lederhecke auf das kommende ewige Reich. Sie glauben, zu den Auserwählten zu gehören, die an der neuen Welt teilhaben dürfen. Im deutschen Schicksalsjahr 1933 hatte der Schweizer Alexandre Freytag, Gründer der Glaubensgemeinschaft, das Schloss von einem bürgerlichen Vorbesitzer übernommen.

28 Jahre lang Trutzburg an innerdeutscher Grenze: Schloss Sternberg *Foto: CSvBibra*

Schon kurz nach Erwerb wurde das Schloss der Vereinigung jedoch wieder genommen. Die „Menschenfreundliche Gesellschaft“ wurde von den Nationalsozialisten verboten, ihr Besitz enteignet. In den dunklen deutschen Jahren war im barocken Prachtbau eine SA-Schulungsstätte untergebracht. Menschenfeinde statt Menschenfreunde.

Nach dem Krieg lag das Schloss im Zonenrandgebiet, nur einen Steinwurf von der Grenze entfernt. War der Ort vorher schon ruhig gelegen, so wurde es nun gänzlich still um Sternberg. Die „Menschenfreundliche Gesellschaft“, auch „Kirche des Reichs Gottes“ genannt, deren Gründer 1947 verstorben war, bekam das Objekt Ende der 1940er Jahre zurückerstattet. Seitdem wird das Schloss wieder von der Glaubensgemeinschaft genutzt – um in täglicher Arbeit das zukünftige Reich vorzuleben. Ein Wandgemälde in der Durchfahrt zum Innenhof zeigt in naiver Deutlichkeit die Zukunftsvision der Jünger.

Obwohl die deutsch-deutsche Grenze nun seit drei Jahrzehnten verschwunden ist, erscheinen Sternberg und Sulzdorf an der Lederhecke bis heute abgeschieden, fast verwunschen. Die Nachbarn haben sich mit der „Menschenfreundlichen Gesellschaft“ arrangiert, sie sind froh, dass das Schloss nicht wie manche andere auf Thüringer Seite verfällt, dass es bewohnt und in Schuss gehalten wird.

Trotz der Abgeschiedenheit – manchmal hat man den Eindruck, dass die Zonengrenze bis heute das Land durchschneidet, dass sie als imaginäre Grenze weiter die Menschen bremst und hindert – gehört Schloss Sternberg zu den bedeutendsten touristischen Zielen im Kreis Rhön-Grabfeld. Die hintersinnige barocke Architektur faszinierte und fasziniert die Betrachter immer wieder. So verweisen die vier Ecktürme des Schlosses auf die Jahreszeiten, die 52 Türen auf die Wochen und die 365 Fenster auf die Tage.

Ob das Schloss, einst geplant von Pater Matthias von Saarburg, tatsächlich so viele Fenster wie Tage aufweist, harrt noch einer genauen Zählung durch Experten, aber immerhin handelt es sich um eine schöne Legende, die irgendwie zu einem Palast passt, von dem das Reich Gottes ausgehen soll. *Nils Aschenbeck*

KURZ NOTIERT

Kritik, jedoch undemokratisch formuliert

Rainer Thesen, Jahrgang 1946, ist Oberst d.R. und Rechtsanwalt in Nürnberg. Sein Motto lautet nach Kant „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Dass dieses Motto für seine Haltung Richtschnur ist, soll nicht bezweifelt werden, kommt aber in den 42 Beiträgen seines aktuellen Buchs nicht immer zum Ausdruck. Diese beleuchten die seiner Meinung nach wichtigsten Ereignisse des Jahres 2018. Jeder Beitrag hat ein Datum, das Ganze wirkt wie ein Tagebuch: Der 9. Januar behandelt den „ewigen Kampf der Linken gegen die Bundeswehr“ oder der 12. April beschäftigt sich in einem längeren Beitrag mit dem ohne Zweifel wichtigen Thema „Die christlich-jüdische Prägung der Deutschen“ und das Jahr endet am 13. Dezember mit Reflexionen über den Zustand unserer poltischen Kultur.

Grundlage dafür ist Thesens Briefwechsel mit einem Nürnberger Bundestagsabgeordneten. Weitere Themen sind die Immigrations- und Flüchtlingsfrage, die AfD, angebliche Manipulationen in den Medien sowie Klima und Umwelt. Nach welchen Kriterien wird datiert? Vermutlich nach Ereignissen, die der Verfasser eines Kommentars für würdig hält. So das Beispiel „Westerwald“ vom 29. November: Mitglieder der Jungen Union, Nachwuchsorganisation der CDU, singen in einer Kneipe das Wanderlied „O du schöner Westerwald“. Ein Gast fühlte sich angesichts der angeblichen Rechtslastigkeit des Liedes belästigt und rief als politisch korrekter Staatsbürger einschlägige Medien an. Zu diesen zählt nach Meinung Thesens der Berliner „Tagesspiegel“, der offensichtlich daraus einen Bericht über rechtslastige Nachwuchspolitiker machte. Nun kann man mit dieser Art von Berichterstattung nicht einverstanden sein; der Text ist kein NS-Lied und die Junge Union nicht rechtslastig, aber der Duktus von Thesens Klassifizierung ist alles andere als sachlich: „Schmierenstück“, „linksradikale Schreiberlinge“, „Zeitungsschmierer“, „„Deutschland, Du mieses Stück Scheiße-Fraktion‘ in Politik und Medien“. Dieser Stil findet sich in weiteren Beiträgen.

Die Grünen werden als „Miesepeter“ oder „Spaßbremsen“ bezeichnet, Kritik an der AfD als „Vernichtungskrieg“. Der Autor zeigt Sympathie für die AfD im Zusammenhang mit den Themen Immigration, Rassismus und Antisemitismus. Thesen vertritt die Ansicht, dass Deutschland eine rechts von der Union platzierte bürgerliche, konservativ und national ausgerichtete Partei brauche; zum demokratischen Spektrum gehöre eine demokratische Rechte.

Eine solche Position wird durchaus von vielen Bürgern vertreten, sie ist nicht AfD-spezifisch. Das gilt auch für andere von Thesen angesprochene Reizthemen des Jahres 2018, aber die Art der kritischen Auseinandersetzung ist nicht demokratisch. Es entsteht der Verdacht, dass der Autor diese auch gar nicht sucht, sondern bewusst die Provokation und den Ton der Straße mit der Ausdrucksweise linker und rechter Extremisten wählt. *Karlheinz Lau*

Rainer Thesen: „Einspruch! Gegen Politikversagen und Meinungsdiktatur. Anmerkungen zur Lage 2018“, Osning Verlag Bielefeld 2019, broschiert, 237 Seiten, 19,80 Euro

AUS DER TIERWELT

Tierische Helfer

Kormorane helfen traditionellen chinesischen Fischern beim Fischfang, indem sie ihnen anzeigen, wo sich die Schwärme im Wasser befinden.

FOTO: IMAGO IMAGES/VOLKER PREISSER

Kuriose Partnerschaften Der Frosch im Wasserglas als Wetterprophet, Trüffelschweine, Spür- und Blindenhunde als Helfer des Menschen sind weithin bekannt. Der Biologe Mario Ludwig hat daneben jede Menge weitere „Tierische Jobs“ aufgespürt, die den Leser teils amüsieren, wie der Versuch der CIA, Katzen als Spione auszubilden, teils aber auch für Ekel sorgen, wie Bandwürmer als Schlankheitsmittel, das unter anderem die berühmte Operndiva Maria Callas angewandt haben soll. Da Kapuzineräffchen Behinderten den Alltag erleichtern können, werden sie in den USA häufig eingesetzt. *MRK*

Mario Ludwig: „Tierische Jobs. Verblüffende Geschichten aus der Tierwelt“, Darmstadt 2019, gebunden, 192 Seiten, 18 Euro

POLITIK

Einsichten eines Desillusionierten

Der als Populist gescholtene Journalist Henryk M. Broder analysiert in seinem neuen Buch, was in Deutschland alles falsch läuft

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kaum jemand versteht es besser, die Krankheitsherde unserer Gesellschaft mit dem sprachlichen Seziermesser offenzulegen, als der angeblich „populistische“ jüdischstämmige Journalist und Autor Henryk M. Broder. Das demonstriert er jetzt auch wieder mit seinem neuen Buch „Wer, wenn nicht ich.“ Darin greift Broder von der AB-Maßnahme für überbezahlte Polit-Versager über die immer mehr zunehmende Klimahysterie bis hin zu der chronischen Zeichensetzerei viele der Themen auf, welche den kritischen Bürger hierzulande auf die Palme treiben können. Wie sehr er dabei immer wieder ins Schwarze trifft, sollen ein paar ausgewählte Zitate belegen.

Über die Fridays-for-Future-Schulschwänzer: „Sie wissen oder ahnen es, dass sie eines Tages für sich selbst werden sorgen müssen, und diese Vorstellung ist es, die sie mit Angst erfüllt, nicht der Klimawandel.“ Zum Klimaschutz: Er werde „das private und das öffentliche Leben in einem Ausmaß bestimmen und kontrollieren, wie es noch kein Totalitarismus vor ihm getan hat.“ Mit Blick auf die ständigen Warnungen aus deutschen Politikerkreisen vor einem „neuen Antisemitismus“ hierzulande: „Inzwischen ist mir jeder ehrliche Antisemit ... lieber als diese verlogene Bagage, die zu Klezmer-Klängen um tote Juden trauert, insgeheim aber hofft, dass die Araber oder die Iraner den Job zu Ende bringen, den die Nazis nicht vollenden konnten.“

Über den aus Palästina stammenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh: Dessen mit gutmenschlichen Floskeln durchtränkte „Sätze auf ihren Subtext und ihre Tonalität zu untersuchen, wäre so albern, als würde man einen Haufen Hundekacke mit Mitteln der Spektralanalyse behandeln, nur um die Möglichkeit auszuschließen, dass es sich um eine Portion Tiramisu handeln könne.“

Zum Sinn oder Unsinn der Entwicklungshilfe für Afrika: „Ich bezweifle ..., dass wir ‚unseren Wohlstand‘ auf dem Rücken Afrikas und der Entwicklungsländer leben, denn diese ‚Entwicklungsländer‘ sind reich an Naturressourcen und Bodenschätzen. Verglichen mit Nigeria ist die Schweiz ein armes Land. Es wird nur besser regiert.“

Aus nahezu jeder Seite des Buches geht hervor, wie desillusioniert Broder inzwischen ist, wenn er auf die Bundesrepublik von heute schaut. Und an einer Stelle sagt er dies dann auch auf seine unnachahmliche Art: „Ich habe mich lange angedient und angebiedert, bis mir irgendwann klar wurde, dass es nichts bringt, einer Gesellschaft in den Hintern zu kriechen, die einen künstlichen Darmausgang hat.“

Henryk M. Broder: „Wer, wenn nicht ich“, Achgut Edition, Berlin 2019, gebunden, 200 Seiten, 24 Euro

GESCHICHTE

Erinnerung an einen Kompromiss

Der Berliner Historiker Stephan Lehnstaedt räumt mit dem „schönen Schlagwort“ vom „Wunder an der Weichsel“ auf

VON DIRK KLOSE

Vor 100 Jahren geschah das vielzitierte „Wunder an der Weichsel“. Die noch junge Sowjetunion und das neuentstandene Polen waren in einem heftigen Krieg aneinandergeraten. Polnische Einheiten waren im Sommer 1919 bis Kiew und Minsk vorgestoßen; ein nicht zu bremsender Gegenstoß führte die Rote Armee im August 1920 bis vor Warschau. Unter Führung von Jozef Pilsudski, Polens starkem Mann, raffte das Land seine letzten Kräfte zusammen und warf die „tartaro-byzantinistischen Horden“ in einem militärischen Bravourstück zurück. Im März 1921 schlossen beide Seiten, völlig ausgelaugt, in Riga Frieden.

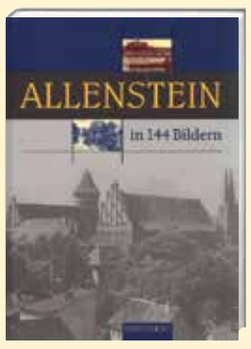
Das „Wunder“, so der in Berlin lehrende Historiker Stephan Lehnstaedt, sei nichts weiter als ein „schönes Schlagwort“. Es sei Wunschdenken, die Sowjets wären bei einem Sieg bis nach Deutschland vorgestoßen und hätten ganz Europa bolschewisiert. Gleichwohl waren es dramatische Ereignisse, die damals ganz Europa bewegten. Liest man Lehnstaedts exzellente und bis in die Gegenwart reichende Analyse der militärischen und politischen Ereignisse, spürt man diese Dramatik noch heute.

Das 1918 neuentstandene Polen hegte illusionäre Pläne nach Wiederherstellung der alten „Rzeczpospolita“ von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer als Konföderation aus Polen, Litauern, Weißrussen und Ukrainern. Dem stellten sich die Sowjets entgegen. Der Kompromissfriede von Riga befriedigte keine Seite; der alte Hass schwelte weiter und wirkt nach all dem Leid im Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart.

Viel Raum widmet der Autor dem Elend der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten, den Gefangenen, der Pogromen ausgesetzten jüdischen Bevölkerung, der schlechten Ausrüstung der Soldaten, dem letzten großen Einsatz von Kavallerie und der Nachwirkung in beiden Ländern. In Moskau war Stalin als Schuldiger ausgemacht worden; in den 1930er Jahren rächte er sich an seinen Gegnern, von denen viele ermordet wurden. Pilsudski wiederum, heute in Polen eine feste Größe, wurde auch vom NS-Regime hochgehalten. Hitler selbst nahm 1935 in Berlin an einem Requiem für Pilsudski teil; zu dessen Schriften im Deutschen steuerte Göring ein Vorwort bei.

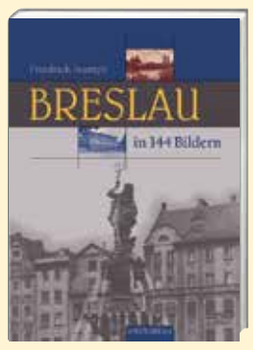
Lehnstaedt warnt vor einem „fast paranoiden Wahn“ im heutigen Polen. Mit Blick auf 1920 bejubele man sich selbst, – „eine wirkmächtige Deutung, in deren Tradition sich Jaroslaw Kaczynskis Regierung als Retter vor der Europäischen Union, vor deutscher Dominanz und russischer Aggression inszeniert.“

Stephan Lehnstaedt: „Der vergessene Sieg. Der Polnisch-Sowjetische Krieg 1919/20 und die Entstehung des modernen Osteuropa“, C.H. Beck Verlag, München 2019, 224 Seiten, 14,95 Euro

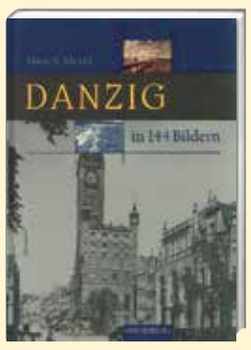


Stadtkreisgemeinde Allenstein
Allenstein in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Allenstein
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1409 **12,95 €**

Erik Thomson
Das Baltikum in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 6300 **12,95 €**

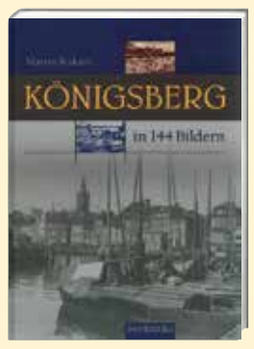


Friedrich Stumpe
Breslau in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4400 **12,95 €**



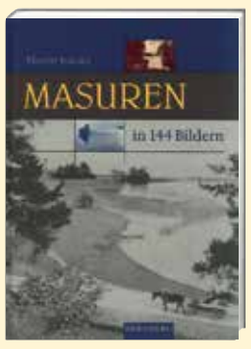
Hans B. Meyer
Danzig in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 2400 **12,95 €**

Martin Kakies
Das Ermland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1406 **12,95 €**



Martin Kakies
Königsberg in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Königsberg
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1400 **12,95 €**

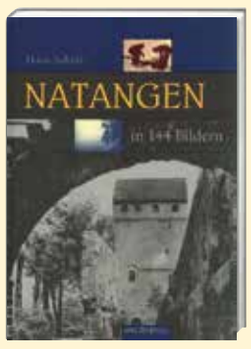
Martin Kakies
Die Kurische Nehung in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1402 **12,95 €**



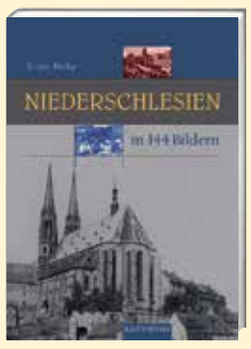
Martin Kakies
Masuren in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Masuren
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1403 **12,95 €**

Martin Kakies
Von Memel bis Trakehnen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1404 **12,95 €**

Ernst Birke
Mittelschlesien in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4402 **12,95 €**



Horst Schulz
Natangen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Natangen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1407 **12,95 €**



Ernst Birke
Niederschlesien in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4403 **12,95 €**

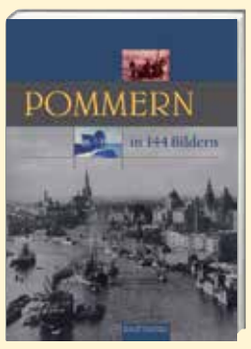
Dr. Ernst Vogelsang
Das Oberland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über das Oberland
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1401 **12,95 €**

Heinz Labus
Oberschlesien in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4401 **12,95 €**

Karin Bader
Ostbrandenburg in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3402 **12,95 €**

Karl Heinz Gehrmann
Ostpommerns Küste in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3401 **12,95 €**

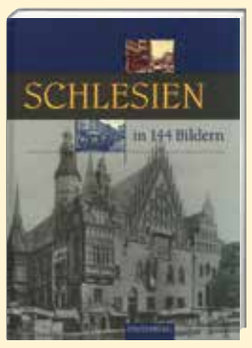
Gerhard Ulrich
Ostpreußen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Ostpreußen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1408 **12,95 €**



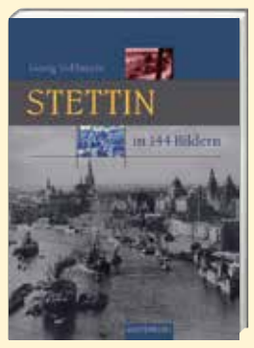
Jan Bakker
Pommern in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3403 **12,95 €**

Prof. Dr. Ernst Birke
Das Riesengebirge in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4404 **12,95 €**

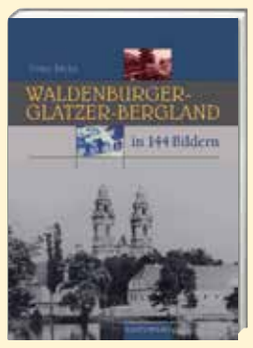
Martin Kakies
Das Samland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1405 **12,95 €**



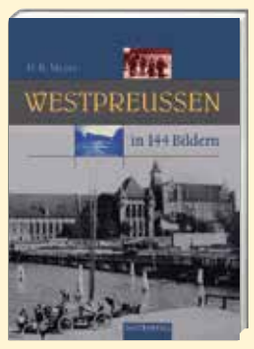
Schlesien in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
Gebunden
80 Seiten
Nr. P 4407 **12,95 €**



Georg Vollbrecht
Stettin in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 3400 **12,95 €**

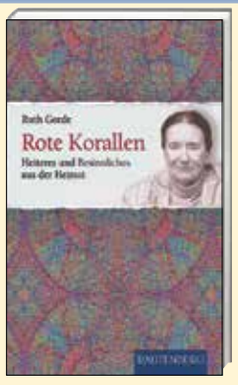


Ernst Birke
Waldenburger-Glatzer-Bergland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 4005 **12,95 €**



Hans B. Meyer
Westpreußen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
über Wetpreußen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 2401 **12,95 €**

Marianne Peyinghaus
Stille Jahre in Gertlauken
Erinnerungen an Ostpreußen
Im Jahr 1941 kommt eine gerade zwanzigjährige Lehrerin aus Köln an die Dorfschule in Gertlauken, einem kleinen Flecken im nördlichen Ostpreußen auf halbem Weg zwischen Königsberg und Tilsit. Regelmäßig schreibt die Tochter den Eltern in der Großstadt und erzählt von ihrem Leben auf dem Lande, das so friedlich scheint, so weit weg vom Krieg. Der Reiz der Briefe liegt darin, dass sie anschaulich, herzlich und voller Spontanität Alltägliches berichten: von den kleinen Sorgen und Freuden mit den Schulkindern, von den Dorffesten, den Radfahrten auf schlammigen Wegen, Spaziergängen im Wald, den Ausflügen nach Königsberg und der Beschreibung von Städten, Land und Leuten Ostpreußens. Anfang 1945 bereitet das Vorrücken der Roten Armee dem vermeintlichen Idyll von Gertlauken ein jähes Ende, und Marianne Peyinghaus kehrt nach Köln zurück. Über drei Jahre lang schrieb Marianne Peyinghaus, geboren am 15. April 1921 – damals noch Marianne Günther – Briefe aus dem entlegenen ländlichen Ostpreußen an ihre Eltern in der 1.000 Kilometer entfernten Großstadt Köln. Durch eine Anzeige in der Zeit fand sie später einen Herausgeber und Verleger. 248 Seiten
Nr. P 533203 **Gebunden mit Schutzumschlag** **16,95 €**



Ruth Geede
Rote Korallen
Heiteres und Besinnliches aus der Heimat
176 Seiten
Gebunden
Nr. P 533193 **12,95 €**

In Kurzgeschichten und Gedichten, teilweise in ostpreußischer Mundart verfasst, erzählt Ruth Geede, die gebürtige Königsbergerin, mit Liebe und Humor von ihrer Heimat. Das bäuerliche Leben auf dem Land ist die Kulisse für die heiteren Begebenheiten, die den Helden widerfahren. Einer dieser Helden ist der Ohm Sodeikat, der seiner Frau einen überaus teuren Hut kauft, welcher verlorengeht und als verdrecktes Katzenbettchen wieder auftaucht. Aber auch dramatische Geschehnisse werden warmherzig beschrieben. Da gibt es zum Beispiel Maria, die nach dem Tod ihres Ehemannes den Verstand verliert. In ihren Geschichten und Gedichten gelingt es Ruth Geede meisterhaft, ihre geliebte und unvergessene Heimat Ostpreußen neu erstehen zu lassen. Mit ihrer ausdrucksvollen Sprache malt sie ein bezauberndes Bild der ostpreußischen Landschaft.

Ruth Geede
Der Wiesen-blumenstrauß
Heitere ostpreußische Geschichten
176 Seiten/Gebunden
Nr. P 533191 **12,95 €**

Ein Strauß voller humorvoller Kurzgeschichten und Gedichte, der den Duft der unvergessenen Heimat verbreitet, ist in diesem Band versammelt. Liebevoll schildert Ruth Geede in „Der Wiesenblumenstrauß" die Eigenarten ihrer Landsleute – liebenswürdig und unverwechselbar, teilweise in ostpreußischer Mundart. Da gibt es zum Beispiel den kleinen Instjungen Nante, der die Gutstochter Annemarie vor einer ungewollten Heirat bewahrt und auf diese Weise seine Vorliebe für Igel entdeckt oder das Kindermädchen Nusch, das von der großen weiten Welt träumt und eine folgenreiche Zugreise unternimmt. In jeder Erzählung schildert die „Grande Dame der Ostpreußen" eine lustige Begebenheit und lässt in den Gedichten die alte Heimat Ostpreußen mit ihren Bewohnern, die das Land so liebenswert machen, wiederauferstehen.

CD – Heiteres aus Ostpreußen – Humor'chen aus Ostpreußen – Geschichten, Anekdoten, Dammeleien
Rudi Meitsch erzählt vom Bullenball in Insterburg, dem Flohche, vom dicken Buttgereit und vielem mehr. Aus dem Inhalt: Heringe für die Domnauer, Ostpreußen und ihre Pferde, Schulmeister auf der Kurischen Nehrung. Die CD enhält 43 Tracks und hat ein Gesamtspielzeit von 51 Minuten
Nr. P 533058 **CD** **12,95 €**

Eva-Maria Sirowatka
Frühstück mit Herrn Schulrat
Heitere Erzählungen
Schmunzelgeschichten aus Masuren mit Scherenschnitten
152 Seiten/Gebunden
Nr. P 1357 **4,95 €**

Die Verfasserin der „Schmunzelgeschichten" aus diesem Band, Eva M. Sirowatka, ist als Tochter eines Lehrers in einem kleinen masurischen Walddörfchen aufgewachsen. Die Geschichten enthalten viele eigene Erinnerungen der Autorin und lassen die Menschen des südlichen Ostpreußen in ihrer unverwechselbaren Eigenart neu vor dem Auge des Lesers erstehen. Die Art, wie sie sich in dem Alltag und seinen Problemen zurecht finden, entspringt den bedächtigen, andererseits aber auch temparamentvollen Auseinandersetzungen nicht abgeneigten Wesen der Masuren, welche sich nicht so leicht aus der Ruhe bringen lassen und meist über eine gehörige Portion trockenen Humors verfügen.

Charlotte Keyser
Von Häusern und Höfen daheim klingt es nach
Geschichten aus dem Stromland der Memel
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 1367 **4,95 €**

Die Autorin Charlotte Keyser zählt zu den bekanntesten Heimatdichtern von Preußisch Litauen. 1943/44 wurde ihr der Johann-Gottfried-von-Herder-Preis in Memel und später der Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen. Zwischen 1945 und 1950 musste auch sie ihre geliebte Heimat verlassen und so zog es sie nach Oldenburg.
In „Von Häusern und Höfen daheim klingt es nach" erzählt Charlotte Keyser acht zauberhafte und humorvolle Alltagsgeschichten aus dem Memelland, die das Leben am Stromland der Memel lebendig erscheinen lassen.

Der fröhliche Ostpreuße
Lustige Geschichten und Lieder
Es singen: Vera Brunschede, Heinz Tilsner und die „Elbinger Spatzen"; es musizieren: Die „Lustigen Pillkaller" und dazu schabbert Heinz Wald über den ostpreußischen Humor, den Königsberger Fleck u. v. m. 34 Min.
Nr. P 533199 **CD** **12,95 €**

Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 **CD** **12,95 €**

Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 2
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5769 **CD** **12,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

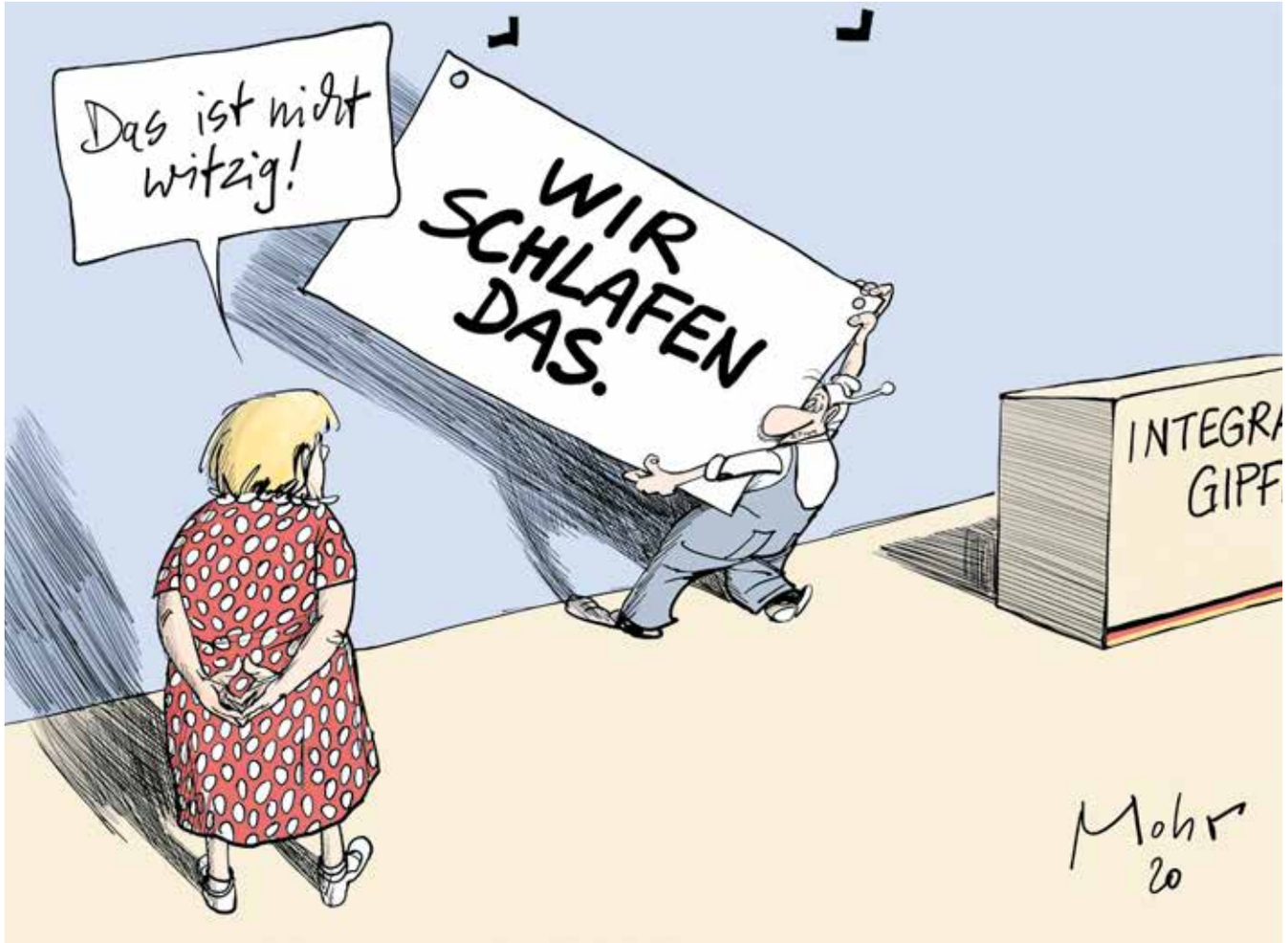
Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....
Straße/Nr. ..... Telefon .....
PLZ/Ort .....
Datum ..... Unterschrift .....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Ein 40-jähriger Münchener wurde von einem Zeugen dabei beobachtet, wie er mit einem Filzstift Hakenkreuze auf Wahlplakate der SPD schmierte. Die Bayern wählen am 15. März neue Kommunalparlamente. Der Zeuge rief die Polizei, die den Schmierfinken festnehmen konnte. Dann die Überraschung: Laut Münchener „Abendzeitung“ berichtete die Polizei, der Täter habe aus ideologisch linksorientierten politischen Motiven gehandelt. Gegen den Mann werde wegen der Verwendung von Zeichen verfassungswidriger Organisationen und wegen Sachbeschädigung ermittelt. Sollten sich die Erkenntnisse erhärten, werde die Tat als politisch linksmotivierte Straftat klassifiziert, so die „Abendzeitung“. Wäre der mutmaßliche Täter entwischt, wäre die Tat automatisch als „politisch rechtsmotiviert“ eingestuft worden. Selbst Hakenkreuze, die auf AfD-Büros geschmiert werden, erfahren später eine automatische Einordnung als rechtsextrem, sofern ein anders ausgerichteter Urheber nicht konkret aufgespürt werden kann. *H.H.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Alles bestens

Minister Spahn kommt aus dem Nachdenken nicht heraus, und Merkel macht wieder alles richtig

VON HANS HECKEL

Schon Ende Februar kündigte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn öffentlich an, dass man Notfallausrüstungen zum Schutz vor dem Coronavirus „notfalls beschlagnahmen“ werde, wenn es zu wenig davon geben sollte fürs deutsche Pflegepersonal. Darüber denke man gerade in der Bundesregierung nach. Das ist doch reizend von dem Minister: Mit dieser Ankündigung gab er allen, die schnell noch Masken, Schutzanzüge oder Desinfektionsmittel beiseiteschaffen wollen, die Gelegenheit, sich einzudecken, ehe die Bundesregierung zu Ende „nachgedacht“ hat.

Das Wichtigste sei, so hören wir es jeden Tag aus dem Munde von Experten und Politikern, dass wir jetzt „nicht in Panik geraten“. Denn dazu bestehe gar kein Grund. Man sei bestens vorbereitet und habe die Lage im Griff. Wer kann daran zweifeln, wenn er die geschickte Vorgehensweise des Gesundheitsministers beim Thema Beschlagnahme beobachtet hat?

Als die Krankheit in China übrigens schon heftig um sich gegriffen hatte, sah Spahn seelenruhig zu, wie deutsche Exporteure ein Bombengeschäft mit der Ausfuhr von Desinfektionsstoffen in die Volksrepublik machten. Jetzt, da die Corona-Welle Deutschland erreicht hat, wird das Zeug bei uns knapp. Daher, so hören wir, „denkt“ der Minister darüber „nach“, ein Exportverbot für die Mittel zu verhängen. Auch das Exportverbot war bei Schluss dieser Zeitung noch nicht verhängt, aber Exporteure sind jetzt gewarnt, durch den Minister höchstselbst.

Natürlich sollen und wollen auch wir Medienleute unser Scherflein beitragen. Neben der üblichen Pflicht zur Information und Aufklärung werden wir vor allem an die Front gerufen, um besagte Panik zu verhindern. Das tun wir gern, zumal das Land im Fach Panik weitaus berufenere Experten auf Lager hat, die sich bereits eifrig in die Riemen legen.

So hatte die Berliner Charité noch Ende Januar verbreiten lassen, sie rechne nicht mit einer Ausbreitung der Pandemie in Europa. Vier Wochen später ließ uns der Chef-Virologe des angesehenen Berliner Krankenhauses dann wissen, er rechne damit, dass 60 bis 70 Prozent der Deutschen mit dem Virus angesteckt würden, früher oder später. Allerdings beruhigt er uns mit der Einschätzung, dass Covid-19 zum Frühling hin genauso abebben werde wie alljährlich jede Grippewelle. Wäre ja schön, weshalb wir hoffen wollen, dass die Charité ihre Meinung diesmal länger beibehält als vier Wochen.

Grenzschließungen oder auch nur Einschränkungen des Reiseverkehrs mit dem Ausland hält Minister Spahn übrigens „zu diesem Zeitpunkt“ nicht für verhältnismäßig, sagte er Ende Februar. Zu einem späteren Zeitpunkt also schon? Darüber muss der CDU-Politiker vermutlich erst noch nachdenken. In jedem Falle sollten wir den Verlautbarungen unseres Gesundheitsministers aufmerksam lauschen und uns genauestens an dessen Anweisungen halten. Oder nicht?

Auf keinen Fall, denn was Ihnen widerfahren kann, wenn Sie dem Minister folgen, mussten ein paar arglose Stadionordner des Bundesligisten RB Leipzig bitter erleiden. Mögliche Absagen von Großveranstaltungen sehe er „differenziert“, sagte Spahn dem Sender NTV. Man müsse unterscheiden, ob die Teilnehmer aus besonders vom Coronavirus betroffenen Ländern wie China sowie Japan kämen, oder ob sie aus der Region kommen. „Das macht natürlich einen Unterschied“, so Jens Spahn.

Die Leipziger Ordner müssen das wohl aufgeschnappt haben und wiesen eine Gruppe Japaner höflich aus dem Stadion mit der Zusage, dass sie ihr Geld später erstattet bekäme. Wie die Japaner berichten, hätten sich die Ordner dabei auf ihre Sorge vor dem Virus berufen.

Sie ahnen, wie es weiterging: „Rassistischer Vorfall in der Bundesliga: RB Leipzig verweist Japaner des Stadions“, bellte der „Spiegel“, und auch sonst war die deutsche Medienwelt außer sich über das unentschuldbare Verhalten der Sicherheitsleute.

Der Klub, dem sie dienen, war nicht minder empört und entschuldigte sich umgehend für den schlimmen Fauxpas mit den Worten, die für solche Situationen im Satzbaukasten bereitliegen: „Wir stehen für Toleranz, Integration und Offenheit und stellen uns seit unserem Bestehen entschieden gegen Rassismus und jedwede Art von Ausgrenzung. Unsere Mannschaft vereint zudem 14 Nationalitäten und diverse Kulturen und darauf sind wir stolz.“ Mutige Worte, meinen Sie nicht auch?

Gefeuert wurden die Ordner nach Lage der Meldungen nicht. Aber sicherlich wird man ihnen ordentlich die Ohren langgezogen haben dafür, dass sie sich an die Empfehlungen eines Herrn S. gehalten hatten. Die Stadionangestellten dürften sich nach dieser Erfahrung fest vornehmen, künftig einen Ess-Zeh-Ha auf die Handlungsempfehlungen eines Bundesministers zu geben. Als er Ende 2018 noch CDU-Chef werden wollte, begründete Jens Spahn seine Kandidatur übrigens mit den Worten: „Ich möchte vor allem, dass wir Vertrauen zurückgewinnen.“ Bei den zwischen die Fronten geratenen Sicherheitsleuten sollte er damit anfangen.

> Was Ihnen widerfahren kann, wenn Sie den Anweisungen des Ministers folgen, mussten Leipziger Stadionordner bitter erleiden

Die Bundeskanzlerin beschäftigt sich offenbar nur widerwillig mit Corona. Erst als nach ihrem langen Schweigen in aller Öffentlichkeit laute Fragen aufkamen, wo Merkel eigentlich sei, traf sie sich mit den Fachministern für Inneres und Gesundheit, um über die Pandemie zu reden.

Kein Wunder, Merkel hat derweil ganz andere Sorgen: Wie beschleunige ich die Zuwanderung nach Deutschland? – diese Frage treibt die frühere CDU-Chefin viel mehr um. Und da konnte sie auf dem gerade stattgefundenen „Integrationsgipfel“ Erfolge vermelden. Die Rotation, also die regelmäßige Versetzung, sei für Visa erteilende Konsular-Mitarbeiter ausgesetzt worden, sodass einreisewillige Ausländer viel effizienter und schneller (und damit auch zahlreicher) nach Deutschland durchgewinkt werden könnten, so die Kanzlerin. Na, das ist doch was!

Zudem beteuerte die Regierungschefin, die schon 2015 nach ihren eigenen Worten „nichts falsch gemacht“ hat, dass die Lage an der türkisch-griechischen Grenze „nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge“ ausgetragen werden dürfe. Auf wessen Rücken dann? Schauen Sie in den Spiegel.

Und was machen wir konkret? Grenzen zu schließen wäre „rückwärtsgewandt“ und gehe deshalb gar nicht, meint auch der CDU-Chefposten-Anwärter Norbert Röttgen. Merkel wird wohl mehr Geld nach Ankara überweisen, als „Lastenverteilung“. Mit dem Geld kann Erdoğan dann den Krieg in Syrien weiter verschärfen, was neue Flüchtlingsströme erzeugt. Über deren „gerechte Verteilung“ wird Merkel dann mit den EU-Partnern verhandeln, die erwartungsgemäß „Nein“ sagen, woraufhin fast alle Asylsucher abermals in Deutschland landen. So, wie’s geplant war. Von wem? Darüber spricht man nicht, das wäre Verschwörungstheorie. Allerdings könnte man über diese Frage ja zumindest mal im Stillen „nachdenken“.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.preussische-allgemeine.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Matthias Iken wundert sich im „Hamburger Abendblatt“ (27. Februar) über die Inhaltsleere der CDU:

„Die Wirtschaft interessiert in der Union nur noch am Rande, die Innere Sicherheit gilt als vorgestrig. Ein Kernthema nach dem nächsten hat sie aufgegeben. Wie kann es sein, dass diese stolze Partei so mutlos, so sprachlos ist und sich von den Grünen treiben lässt?“

Paul Ronzeheimer beklagt in der „Bild“-Zeitung (2. März) die Tatenlosigkeit und die mangelnde Ehrlichkeit der Politik angesichts der sich neu auftürmenden Asylflut:

„Erdogan treibt ein zynisches Spiel. Eine Antwort der EU, die bereits Milliarden für den Flüchtlingsdeal nach Ankara überwiesen hat, gibt es nicht. Unsere Politiker riskieren damit, dass eine neue große Flüchtlingskrise entsteht. Die Zusagen, die wir seit 2015 gehört haben, können wir angesichts der neuen Flüchtlingsströme als wertlos betrachten.“

Marc Felix Serrao wirft in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (2. März) einen Blick auf den Umgang Angela Merkels mit der Zuspitzung an der griechisch-türkischen Grenze:

„Merkels Schweigen ist kein Ausdruck von Macht. Falls sie in den kommenden Tagen irgendetwas erreichen sollte, dann wird es allenfalls eine weitere, mit viel Geld erkaufte Vertagung des Konflikts sein. Eine nachhaltige Strategie für das, was auf ihr Geschäft mit dem türkischen Despoten folgen sollte, gab es nie. Es war alles bloß Taktik.“

Auf seinem Blog „Liberale Warte“ (2. März) betrachtet Ramin Peymani die gegenwärtigen Krisenherde wie den durch Covid-19 möglichen Wirtschaftseinbruch, die gespaltene deutsche Gesellschaft sowie den neuerlichen Asylsucher-Ansturm und resümiert:

„Eine hochexplosive Mischung, die Erdoğan in die Karten spielt – nicht nur, weil sie sein Erpressungspotenzial erhöht, sondern auch, weil er seinem erklärten Ziel näherkommt, dem Islam in Europa zu immer größerer Macht zu verhelfen. Der Sultan vom Bosporus wird seine Aktivitäten der ethnischen Säuberungen in den von der Türkei überfallenen souveränen Staaten daher intensivieren. Dem millionenfachen Faustpfand, den ihm die EU mit dem ‚Flüchtlingsdeal‘ geschenkt hat, sei Dank.“

Der märkische Allgemeinmediziner Stefan Höhne gibt auf „Welt.de“ (3. März) eine düstere Einschätzung zur weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie in Deutschland ab:

„Es gibt keine Schutzmaterialien mehr am Markt. Wir können eigentlich nur zugucken, wie es sich ausbreitet.“

WORT DER WOCHE

„Es ist einfach offensichtlich, du kannst nicht freie Immigration und Sozialstaat haben.“

Milton Friedman, (1912–2006), US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, zitiert auf „dushanwegner.com“ (1. März)